

Daniel Schunk

Gerichtsbibliotheken in der Region Hannover

Darstellung der Funktionen, Dienstleistungen und

Perspektiven in ihrer Rolle als juristische

Informationsvermittlungseinrichtungen

Wintersemester 2002 / 2003

Gerichtsbibliotheken in der Region Hannover

**Darstellung der Funktionen, Dienstleistungen und
Perspektiven in ihrer Rolle als juristische
Informationsvermittlungseinrichtungen**

Diplomarbeit

im Studiengang »Allgemeine Dokumentation«

an der Fachhochschule Hannover

vorgelegt von

Daniel Schunk

Hannover, den 27. November 2002

Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Arbeit in der Bibliothek der Fachhochschule Hannover eingestellt wird.

Hannover, 27. November 2002



Daniel Schunk

1. Prüfer: Prof. Dr. rer. pol., ass. jur. Rolf Hüper
2. Prüferin: Prof. Dr. phil., Dipl.-Bibl. Gudrun Behm-Steidel

Abstract

Die Diplomarbeit gibt im theoretischen Teil eine Einführung in die Geschichte und den Aufbau der einzelnen Gerichtsbarkeiten in der Bundesrepublik Deutschland. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Betrachtung des Bibliothekstyps »Gerichtsbibliothek« innerhalb des Umfeldes der Spezialbibliotheken. Erläutert wird die Rolle der Gerichtsbibliotheken als besondere Gattung der Behördenbibliotheken und ihre damit einhergehenden Funktionen. Weiterhin werden Entstehung und Aufgaben der 2001 gebildeten Region Hannover betrachtet, welche die in der Diplomarbeit vorgestellten Gerichtsbibliotheken räumlich umfasst.

Der praktische Teil zeigt anhand von zwölf Einzeldarstellungen die Bibliotheken und Büchereien aller Gerichtszweige der Region Hannover in Wort und Bild. Die Darstellungen enthalten jeweils allgemeine Informationen mit Kontaktmöglichkeiten, Öffnungszeiten, sowie die Geschichte der Trägerorganisationen bzw. der Bibliotheken. Eingegangen wird auf ihre Funktionen, Dienstleistungsangebote und Bestände.

Teilweise aufgeführt werden laufende Zeitschriften und fachliche CD-ROM-Datenbanken. Eine Beschreibung der räumlichen Situation, der technischen und finanziellen Ausstattung sowie den Benutzungsbestimmungen runden die Profile ab.

Darüber hinaus erörtert die Arbeit die juristische Informationsrecherche mit Online-Diensten durch eine Zusammenstellung wichtiger Internetquellen und die Darstellung des juristischen Informationssystems »juris«. Die Bedeutung neuer Medien in Gerichtsbibliotheken wird herausgestellt.

Des Weiteren werden gerichtsbibliothekarisch relevante Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse, ihre Geschichte und Kernaufgaben sowie deren Kontaktmöglichkeiten vorgestellt.

Im Ausblick befasst sich die Diplomarbeit exemplarisch mit Möglichkeiten der Fortbildung an Behördenbibliotheken und zeigt Perspektiven zur Optimierung spezialbibliothekarischer Arbeitsprozesse.

Schlagwörter:

Hannover <Region>; Spezialbibliothek; Behördenbibliothek; Gerichtsbibliothek; Justiz; Gerichte; Gerichtsbarkeit

Vorwort / Danksagung

Teilweise gebe ich Geldbeträge mit dem Währungszeichen DM (Deutsche Mark) an. Hintergrund dafür sind Angaben aus dem Jahr 2001, die mir vorgelegt werden konnten.

Sämtliche Aufnahmen sind – sofern nicht anders ausgewiesen – im Rahmen dieser Diplomarbeit von mir fotografisch erstellt worden.

Obgleich wegen der besseren Lesbarkeit die männliche Form gewählt wird, sind Frauen und Männer gleichberechtigt gemeint.

Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeitern der Gerichtsbibliotheken, die ich in dieser Diplomarbeit vorgestellt habe. Ohne ihre Hilfe und Auskunft wäre diese Arbeit nicht zustande gekommen.

Herrn Thau vom Fachbereich »Informations- und Kommunikationswesen« danke ich für die leihweise Überlassung einer Digitalkamera.

Dank gilt auch Herrn Professor Hüper und Frau Prof. Behm-Steidel, die mir als Prüfer jederzeit mit Rat beistanden.

Meinen Eltern und Freunden gebührt Dank, da sie mir durchweg geholfen haben und dabei Problemen Unterstützung gaben.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Die Rechtsorganisation in der Bundesrepublik Deutschland	2
2.1	Zur Symbolik der Justitia	2
2.2	Geschichte des Rechts	3
2.3	Der Begriff des Rechtsstaats.....	5
3	Die dritte Gewalt: Gerichte im Bundesstaat	8
3.1	Gerichte des Bundes und der Länder.....	8
3.2	Die Gerichte in Zahlen	11
3.3	Übersicht über die verschiedenen Gerichtsbarkeiten.....	12
3.3.1	Ordentliche (Zivil- und Straf-)Gerichtsbarkeit	12
3.3.2	Patentgerichtsbarkeit	13
3.3.3	Arbeitsgerichtsbarkeit	13
3.3.4	Verwaltungsgerichtsbarkeit.....	14
3.3.5	Finanzgerichtsbarkeit	14
3.3.6	Sozialgerichtsbarkeit	15
3.3.7	Verfassungsgerichtsbarkeit	15
3.3.8	Dienst- und Ehrengerichtsbarkeit	16
4	Die Stellung der Gerichtsbibliotheken im Bibliothekswesen	18
4.1	Der Bibliothekstyp Spezialbibliothek.....	18
4.2	Die juristischen Spezialbibliotheken.....	19
4.3	Die Gerichtsbibliotheken als Untergruppe der Behördenbibliotheken	19
5	Die Region Hannover	21
6	Gerichtsbibliotheken in der Region Hannover	23
6.1	Vorgehensweise	23
6.2	Juristische Bibliotheken in Hannover	25
6.2.1	Die Fachbereichsbibliothek Rechtswissenschaften (FBR) der Universitätsbibliothek Hannover	25
6.2.2	Die Bibliothek des Niedersächsischen Landtages.....	27
6.2.3	Die Bibliothek des Niedersächsischen Justizministeriums.....	28
6.3	Karte der Gerichtsstandorte in der Region Hannover.....	29
6.4	Bibliotheken der ordentlichen Gerichtsbarkeit.....	30
6.4.1	Die Bibliothek des Amtsgerichts Hannover	30
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung – Öffentlichkeitsarbeit	

6.4.2	Die Bibliothek des Amtsgerichts Neustadt am Rübenberge	34
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung – Öffentlichkeitsarbeit	
6.4.3	Die Bibliothek des Amtsgerichts Burgwedel.....	37
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung	
6.4.4	Die Bibliothek des Amtsgerichts Burgdorf	40
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung	
6.4.5	Die Bibliothek des Amtsgerichts Lehrte	44
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Erwerbung / Etat – Benutzung	
6.4.6	Die Bibliothek des Amtsgerichts Wennigsen.....	48
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung	
6.4.7	Die Bibliothek des Amtsgerichts Springe	52
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung	
6.4.8	Die Bibliothek des Landgerichts Hannover.....	56
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung – Kooperation – Öffentlichkeitsarbeit	
6.5	Bibliotheken der besonderen Gerichtsbarkeit	61
6.5.1	Die Bibliothek des Verwaltungsgerichts Hannover	61
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung – Kooperation	
6.5.2	Die Bibliothek des Niedersächsischen Finanzgerichts	66
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung – Kooperation	
6.5.3	Die Bibliothek des Sozialgerichts	71
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung – Öffentlichkeitsarbeit	
6.5.4	Die Bibliothek des Arbeitsgerichts Hannover	76
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung – Kooperation	

6.5.5	Die Bibliothek des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen	79
	Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten – Geschichte – Räumlichkeiten – Personal – Angebot – Kataloge – Bestände – Erwerbung / Etat – Benutzung – Kooperation	
7	Arbeitsgemeinschaften für Gerichtsbibliotheken	84
7.1	Die Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken e.V. (ASpB)	84
	Geschichte	84
	Aufgaben der ASpB.....	85
	Mitglieder	86
	Publikationen	86
	Anschrift und Kontakt	86
7.2	Die Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken (APBB)	87
	Geschichte	87
	Aufgaben der APBB.....	87
	Mitglieder	88
	Veröffentlichungen.....	88
	Anschrift und Kontakt	88
7.3	Die Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Dokumentationswesen (AjBD)	89
	Geschichte	89
	Aufgaben der AjBD	90
	Mitglieder	90
	Veröffentlichungen.....	90
	Anschrift und Kontakt	91
7.4	Die Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken (AHB).....	92
	Geschichte	92
	Aufgaben der AHB	93
	Mitglieder	93
	Anschrift und Kontakt	94
8	Juristische Informationsgewinnung online	95
8.1	Rechtsinformationen im Internet.....	95
	Juristische Internet-Portale	95
	Linksammlungen zu juristischen Quellen	95
	Virtuelle Fachbibliotheken.....	95
	Gesetzestexte	96
	Bundesbehörden und Ämter.....	96
	Europarecht.....	96

8.2	juris – das juristische Informationssystem der Bundesrepublik Deutschland	97
8.2.1	Entstehung und Entwicklung	98
8.2.2	Das Angebot von juris.....	99
	juris Online	99
	juris auf CD-ROM	102
8.3	Bedeutung juristischer Onlinedienste für die Bibliotheksarbeit	104
9	Ausblick	105
9.1	Organisation der Gerichtsbibliotheken	105
9.2	Fortbildung und Arbeitsoptimierung in Spezialbibliotheken	108
10	Schluss	111
	Literaturverzeichnis.....	112
	Weiterführende Literatur.....	121
	Gesetze und Satzungen	124
	Abbildungsverzeichnis / Tabellenverzeichnis	127
	Anhänge	
	Anhang I: Gerichte des Bundes und der Länder am 01. Januar 2002 (ohne Dienst- und Ehrengerichtsbarkeit).....	I
	Anhang II: Fragebogen an die Gerichtsbibliotheken	II
	Anhang III: Benutzungshinweise der Bibliothek des Amtsgerichts Hannover	IV
	Anhang IV: Gliederung des Amtsgerichts Neustadt am Rübenberge.....	V
	Anhang V: Gliederung der Karlsruher Juristischen Bibliographie	VIII
	Anhang VI: Benutzungsordnung des Landgerichts Hannover	X
	Anhang VII: Benutzungsordnung der Bibliothek des Nds. Finanzgerichts	XI
	Anhang VIII: Gliederung der Bibliothek des Nds. Finanzgerichts	XIV
	Anhang IX: Benutzungsordnung der Bibliothek des Nds. LAGs Hannover	XVIII
	Anhang X: Internetquellen zu Kapitel 8.1	XXII
	Anhang XI: Informationen zur beigefügten CD-ROM	XXIV

1 Einleitung

Ausschlaggebend für die Anfertigung der Diplomarbeit war ein Praktikum des Diplomanden an der Bibliothek des Landgerichts Hannovers im Wintersemester 2001.

Das Vorgehen stand unter der Prämisse, eine Diplomarbeit mit Verzeichnischarakter zu erstellen. Angesprochen werden zwei Zielgruppen: (a) Interessierte Bibliotheksbenutzer, zu denen Richter, Referendare, Rechtsanwälte, Studierende der Rechtswissenschaften und Mitarbeiter von Firmen, Behörden sowie Privatpersonen zählen; (b) fachlich orientierte Bibliothekarinnen und Bibliothekare. Es soll ermöglicht werden, sich ein umfassendes Bild der jeweiligen Gerichtsbibliothek zu machen.

Im Vorfeld der Recherchen stand die Ermittlung der Anschriften und Ansprechpartner der jeweiligen Gerichtsbibliothek. Hierbei waren die Internet-Angebote der Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken (AHB) sowie des Niedersächsischen Justizministeriums hilfreich.

Weiterhin wurden die einzelnen Bibliotheken angeschrieben und anhand von persönlich durchgeführten Erkundungen in der Region Hannover die Informationen in Rechercheinterviews zusammengetragen.

Dabei wurde die Frage der Einzeldarstellung der Gerichtsbibliotheken aufgeworfen. Als Orientierung dienten letztendlich die Darstellung der Bibliotheken im AHB-Sonderheft »Behördenbibliotheken in Niedersachsen« sowie die Profile im Sonderheft »Fachhochschulbibliotheken in Niedersachsen« (Publikation des Mitteilungsblatts der Bibliotheken in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt).

2 Die Rechtsorganisation in der Bundesrepublik Deutschland



Abbildung 2.1: Justitia auf dem Marktbrunnen in Worms; Quelle: Kissel (1984), S. 100

Justiz – was ist das eigentlich? »Justitia« ist ein lateinisches Wort, das wir mit Gerechtigkeit übersetzen. Die Justitia ist uns als Sinnbild für Recht, Gerechtigkeit und Rechtsprechung, in Frauengestalt, im allgemeinen mit Waage und Schwert, mit oder ohne Binde vor den Augen, aus vielen Darstellungen geläufig.

2.1 Zur Symbolik der Justitia

Die *Waage* ist das gebräuchlichste und älteste Attribut der Justitia wie aller Gerechtigkeitsdarstellungen, und wohl auch das Attribut, dessen Deutung die wenigsten Schwierigkeiten macht. Die Benutzung ihrer Fähigkeiten, die Gewichts-Gleichheit von zwei miteinander zu vergleichenden Größen anzuzeigen oder herzustellen (wie umgekehrt die Ungleichheit darzutun), ist uralte. Die Waage als zunächst rein faktisches Mittel zum Gewichtsvergleich und zur Herstellung von Gleichgewicht im praktischen Leben erhielt im Laufe einer langen Entwicklung rechtliche Relevanz. Dabei hat unter den vielen Waageformen, die wir kennen, die Balkenwaage mit gleicharmigen Balken und jeweils einer Waagschale für das Rechtsdenken allein praktische Bedeutung: Sie ist für den Wiegevorgang besonders plastisch, weil sie das Gegenüber der zu wiegenden (vergleichenden) Objekte zu dem Wiegemaßstab, dem Gewicht, am deutlichsten zeigt.

Im allgemeinen wird die Justitia mit austarierter Waage dargestellt: Beide Waagschalen pendeln in gleicher Höhe. Über den mechanisch-naturwissenschaftlichen Ausgleichsvorgang hinaus bedeutet dies einen Ausgleich einander widerstreitender Interessen nach rechtlichen Gesichtspunkten. Schließlich wurde die Waage zum Symbol für Gleichwertigkeit oder der Herstellung von Gleichwertigkeit oder Ausgleich von zwei unterschiedlichen Interessen. Daher ist es nur konsequent, die Waage für unser heutiges Rechtsverständnis als Symbol der Gleichheit aller vor dem Gesetz anzusehen; alle Menschen sind vor dem Gesetz in ihrer Menschenwürde »gleichgewichtig«¹.

Das *Schwert* ist eine uralte, seit der Bronzezeit bekannte Hieb- und Stichwaffe. Im Zusammenhang mit dem Rechtsleben denkt der heutige Betrachter zunächst an die Richt-

¹ Kissel (1984), S. 92, 95, 97

schwerter der Scharfrichter zur Vollstreckung der Todesstrafe. Die Bedeutung des Schwer-tes für das Recht geht jedoch weit über diese Funktion hinaus.

Ganz allgemein symbolisiert das Schwert die ausschließliche Gerichtsbarkeit. Es symboli-siert weiter die Durchsetzung der Rechtsordnung, insbesondere die Strafe/Vergeltung für begangenes Unrecht.²

Kontrovers diskutiert wird die Rolle der *Augenbinde*. Vom Ansatz her spricht zunächst sehr vieles dafür, dass Justitia keine verbundenen, sondern offene Augen hat, dass sie sehr genau sieht und auch sehr genau hinsieht: Sie soll abwägen, ihre Waage benutzen, au-ßerdem das Schwert führen.

Demgegenüber spricht für die verbundenen Augen der Justitia das Gebot, ohne Ansehen der Person zu richten; dadurch soll verhindert werden, dass neben Ansehen der Personen, die streiten, auch Sympathie, Feindschaft, Freundschaft usw., berücksichtigt werden. Die verbundenen Augen sind nach verbreitetem Verständnis das Symbol der Unparteilichkeit des Richters.³

2.2 Geschichte des Rechts

Der babylonische König Hammurabi schuf um 1700 v. Chr. ein umfangreiches Gesetzes-werk, das er in eine fast 2½ Meter hohe Steinsäule meißeln und öffentlich aufstellen ließ; so hart jene Gesetze waren, so haben sie doch alle Untertanen des Königs unter gemein-sames Recht gebeugt. Der Arme und Schwache erfuhr Schutz der Rechtsordnung, er war der Willkür der Mächtigen nicht mehr in allen Fällen und hilflos ausgesetzt. Aus heutiger Sicht können wir sagen: Es war ein Anfang.

Das jüdische Rechts- und Gesetzbuch, die Thora, von Moses um 1225 v. Chr. begonnen, kennzeichnete eine weitere wichtige Etappe.

Solon, schon zu seiner Zeit, um 600 v. Chr., »der Gerechte« genannt, gab den Athenern ein Gesetzeswerk, das wenigstens für einige Zeit Satzung und Recht an die Stelle des Streites setzte; sein Rechtsdenken sollte auch in der folgenden Zeit nicht verloren gehen.

Der chinesische Philosoph Konfuzius schuf um 500 v. Chr. Lebens- und Rechtsregeln, die tief auf das chinesische Leben und Denken einwirkten.

² Kissel (1984), S. 104, 106

³ ebd., S. 82, 84

Rom wäre ohne das Römische Recht nicht denkbar; soviel Gewalt die Römer auch anwendeten, ihr Weltreich zu schaffen, so viel Unrecht also mit den römischen Eroberungen verbunden war: Sie brachten ihre strenge und durchdachte Rechtsordnung in das jeweilige fremde Land.

Die christliche Kirche übernahm im 12. bis 15. Jahrhundert weitestgehend die römische Ordnung und römisches Gesetz und trug das römische Recht in den germanischen Bereich, in dem ein stark im Volk verankertes, vom Gedanken der Freiheit bestimmtes Volksrecht Gültigkeit hatte. Im Mittelalter verbanden sich römisches Recht und germanisches Erbe und wurden dabei den Zeitverhältnissen und deutschen Rechtsanschauungen angepasst; das Reich Karls des Großen war als erstes in jenem Zeitraum gegründet.

Zur Zeit des 15. und 16. Jahrhunderts erhielten die einzelnen Fürsten Macht über die Städte und die Ritter; nun wurde der Wille des absoluten Herrschers das oberste Gesetz. Als Recht galt, was der Fürst befahl. Sehr bald mäßigte sich dieses Ungleichgewicht durch den Einfluss großer Denker – insbesondere aus Frankreich, England und Deutschland. Sie führten die Menschen hin zum unveräußerlichen, von der Gewalt unabhängigen Recht (vgl. Absatz 1.2). An die Stelle des absoluten Monarchen trat der aufgeklärte Monarch als der »erste Diener seines Staates«, der gehalten war, das Recht auch über sich zu stellen und sich ihm zu beugen.

Im 17. und 18. Jahrhundert fand das Naturrecht Eingang in das Rechtsbewusstsein. Im Sinne der Rechtsphilosophie versteht man unter Naturrecht das Recht, das sich aus der menschlichen Natur ableitet und demgemäß aus der reinen Vernunft, die allen Menschen eigen ist, erkennbar ist. Das Naturrecht wird als unveränderlich und universell gültig angesehen. Je nach Verständnis des Begriffs Natur kann Naturrecht entweder ein Ideal bezeichnen, das die Menschen anstreben, oder ein allgemeines Gesetz, nach dem Menschen handeln. Dem Naturrecht steht das positive Recht, die Gesetze eines Staates, gegenüber.⁴

Mit der Parole »Liberté, Egalité, Fraternité« siegte die Französische Revolution von 1789. Alle Gewalt konnte nicht auslöschen, was sie proklamierte. Kaiser Napoleon I., ein Eroberer und Despot, gab seinem Imperium das große einheitliche Gesetzbuch, den »Code Napoléon« und damit eine überall gültige Zivil- und Strafgesetzgebung. In der deutschen Erneuerungsbewegung nach 1806, als die Deutschen nach den napoleonischen Kriegen einen freien, gemeinsamen Staat anstrebten, spielte der Gedanke des »gleichen Rechts für

⁴ Naturrecht (2002)

alle« als Voraussetzung der Freiheit eine tragende Rolle; in der Verfassung von 1848 suchte man jene Gedanken zu verwirklichen. Als Bismarck 1871 das zweite deutsche Kaiserreich gründen ließ, dachte er zwar in vieler Hinsicht noch im Sinne der absoluten Monarchie, aber er wusste um die grundlegende Bedeutung des Rechts.⁵

Das deutsche Recht ist geschriebenes Recht. Dieses Charakteristikum wird besonders deutlich, wenn man sich die Bemühungen um ein einheitliches Recht in Deutschland gerade in der Zeit des frühen 19. Jahrhunderts vergegenwärtigt. Damals wurden für große Rechtsgebiete die in den einzelnen Territorialstaaten bestehenden Kodifikationen durch reichseinheitliche Regelungen ersetzt. Nach der Reichsgründung entstanden 1871 das Strafgesetzbuch (StGB), 1877 das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), die Zivilprozessordnung (ZPO) und die Strafprozessordnung (StPO), 1897 das Handelsgesetzbuch (HGB) und besonders 1896 das im Jahre 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch (BGB). In diesen Gesetzgebungswerken kommt das Bestreben zum Ausdruck, bestimmte Rechtsgebiete vollständig und abschließend in jeweils einem Gesetz zu regeln. Man spricht hier vom Kodifikationsprinzip. Die genannten Gesetze sind seit ihrem Erlass wiederholt geändert und – insbesondere in den letzten 50 Jahren – modernisiert und verfassungsrechtlichen Erfordernissen angepasst worden.⁶

2.3 Der Begriff des Rechtsstaats

Die Forderung nach dem Rechtsstaat war zunächst ein Kampfbegriff des erstarkenden Bürgertums anfangs des 19. Jahrhunderts, mit dem die Bildung eines aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlaments, die Bindung der Staatsverwaltung an parlamentarisch verabschiedete Gesetze und die Bildung unabhängiger Gerichte zur Gewährung von Rechtsschutz gegen Rechtsverletzungen der Verwaltung gefordert wurde. Im Zuge der Entwicklung folgte dann eine Verengung des Rechtsstaatsprinzips auf seine formalen Komponenten, die zur totalen Perversion in Form der legalen Selbstabdankung des Parlaments im Jahre 1933 und weiterem legalen Unrecht in der Folgezeit führte.⁷

Die Gewaltenteilung stellt ein Kernstück unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie einen bedeutungsvollen Grundsatz des Rechtsstaatsprinzips dar.

Das Grundgesetz knüpft in Artikel 20 Absatz 2 an die auf John Locke (1632 – 1704) und Charles Louis de Montesquieu (1689 – 1755) zurückgehende klassische Lehre der Dreiteilung der Gewalten an. Damit ist die Verteilung der Staatsgewalt auf die Exekutive (vollzie-

⁵ Horn (1991), S. 6

⁶ Heyde (1999), S. 25

⁷ Schmidt, E. [u.a.] (2001), S. 7-8

hende Gewalt), die Legislative (Gesetzgebung) und die Judikative (rechtsprechende Gewalt) gemeint. Sie hat zum Ziel, den Missbrauch von Macht durch die gegenseitige Kontrolle der drei Gewalten zu verhindern und die bürgerlichen Rechte zu schützen.⁸

Der Begriff »Rechtsstaat« kommt im Grundgesetz nur einmal vor, und zwar in Artikel 28 Absatz 1 als verbindliche Verfassungsordnung für die nunmehr 16 Bundesländer; für den Bundesstaat wird er damit vorausgesetzt.⁹

Artikel 28:

- (1) Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. [...]

Das Gebot der Gerechtigkeit und das Prinzip der Rechtssicherheit sind wesentliche Bestandteile der rechtsstaatlichen Ordnung. Rechtssicherheit besteht, wenn jedermann wissen kann, was als Recht gilt und wer befugt ist, neues Recht zu setzen. Rechtssicherheit führt zu Rechtsfrieden. Rechtskräftige Entscheidungen der Gerichte und sonstige Akte der öffentlichen Gewalt, die nicht mehr anfechtbar sind, sollen grundsätzlich Bestand haben.

Darüber hinaus gehören unter anderem folgende Grundsätze zum Wesen des »Rechtsstaats«, wie er in Deutschland verstanden wird:

- Der Grundsatz der Teilung und Trennung der Gewalten, der in Artikel 20 Absatz 2 GG seinen Ausdruck findet (Begrenzung der staatlichen Macht durch gegenseitige Hemmung und Kontrolle der Staatsfunktionen),
- das Prinzip eines möglichst lückenlosen und effektiven Rechtsschutzes. Insbesondere muss jeglicher hoheitliche Eingriff in Freiheit und Eigentum des Bürgers einer effektiven Rechtskontrolle unterliegen,
- das Bestehen einer funktionstüchtigen Rechtspflege und
- die Berechenbarkeit der staatlichen Machtausübung: Gesetze, die den Verwaltungsbehörden Eingriffe in den Lebenskreis des Bürgers ermöglichen, müssen die Voraussetzungen und den Umfang solcher Eingriffe möglichst genau umschreiben (Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung). Gesetze müssen auch klar und verständlich sein.

⁸ Gewaltenteilung (2002)

⁹ Heyde (1999), S. 12 ff.

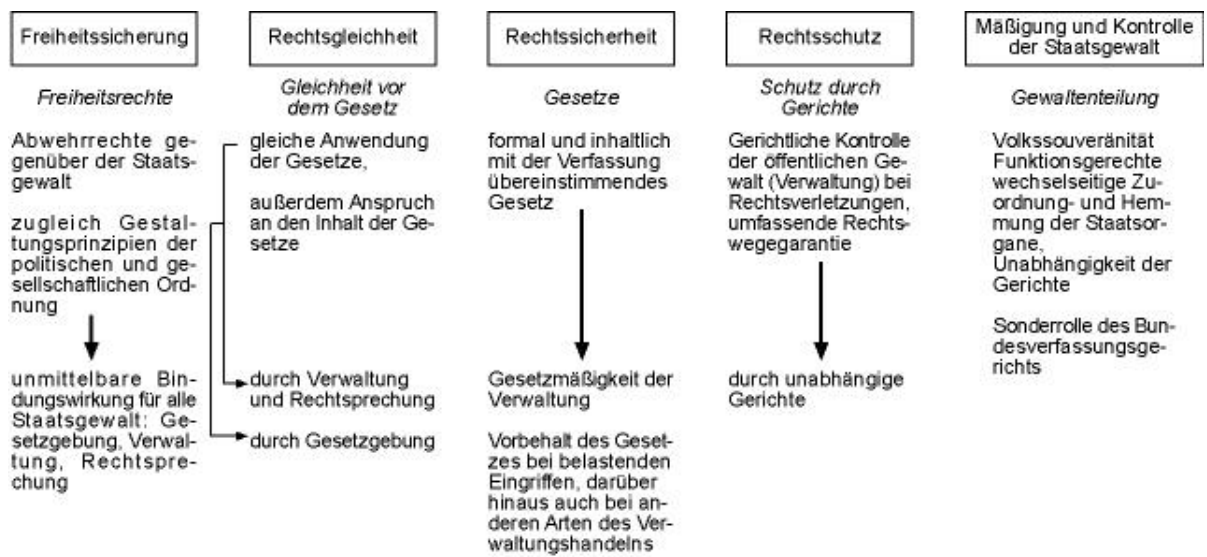


Abbildung 2.2: Grundlegende Merkmale des Rechtsstaats; nach Horn (2000), S. 8-9

3 Die dritte Gewalt: Gerichte im Bundesstaat

3.1 Gerichte des Bundes und der Länder

Wer sich mit der deutschen Gerichtsorganisation vertraut macht, dem fällt zunächst zweierlei auf: Einmal ist die Gerichtshoheit zwischen dem Bund und den 16 Bundesländern aufgeteilt; zum anderen besteht eine weitgehende Aufspaltung der an sich einheitlichen rechtsprechenden Gewalt in Verfassungsgerichtsbarkeiten und fünf selbständige Gerichtszweige – neben denen noch besondere Gerichtsbarkeiten für die Angehörigen bestimmter Berufe bestehen.

Gemäß Artikel 92 GG wird die rechtsprechende Gewalt durch das Bundesverfassungsgericht, die im Grundgesetz vorgesehenen Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt.

Bundesgerichte (Gerichte des Bundes) sind:

- das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe

Die fünf obersten Gerichtshöfe werden in Artikel 95, Absatz 1 GG aufgezählt:

- der Bundesgerichtshof in Karlsruhe,
- das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig,
- der Bundesfinanzhof in München,
- das Bundesarbeitsgericht in Erfurt und
- das Bundessozialgericht in Kassel,

ferner das

- Bundespatentgericht in München (gem. Artikel 96, Absatz 1 GG)

sowie das

- Bundesdisziplinargericht in Frankfurt am Main mit Kammern in einigen anderen Städten

und die beiden

- Truppendienstgerichte Nord (Dienstsitz: Münster) und Süd (Dienstsitz: München) mit Kammern in verschiedenen Städten.

Für diese Gerichte ist der Bund verantwortlich. Demgegenüber tragen für die Mehrzahl der deutschen Gerichte, nämlich die Gerichte der unteren und mittleren Instanzen, die Bundesländer die Verantwortung.¹⁰

Oberste Instanz für die Gerichte der Länder sind im Allgemeinen und, soweit das jeweilige Verfahrensrecht eine solche dritte Instanz eröffnet, die fünf obersten Gerichtshöfe des Bundes, die zugleich die fünf wesentlichen Gerichtszweige kennzeichnen. Der Rechtszug geht also insoweit von Gerichten der Länder an ein Gericht des Bundes. Die Gerichte der Länder wenden Bundesrecht und Landesrecht an.

Die Länder (außer Schleswig-Holstein) haben eigene Landesverfassungsgerichte (zum Teil auch Staatsgerichtshof genannt), die in ihrem Zuständigkeitsbereich abschließend entscheiden.

Außerdem bestehen besondere Gerichtsbarkeiten für die Angehörigen bestimmter Berufe:

• Dienstgerichtsbarkeit für Beamte	Bundesverwaltungsgericht (Disziplinarsenate) Bundesdisziplinargericht	Disziplinargerichte der Länder
• Dienstgerichtsbarkeit für Soldaten der Bundeswehr	Bundesverwaltungsgericht (Wehrdienstsenate) Truppendienstgerichte	
• Dienstgerichtsbarkeit für Richter und Staatsanwälte	Bundesgerichtshof (Dienstgericht des Bundes) Dienstgerichtshöfe der Länder Dienstgerichte der Länder	
• Dienstgerichtsbarkeit für Notare und Ehrengerichtsbarkeit der Rechtsanwälte, Patentanwälte, Wirtschaftsprüfer sowie Steuerberater und Steuerbevollmächtigten	Bundesgerichtshof (besondere Senate) Ehrengerichtshöfe, Ehrengerichte sowie besondere Spruchkörper der Oberlandesgerichte und Landgerichte	
• Ehrengerichtsbarkeit für die Angehörigen der Heilberufe	(Regelung nach Landesrecht)	

Tabelle 3.1: Übersicht der Dienstgerichtsbarkeiten; nach Heyde (1999), S. 17, 19

¹⁰ Heyde (1999), S. 16-17

Im Wesentlichen bietet die deutsche Gerichtsorganisation das in der Grafik dargestellte Bild:

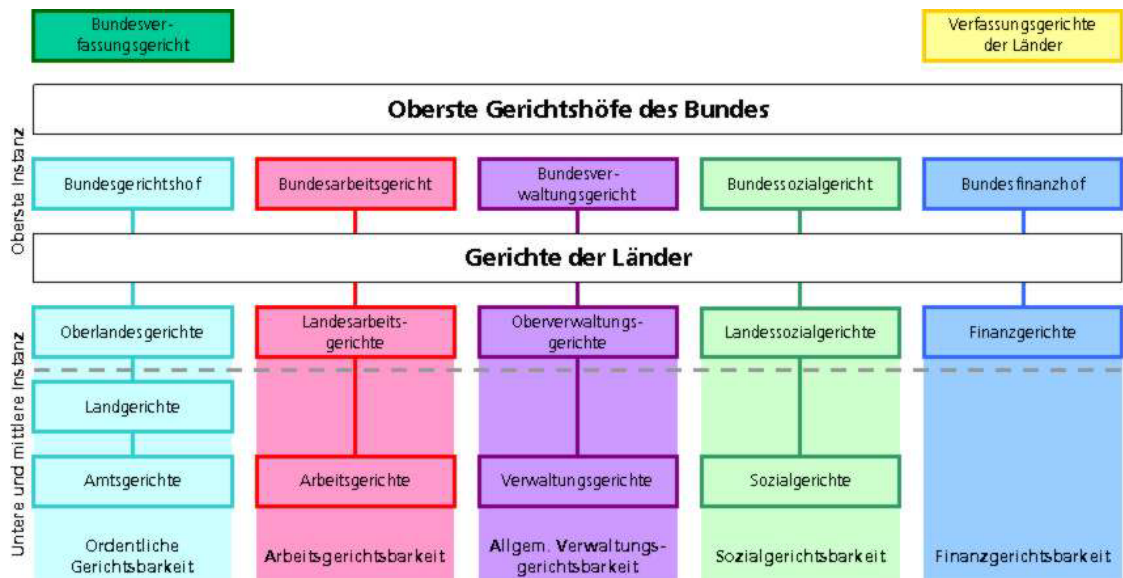


Abbildung 3.1: Schematische Darstellung der Gerichtsbarkeit; nach Pötzsch (2001), S. 109

Wenn man in Deutschland von »den fünf Gerichtszweigen« spricht, dann meint man die ordentliche, die Arbeits-, die Verwaltungs-, die Finanz- und die Sozialgerichtsbarkeit. An der Spitze dieser Gerichtszweige steht je ein oberster Gerichtshof des Bundes als oberste Instanz. Alle diese Gerichtsbarkeiten stehen grundsätzlich gleichrangig nebeneinander. Sie unterstehen – im Gegensatz zum Bundesverfassungsgericht – jeweils einem Bundesminister, der im Bereich der Gerichtsverwaltung als oberster Dienstherr fungiert.

3.2 Die Gerichte in Zahlen

In Niedersachsen umfasst die Justiz folgende Gerichte:

- die für Straf- und Zivilsachen zuständige ordentliche Gerichtsbarkeit (80 Amtsgerichte, elf Landgerichte, drei Oberlandesgerichte),
- die Verwaltungsgerichtsbarkeit für Streitigkeiten zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Behörden (sieben Verwaltungsgerichte und das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg),
- die Verfassungsgerichtsbarkeit (der Staatsgerichtshof in Bückeburg),
- die Sozialgerichtsbarkeit für Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherungen einschließlich des Kassenarztrechts (acht Sozialgerichte und das Landessozialgericht Niedersachsen/Bremen in Celle) und
- die Finanzgerichtsbarkeit für Steuersachen (mit dem Finanzgericht in Hannover).¹¹

Die Arbeitsgerichtsbarkeit ist in Niedersachsen formal dem Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales unterstellt. Zu ihr zählen 15 Arbeitsgerichte und das Landesarbeitsgericht in Hannover.

Bundesweit¹² gibt es insgesamt:

- 686 Amtsgerichte,
- 116 Landgerichte,
- 24 Oberlandesgerichte,
- 52 Verwaltungsgerichte,
- 16 Oberverwaltungsgerichte,
- 19 Finanzgerichte,
- 122 Arbeitsgerichte,
- 19 Landesarbeitsgerichte,
- 69 Sozialgerichte und
- 16 Landessozialgerichte.

Nicht berücksichtigt sind in dieser Aufzählung die obersten Gerichte sowie die Dienst- und Ehrengerichte.

¹¹ vgl. Anhang I

¹² ebd.

3.3 Übersicht über die verschiedenen Gerichtsbarkeiten

3.3.1 Ordentliche (Zivil- und Straf-)Gerichtsbarkeit

Die Bezeichnung »ordentliche« Gerichtsbarkeit ist historisch zu erklären. Früher, etwa bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, wurde Rechtsprechung nur zum Teil durch Gerichte, zum überwiegenden Teil jedoch durch Verwaltungsbehörden ausgeübt. Im vorigen Jahrhundert waren die Vorgänger der uns bekannten Landkreise die Ämter. Die Forderung, die Rechtsprechung solle nicht durch diese Verwaltungen, sondern durch »ordentliche Gerichte« ausgeübt werden, führte zu der Bezeichnung »ordentliche Gerichtsbarkeit« für die Zivil- und Strafjustiz sowie die freiwillige Gerichtsbarkeit¹³. Die Bezeichnung ist geblieben, obwohl heute auch die anderen Gerichtszweige richtige Gerichtsbarkeit ausüben und gleichgewichtig neben der ordentlichen Gerichtsbarkeit stehen. Die Trennung des rechtsprechenden Teils von dem verwaltenden Teil der Ämter führte zu der Einrichtung der Amtsgerichte als untere Instanz der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Die ordentlichen Gerichte sind zum einen zuständig zur Entscheidung in allen Zivilsachen. Das sind vor allem die so genannten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (Auseinandersetzungen zwischen zwei und mehr Privatpersonen) aus dem Bereich des Privatrechts. Man unterscheidet diese streitige Zivilgerichtsbarkeit von der so genannten Freiwilligen Zivilgerichtsbarkeit (Führung des Grundbuchs, Registersachen, Betreuungssachen, Nachlasssachen und ähnliches). Die Verfahren richten sich vor allem nach der Zivilprozessordnung (ZPO) und nach dem Gesetz über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit.¹⁴

In ihrer Funktion als Strafgerichte entscheiden die ordentlichen Gerichte darüber, ob ein Bürger gegen die Strafgesetze verstoßen hat. Das Verfahren richtet sich nach der Strafprozessordnung (StPO).

Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird in den Ländern durch Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte ausgeübt; sie haben jeweils unterschiedliche Spruchkörper (Abteilungen, Kammern, Senate) für Zivilsachen und für Strafsachen.

¹³ Heyde (1999), S. 19

¹⁴ Justiz verstehen (2002), S. 19

In Bayern gibt es außerdem noch das Bayerische Oberste Landesgericht in München. Dieses nimmt besonders in Strafsachen und in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit Zuständigkeiten wahr, die an sich bei den Oberlandesgerichten liegen.

Die Organisation der ordentlichen Gerichte regelt das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG). Ein besonderer Zweig der ordentlichen Gerichtsbarkeit ist die Patentgerichtsbarkeit. Sie liegt in den Händen des Bundespatentgerichts in München und – in zweiter Instanz – des Bundesgerichtshofs.

3.3.2 Patentgerichtsbarkeit

Für Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes ist auf der Grundlage des Artikel 96, Absatz 1 GG das Patentgericht in München als Bundesgericht erster Instanz zuständig¹⁵. Das Bundespatentgericht entscheidet über Beschwerden gegen Beschlüsse des Deutschen Patentamtes in Verfahren wegen der Erteilung von Patenten, Eintragung oder Löschung von Gebrauchsmustern oder Warenzeichen sowie über Klagen auf Feststellung der Nichtigkeit oder der Zurücknahme eines Patents. In zweiter und letzter Instanz entscheidet der Bundesgerichtshof in Karlsruhe (Artikel 96, Absatz 3 GG).

3.3.3 Arbeitsgerichtsbarkeit

Die Arbeitsgerichtsbarkeit¹⁶ hat sich Mitte der zwanziger Jahre aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit entwickelt, nachdem eine Reihe von Gesetzen zum Schutz der Arbeitnehmer erlassen worden war. Seit 1953 ist sie ein völlig eigenständiger Gerichtszweig.

Ihr Bereich ist, wie der Name schon sagt, das Arbeitsrecht. So befassen sich die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit gemäß § 2 Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG) vor allem mit Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern (Unternehmern) und Arbeitnehmern (Arbeitern und Angestellten). Das sind etwa Klagen von Arbeitnehmern gegen ihren Arbeitgeber auf Bezahlung von Gehalt und Lohn, Streitigkeiten über Urlaubsansprüche oder Klagen, mit denen sich der Arbeitnehmer gegen eine Entlassung oder Kündigung wehrt. Auch Schadensersatzklagen von Arbeitgebern gegen einen früheren Arbeitnehmer aus Vertragsbruch (Aufgeben der Arbeitsstelle ohne fristgerechte Kündigung) oder wegen eines vom Arbeitnehmer bei seiner Arbeit verschuldeten Schadens (schuldhafte Beschädigung einer Maschine) gehören hierher.

¹⁵ Heyde (1999), S. 12

¹⁶ Heyde (1999), S. 71-72

Die Arbeitsgerichte (in Niedersachsen mit Sitz in Braunschweig, Celle, Emden, Göttingen, Hameln, Hannover, Hildesheim, Lingen, Lüneburg, Nienburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Verden und Wilhelmshaven) entscheiden in erster Instanz, das Landesarbeitsgericht (mit Sitz in Hannover) in zweiter und das Bundesarbeitsgericht in Erfurt in letzter Instanz.

Das Verfahren ist in §§ 46 ff. ArbGG geregelt.

3.3.4 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Sie ist gemäß § 40 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zuständig für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten (soweit nicht eine gesetzliche Zuständigkeit anderer Gerichtsbarkeiten begründet ist).¹⁷ Zur verwaltungsgerichtlichen Zuständigkeit gehören beispielsweise Streitigkeiten zwischen Trägern der öffentlichen Verwaltung selbst (z.B. ein Streit zwischen zwei Gemeinden darüber, welche von ihnen verpflichtet ist, eine Straße zu unterhalten). Schwergewicht liegt jedoch auf der Bearbeitung von Streitigkeiten zwischen dem Bürger und einer Verwaltungsbehörde.

Für bestimmte Gebiete der Verwaltung (wie das Sozialversicherungsrecht und das Steuerrecht) bestehen allerdings besondere Gerichte. Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind die Verwaltungsgerichte als erstinstanzliche Gerichte (in Niedersachsen mit Sitz in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Stade), die Obergerichtsgerichte (die zum Teil »Verwaltungsgerichtshof« heißen) der Länder als zweite Instanz (in Niedersachsen mit Sitz in Lüneburg) und das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig als letzte Instanz. Das Verfahren richtet sich nach der Verwaltungsgerichtsordnung.

3.3.5 Finanzgerichtsbarkeit

Die Gerichte der Finanzgerichtsbarkeit¹⁸ sind in erster Linie zuständig zur Entscheidung über »Abgabeangelegenheiten«, d.h. über die Rechtmäßigkeit von Steuerbescheiden oder von sonstigen Bescheiden der Finanzämter und von Bescheiden der Zollbehörden, nicht jedoch in Abgabeangelegenheiten der Kommunen, für die das allgemeine Verwaltungsgericht zuständig ist. Rechtsgrundlage für das Verfahren ist nach Artikel 106, Absatz 6 GG die Finanzgerichtsordnung (FGO). Das niedersächsische Finanzgericht hat seinen Sitz in Hannover. In zweiter und letzter Instanz entscheidet der Bundesfinanzhof mit Sitz in München.

¹⁷ Schmidt, E. [u.a.] (2001), S. 74 ff.

¹⁸ Heyde (1999), S. 78

3.3.6 Sozialgerichtsbarkeit

Die 1954 eingerichtete Sozialgerichtsbarkeit^{19, 20} ist – wie die Finanzgerichtsbarkeit – eine besondere Verwaltungsgerichtsbarkeit (§ 1 Sozialgerichtsgesetz – SGG), welcher gemäß § 51 SGG bestimmte Aufgaben zugewiesen wurden. Sie ist aber gleichwohl ein selbständiger Gerichtszweig. Ihre Gerichte entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit, z.B. des Arbeitsförderungsrechtes. Zu den Sozialversicherungen gehören die Rentenversicherung der Arbeiter, die der Angestellten und die Knappschaft sowie die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung. Den Sozialgerichten sind ferner die öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten der Kassenärzte, der Kriegsopferversorgung, der Lohnfortzahlung, des Schwerbehindertenrechts, der Entschädigung der Opfer von Gewalttaten, des (SED-) Unrechtsbereinigungsgesetzes und (in Niedersachsen) auch des Landesblindengeldes zugewiesen. Sie wird in erster Instanz ausgeübt durch die Sozialgerichte (in Niedersachsen mit Sitz in Aurich, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Stade) und Landessozialgerichte der Länder in zweiter Instanz (für Niedersachsen/Bremen mit Sitz in Celle) sowie durch das Bundessozialgericht in Kassel als dritte Instanz.

3.3.7 Verfassungsgerichtsbarkeit

Die Verfassungsgerichte befassen sich mit staatsrechtlichen Fragen.²¹ Das Bundesverfassungsgericht mit Sitz in Karlsruhe bildet die Spitze der rechtsprechenden Gewalt. Es ist ein aus der übrigen Gerichtsorganisation herausgehobenes Gericht, das zugleich ein Verfassungsorgan ist; zu seiner Zuständigkeit gehören u.a. die Prüfung der Gesetze auf ihre Vereinbarung mit dem Grundgesetz (Normenkontrolle), die Entscheidung verfassungsrechtlicher Streitigkeiten (z.B. zwischen dem Bund und den Ländern oder der Bundesregierung und dem Bundestag) und im Verfassungsbeschwerde-Verfahren der Schutz der Grundrechte. Verfahrensordnung ist das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (BVerfGG).

Die Verfassungsgerichtshöfe (Staatsgerichtshöfe) der Länder haben ähnliche Aufgaben für den Bereich der jeweiligen Landesverfassung.

¹⁹ Heyde (1999), S. 76

²⁰ Schmidt, E. [u.a.] (2001), S. 13

²¹ Heyde (1999), S. 18

3.3.8 Dienst- und Ehrengerichtsbarkeit

Richter, Beamte und Soldaten stehen in einem besonderen Dienst- und Treueverhältnis zum Staat. Verletzen sie ihre Pflichten, dann können gegen sie Disziplinarmaßnahmen ergriffen werden (etwa die Erteilung eines Verweises, eine Gehaltskürzung oder sogar die Suspendierung vom Dienst). Es handelt sich dabei nicht um »Strafen«, wie sie die Strafgerichte verhängen, sondern eben um disziplinarische Maßnahmen (Dienststrafen). Die Dienstgerichte überprüfen die Rechtmäßigkeit von Disziplinarmaßnahmen. In den Dienstgerichten wirken jeweils Angehörige der betroffenen Berufsgruppe als Beisitzer mit.²²

Für *Beamte des Bundes* sind in erster Instanz das Bundesdisziplinargericht und in zweiter Instanz besondere Senate – Disziplinarsenate – des Bundesverwaltungsgerichts zuständig. Rechtsgrundlage ist die Bundesdisziplinarordnung.

Für *Soldaten der Bundeswehr* bestehen sog. Truppendienstgerichte (erste Instanz) und besondere Senate – Wehrdienstsenate – des Bundesverwaltungsgerichts (zweite Instanz). Das Verfahren ist weitestgehend in der Wehrdisziplinarordnung (WDO) geregelt.

Die im Grundgesetz genannten »Wehrstraferichte« - gedacht ist hier an eine besondere *Strafgerichtsbarkeit* über Soldaten insbesondere im Verteidigungsfall – sind nicht errichtet worden.²³

Mit Rücksicht auf die besondere Rechtsstellung der *Richter* hat das deutsche Richtergesetz (DRiG) die Einrichtung besonderer Richterdienstgerichte vorgeschrieben. Diese entscheiden u.a. in Disziplinarsachen, über die Versetzung eines Richters in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit (beispielsweise aufgrund schwerer dauerhafter Krankheit) und darüber, ob eine Maßnahme der Dienstaufsicht die Unabhängigkeit beeinträchtigt.

Oberste Instanz ist das Dienstgericht des Bundes, dessen Aufgaben ein besonderer Senat des BGH wahrnimmt. Das Dienstgericht des Bundes ist zugleich in erster und letzter Instanz für die Bundesrichter zuständig (mit Ausnahme der Richter des Bundesverfassungsgerichts).

²² Heyde (1999), S. 21 ff.

²³ s. Art. 96 Abs. 2 GG

Für Richter der einzelnen Bundesländer bestehen Dienstgerichte (erste Instanz) und Dienstgerichtshöfe (zweite Instanz). Diese sind aber keine organisatorisch eigenständigen Gerichte, sondern werden bei anderen Gerichten gebildet. Die Richterdienstgerichte entscheiden auch in Disziplinarsachen der Staatsanwälte, weil diese durch ihre Aufgaben innerhalb des Bereichs der Rechtspflege unter den Beamten eine Sonderstellung einnehmen.

Die Disziplinargerichtsbarkeit über *Notare* wird in erster Instanz durch die Oberlandesgerichte und in zweiter Instanz durch den BGH ausgeübt.

Einige Berufsstände tragen gegenüber dem einzelnen Bürger und gleichzeitig auch der staatlichen Gemeinschaft eine hohe Verantwortung.

Für sie besteht ein eigenes Standesrecht. Solche – berufsgruppenspezifischen – Gerichte (Ehrengerichte) bestehen zunächst für *Rechtsanwälte*, *Patentanwälte*, *Steuerberater* und *Steuerbevollmächtigte* sowie *Wirtschaftsprüfer*. Letzte Instanz ist der BGH.

Ferner gibt es Ehrengerichte für *Ärzte*, *Zahnärzte*, *Tierärzte* und *Apotheker*, also für alle *Heilberufe*.

Organisation und Verfahren dieser Gerichte sind in den jeweiligen Landesgesetzen geregelt.

In allen Gerichten der Dienst- und Ehrengerichtsbarkeit wirken Vertreter der jeweiligen Berufsgruppe als ehrenamtliche Richter mit.

4 Die Stellung der Gerichtsbibliotheken im Bibliothekswesen

4.1 Der Bibliothekstyp Spezialbibliothek

Spezialbibliotheken definieren sich durch drei besondere Merkmale:

1. spezialisierte Bestände,
2. Bindung an eine Institution und
3. Institutionelle Literatur- und Informationsversorgung als Kernaufgabe.

Der Bedeutung nach beschränken sich Spezial- oder Fachbibliotheken auf ein bestimmtes Spezial- bzw. Fachgebiet. Ihre Entstehung liegt in der stetig zunehmenden Spezialisierung der Wissenschaften und der immer mehr steigenden Flut wissenschaftlicher Veröffentlichungen.²⁴

Spezialbibliotheken treten in unterschiedlichen Formen auf. Zu ihnen gehören in erster Linie Institutsbibliotheken an Hochschulen, Bibliotheken an Forschungsanstalten, die Bibliotheken großer Unternehmen, die Militärbibliotheken, die Bibliotheken von Gesellschaften, Vereinen und Verbänden sowie die Bibliotheken der Behörden und Parlamente.

Zweck und Aufgabe einer Spezialbibliothek wird der Regel nach durch die fachlich spezialisierte Trägerinstitution bestimmt, welcher die Bibliothek als Teil angehört. Die meisten Spezialbibliotheken treten nicht selbständig auf, sondern sind in eine größere Organisation eingefügt.

Charakteristisch für die Spezialbibliotheken ist, dass sie besonders aktuelle Literatur berücksichtigen und ihre Bestände intensiv erschließen. Vielfach erworben werden spezielle, nicht im Buchhandel erhältliche Publikationen – sogenannte »Graue Literatur«. Dazu zählen Geschäftsberichte, Statistiken, Gutachten, Forschungsberichte von amtlichen Forschungsstellen oder Firmen (»Reports«) und Patentschriften.

²⁴ Hacker (2000), S. 37

4.2 Die juristischen Spezialbibliotheken

Parlaments- und Behördenbibliotheken, die Gerichtsbibliotheken, Bibliotheken an juristischen Forschungseinrichtungen, Bibliotheken in Anwaltskanzleien und juristische Bibliotheken in Unternehmen werden zur Gruppe juristischer Spezialbibliotheken gerechnet.²⁵

Vorrangig werden demnach entsprechende Publikationsarten erworben, zu denen Amtsdruckschriften, Entscheidungssammlungen, primäre (Gesetzestexte, Verträge) und sekundäre juristische Quellen (Kommentare) zählen. In ihrer Form liegen sie als Printausgaben, Periodika und Loseblattsammlungen vor, zunehmend aber auch in elektronischer Form als CD-ROM oder online.

4.3 Die Gerichtsbibliotheken als Untergruppe der Behördenbibliotheken

Gerichtsbibliotheken treten nicht selbständig als juristische Personen auf, sondern sind als institutionsbezogene Bibliotheken ein Teil der jeweiligen Gerichte.²⁶

Die Größe der Bibliotheken hängt aus diesem Grunde stark von der Größe der Behörde ab, der sie angehört. Die unteren Dienststellen des Staates und der Gemeinden verfügen meist nur über kleine Handbibliotheken, die zum täglichen Gebrauch ständig am Arbeitsplatz präsent sein müssen. Sie bestehen fast ausschließlich aus Gesetzessammlungen und Kommentaren der einschlägigen Rechtsvorschriften.²⁷

Auf den mittleren und höheren Stufen der Bundes- und Landesverwaltung finden sich schon eher Büchersammlungen, die man als Bibliothek bezeichnen kann.²⁸

²⁵ Behm-Steidel (2001), S. 53

²⁶ Bibliotheksplan (1973), S. 20

²⁷ so stellt es auch Thomas Würtenberger fest: »[...] In den unteren Instanzen finden sich in aller Regel lediglich die erforderlichen Gesetzessammlungen, die Rechtsprechungssammlungen und einige Werke der Kommentierung. Den Obergerichten stehen demgegenüber gut ausgestattete Bibliotheken zur Verfügung. [...]« - Würtenberger (1997), S. 1110

²⁸ Kötterwesch (1980), S. 167

Insgesamt gesehen ist die Situation der Bibliotheken an den Instanzgerichten recht unterschiedlich. Sie hängt von mehreren Faktoren ab: Die persönliche Einstellung der für die Bibliothek zuständigen Richter oder Verwaltungsbeamten, regelmäßige oder unregelmäßige Etatbewilligung, eine neben- oder hauptamtliche bzw. nichtbibliothekarische oder bibliothekarische Verwaltung und dergleichen mehr.²⁹

Will man die Bedeutung der Bibliotheken für ihre jeweilige Trägerinstitution – also dem Gericht – herausstellen, muss man sich einmal vom Begriff »Gerichts-Bibliotheken« lösen und diese als Behördenbibliotheken verstehen, denn sie haben als Bibliothek an der Rechtsprechung der Gerichte nur einen indirekten Anteil als Teil der Gerichtsbehörde bzw. Gerichtsverwaltung.³⁰

Verdenhalven stellt dazu bereits 1967 die Aufgaben einer Behördenbibliothek heraus:

»Die Behördenbibliothek soll allen Büros des Hauses bei der Erledigung ihrer Obliegenheiten helfen, indem sie [...] die notwendigen Fachbücher- und Fachzeitschriften bereitstellt. Im Gegensatz zu einer öffentlichen Bibliothek kann sie nur einen Teil ihrer Bücher im Magazin für die Ausleihe oder im Leseraum als Präsenzbestand aufstellen. Vielmehr muss eine große Zahl von Bänden den einzelnen Abteilungen als Dauerleihgabe zum ständigen Handgebrauch überlassen werden. Eine Behördenbibliothek umfasst damit zwei in sich getrennte Gruppen:

- a) Die Zentralbibliothek und
- b) mehr oder weniger so genannte Handbüchereien.

Dennoch muss der Nachweis für alle im Hause befindliche Literatur allein in der Hand der Bibliotheksverwaltung liegen. Sie muss eine Zentralstelle sein, die alle Neuanschaffungen ventiliert, und bei der zu jeder Zeit in kürzester Frist ermittelt werden kann, ob ein bestimmtes Werk im Hause ist und wo es sich befindet.«³¹

²⁹ Holland (1991), S. 16

³⁰ Pannier, Dietrich: E-Mail vom 28.05.2002, pannier.dietrich@bgh.bund.de

³¹ Verdenhalven/Gröpper (1967), S. 317-318

5 Die Region Hannover



Die Region Hannover umfasst 21 Städte und Gemeinden auf einer Gesamtfläche von rund 2.300 km² und ist mit nahezu 1,1 Millionen Einwohnern die größte Region Niedersachsens und die zweitgrößte Deutschlands.^{32,33}

Abbildung 5.1: Logo der Region Hannover

Die Geschichte der Region Hannover ist relativ jung. 1996 legten die damaligen Hauptverwaltungsbeamten der Landeshauptstadt Hannover (LHH), des Landkreises Hannover (LKH) und des Kommunalverbandes Großraum Hannover (KGH) einen Diskussionsentwurf über die Neuordnung der Verwaltungsstrukturen in der Region Hannover vor. Wegen seines blauen Umschlages erhielt dieser Text den Namen »Blaues Papier«.³⁴

Im darauf folgenden Jahr – also 1997 – griff die Lenkungsgruppe Region Hannover die Ideen des »Blaues Papiers« auf und entwickelte konkrete Vorschläge zur Umsetzung neuer Organisationsstrukturen für die Wahrnehmung regionaler Aufgaben im Großraum Hannover.

Auf der Grundlage dieses Textes berieten die kommunalen Körperschaften ihre Position zur vorgeschlagenen Regionalreform. Die Lenkungsgruppe bestand aus dem Regierungspräsidenten, den Hauptverwaltungsbeamten von LHH, LKH und KGH sowie drei Hauptverwaltungsbeamten aus Städten und Gemeinden des Landkreises Hannover. Der vorgelegte Vorschlag erhielt den Arbeitstitel »Gelbes Papier«.

³² Region Hannover (2001), S. 8

³³ Einwohnerzahl 2002: 1.123.637 Einwohner, Fläche: 2.290,28 km² (Stand: 30.06.2002); s. Brandes (2002)

³⁴ s. Region Hannover – Geschichte (2002)

Nach mehreren Ratsversammlungen, Anhörungen vor dem Landeskabinett und einem Diskussionsentwurf des Innenministeriums beschloss am 16. Mai 2001 der niedersächsische Landtag das Gesetz zur Bildung der Region Hannover. Die Wahl zur Regionsversammlung am 09. September 2001 ergab folgende Sitzverteilung:

- SPD: 37 Sitze (42,4%)
- CDU: 31 Sitze (36,2%)
- Grüne: 8 Sitze (9,1%)
- FDP: 5 Sitze (6,3%)
- Republikaner: 1 Sitz (1,4%)
- PDS: 1 Sitz (1,4%)
- WfH – Wir für Hannover: 1 Sitz (0,9%)

In der Stichwahl zum Amt des Regionspräsidenten am 23. September 2001 wurde der bisherige Landrat des Landkreises Hannover, Dr. Michael Arndt (SPD), mit 55,3% der Stimmen gewählt. Zum 01. November 2001 erfolgte die Gründung der Region Hannover als öffentlich-rechtliche Körperschaft. Der Landkreis Hannover und der Kommunalverband Großraum Hannover wurden aufgelöst. Die neue Region ist Rechtsnachfolgerin des Landkreises und des Kommunalverbandes und umfasst das Gebiet des ehemaligen Landkreises und der Landeshauptstadt Hannover. Die Eigenständigkeit der Landeshauptstadt und der 20 kreisangehörigen Gemeinden blieb dabei erhalten. Die Region Hannover übernahm nun die Aufgaben, welche bisher vom Kommunalverband und dem Landkreis wahrgenommen wurden. Einige der bislang vom Landkreis wahrgenommenen Aufgaben wurden auf die Gemeinden übertragen. Weiterhin erhielt die Region die Zuständigkeit für verschiedene Aufgaben, die sonst bei Bezirksregierung oder Landesämtern lagen.

Welche Aufgaben die Region Hannover im Einzelnen erfüllen muss, ist im Gesetz über die Region Hannover vom 05. Juni 2001 festgelegt³⁵.

³⁵ s. Gesetz über die Region Hannover (2001), §§ 7-15

6 Gerichtsbibliotheken in der Region Hannover

6.1 Vorgehensweise

Im Vorfeld der Diplomarbeit stand die Überlegung, auf welchen Raum die Diplomarbeit ausgerichtet wird. Der Entschluss, die Gerichte in der Region Hannover darzustellen, fiel leicht. Ausschlaggebend war der zahlen- und flächenmäßige Umfang: Insgesamt gibt es in Niedersachsen 129 verschiedene Gerichte auf einer Gesamtfläche von 47.609 km² (Stand: 01.01.2002) gegenüber 13 Gerichten in der Region Hannover.

Sodann folgte die Überlegung, wie die Informationen über die einzelnen Gerichtsbibliotheken zu erheben sei. Die Versendung von Fragebögen im gesamten Land Niedersachsen wäre zu zeitintensiv. Die Rücklaufdauer wäre zu hoch. Die Entscheidung fiel auf eine Kombination aus einem Vorabfragenkatalog und einem persönlichen Interview vor Ort.

Die gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel aller Gerichtsstandorte der Region trug in diesem Zusammenhang zur schnellen Informationsbeschaffung bei.

Bei der anschließenden Adressbeschaffung der einzelnen Bibliotheken war das Internetangebot »Gerichte in Niedersachsen«³⁶ hilfreich.

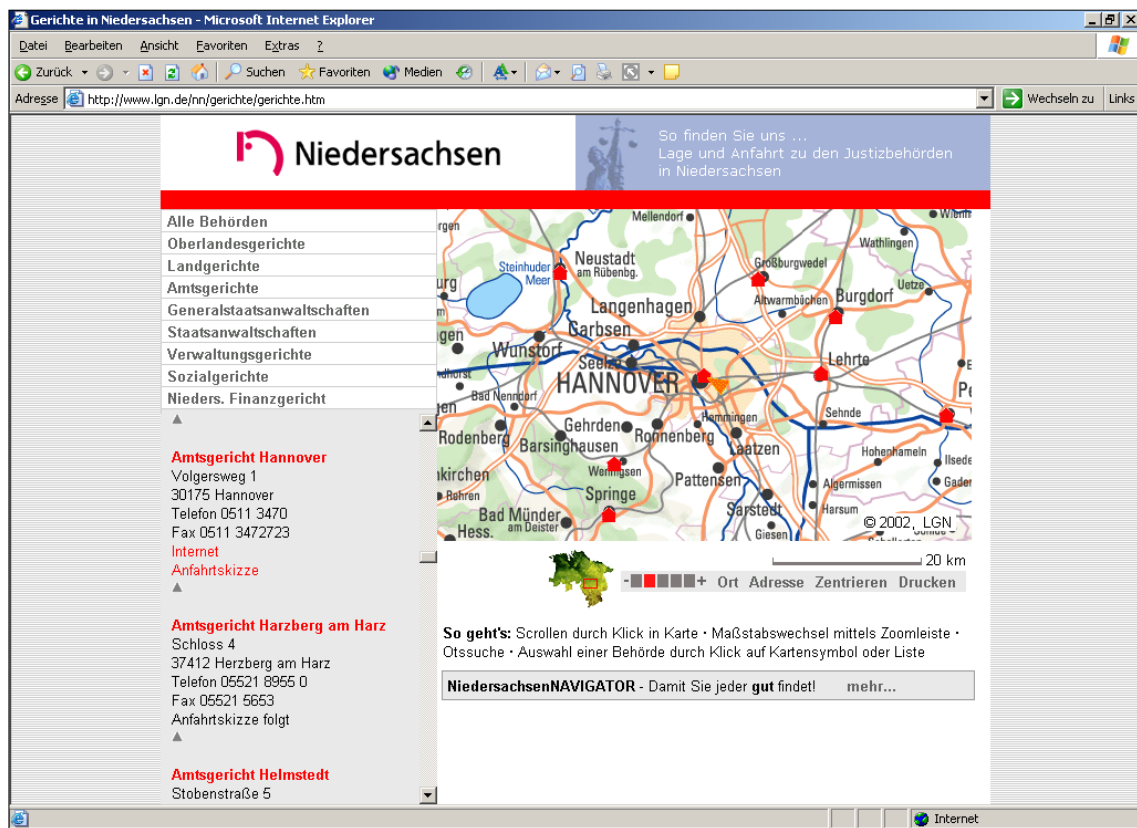


Abbildung 6.1: Interaktive Karte »Gerichte in Niedersachsen« - im Beispiel ist das Amtsgericht Hannover gewählt

Nach Auswahl der gewünschten Behörde (Amtsgerichte, Landgerichte, usw.) werden die jeweiligen Orte im Kartenfenster visuell durch ein Haussymbol dargestellt. Parallel dazu wird in einem neuen Fenster die komplette Anschrift mit Telefon- und Telefax-Nummer sowie einem Anfahrtsplan dargestellt.

Da nicht jeder Bibliothek bekannt sein konnte, dass im Rahmen einer Diplomarbeit eine Darstellung der einzelnen Einrichtungen entstehen sollte, kam im Vorfeld der Interviews die Erstellung eines einheitlichen Fragebogens (siehe Anhang II) mit einem erklärenden Begleitschreiben in Betracht.

³⁶ Gerichte in Niedersachsen (2002)

Dieser Fragebogen hatte zum Ziel, den Bibliotheken einen Einblick von Art und Umfang der zu erstellenden Bibliotheksprofile zu geben.

Im zweiten Schritt wurden die jeweiligen Bibliotheken persönlich aufgesucht. In Gesprächen wurden die vorab zugesandten Fragen beantwortet. Die Besuche ließen es zu, fotografische Aufnahmen der Bibliotheken für die Diplomarbeit anzufertigen.

6.2 Juristische Bibliotheken in Hannover

Neben den – im Folgenden dargestellten – Gerichtsbibliotheken gibt es noch weitere Bibliotheken in Hannover, die umfangreiche juristische Literaturbestände halten. Dazu zählt beispielsweise die Niedersächsische Landesbibliothek, die Bibliothek des Niedersächsischen Landtags, die Bibliothek des Niedersächsischen Justizministeriums sowie Ministerial-, Behörden- und Spezialbibliotheken mit fachjuristischen Beständen, etwa die Bibliothek der Region Hannover, der Landeshauptstadt Hannover, die Bibliotheken der Berufsgenossenschaften oder die Bibliothek des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. Exemplarisch sollen hier die drei wichtigsten Bibliotheken mit juristischen Sammelschwerpunkten vorgestellt werden – die Fachbereichsbibliothek Rechtswissenschaften der Niedersächsischen Landesbibliothek, die Bibliothek des Niedersächsischen Landtags sowie die Bibliothek des Niedersächsischen Justizministeriums.

6.2.1 Die Fachbereichsbibliothek Rechtswissenschaften (FBR) der Universitätsbibliothek Hannover

Als eine Abteilung der Niedersächsischen Landesbibliothek (NLB) wurde die FBR 1974 gegründet. Seit 01. Januar 2003 sind der Universitätsbibliothek und Technischen Informationsbibliothek (UB/TIB) Hannover die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbestände der NLB zugeordnet.³⁷

Die FBR erfüllt die Aufgabe der standortnahen Literaturversorgung für den Fachbereich Rechtswissenschaften. Sie ist eine Freihandbibliothek, d.h. die Literatur ist frei zugänglich nach Sachgruppen aufgestellt. Die Bestände der FBR befinden sich in der zweiten und dritten Etage des Bibliotheksgebäudes auf dem Conti-Campus, Königsworther Platz 1B, 30167 Hannover.

³⁷ vgl. May (2003)

In der dritten Etage sind die juristischen Monographien (Lehrbücher, Kommentare, Loseblattsammlungen, Dissertationen, Festschriften usw.) und in der zweiten Etage abgeschlossene und 503 laufend gehaltene juristische Zeitschriften, Entscheidungssammlungen, Jahrbücher, Amtsdruckschriften, Gesetz- und Verkündungsblätter aufgestellt.

Die Fachauskunft befindet sich in der dritten Etage und ist von Montag bis Freitag von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr und am Mittwoch von 11:00 Uhr bis 18:00 Uhr besetzt.

Zum Gründungszeitpunkt 1974 verfügte die Bibliothek über einen Bestand von 6000 Bänden, bis Ende 2002 hat sich der Bestand auf 126.595 Bände³⁸ und zahlreiche Einzeltitel auf Disketten, CD-ROM und Mikrofiches erhöht.

Die FBR nimmt als Abteilung der Niedersächsischen Landesbibliothek auch am HOBSY-Verbund (Hannoversches Online Bibliotheks-System) teil.³⁹

³⁸ Die Bestandszahlen sind dem Faltblatt »Wissenschaftliche Bibliotheken in Hannover« (Stand: 01/2003) entnommen; siehe Wissenschaftliche Bibliotheken (2003)

³⁹ Sander (2002)

6.2.2 Die Bibliothek des Niedersächsischen Landtages

Eine weitere Bibliothek mit juristischen Spezialbeständen in Hannover ist die Bibliothek des Niedersächsischen Landtags.

Die Bibliothek ist als Parlaments- und Behördenbibliothek gemeinsam mit Archiv und Dokumentation in erster Linie Informationszentrum für Abgeordnete, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Fraktionen und der Landtagsverwaltung einschließlich des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes.

Als juristisch-politische Spezialbibliothek steht sie auch den Landesbehörden sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung, insbesondere zu wissenschaftlichen Zwecken sowie für die berufliche Aus- und Fortbildung. Die Benutzung der Bibliothek wird durch die Benutzungsordnung geregelt.

In der Bibliothek befinden sich ca. 125.000 Bände und ca. 870 laufend gehaltene Zeitungen und Zeitschriften.

Etwa 6.000 Bände sind im Lesesaal als Präsenzbestand vorhanden. Im Magazin befinden sich etwa 116.000 Bände, die in der Regel per Sofortausleihe zur Verfügung gestellt werden.

Über aktuelle Literaturanschaffungen informiert die Bibliothek mit einer alle zwei Monate erscheinenden Neuerwerbungsliste.⁴⁰

⁴⁰ s. Landtag Niedersachsen – Bibliothek (2003)

6.2.3 Die Bibliothek des Niedersächsischen Justizministeriums

Das Niedersächsische Justizministerium besteht seit 1947. In dieser Zeit wurde juristische Literatur aufgelöster Gerichte zu einer Büchersammlung zusammengeführt. Damit entstand der Grundstock einer Bibliothek. 1964 wurde die erste bibliothekarische Fachkraft als Leiterin der Bibliothek eingestellt.

Der Bestand umfasst etwa 60.000 Bände. Themenschwerpunkt ist die juristische Literatur. Im Abonnement befinden sich rund 160 Periodika. Über das Internet hat die Bibliothek Zugriff auf juris und auf das Niedersächsische Vorschriften- und Gesetzesinformationssystem (VORIS).

Vorrangig wird die Bibliothek von den Mitarbeitern des Hauses sowie von anderen Behörden genutzt. Die Einsichtnahme in den Präsenzbestand wird jedoch auch anderen interessierten Personen gewährt.

6.3 Karte der Gerichtsstandorte in der Region Hannover

Auf der folgenden Karte sind die Standorte der Gerichte in der Region Hannover verzeichnet:

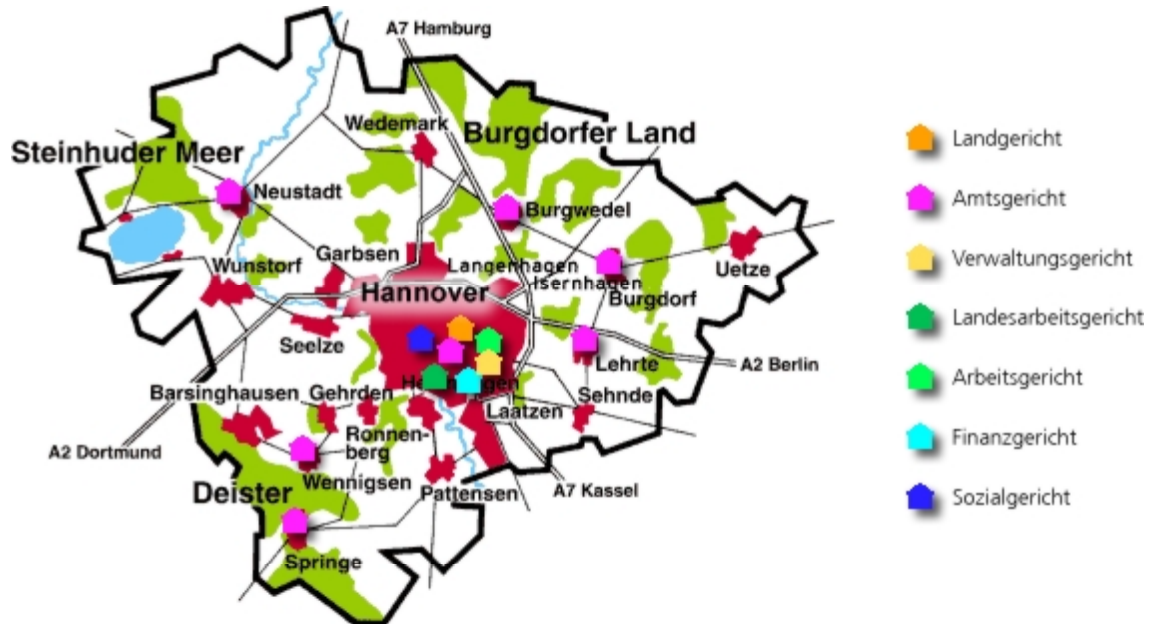


Abbildung 6.2: Gerichtsstandorte in der Region Hannover; Quelle: »Hannover Online – Karte der Region Hannover«, URL: http://www.hannover.de/deutsch/grafik2/karte_lk.gif [Abrufdatum: 26.02.2003]

Zunächst werden die Bibliotheken der Ordentlichen Gerichtsbarkeit in der Region vorgestellt. Den Anfang bildet die Bibliothek des Amtsgerichts Hannover. Im Uhrzeigersinn folgen die Bibliotheken der Amtsgerichte in Neustadt, Burgwedel, Burgdorf, Lehrte, Springe und Wennigsen sowie die Bibliothek des Landgerichts Hannover. Anschließend werden die Bibliotheken der Besonderen Gerichtsbarkeit vorgestellt. Im Einzelnen sind dies die Bibliotheken des Verwaltungsgerichts, des Finanzgerichts, des Sozialgerichts, des Arbeitsgerichts sowie des Landesarbeitsgerichts.

6.4 Bibliotheken der ordentlichen Gerichtsbarkeit

6.4.1 Die Bibliothek des Amtsgerichts Hannover



Abbildung 6.3: Neubau des Amtsgerichts am Volgersweg

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchsanschrift: Amtsgericht Hannover
-Bibliothek-
Volgersweg 1
D-30175 Hannover
- Postanschrift: Postfach 227
D-30002 Hannover
- Telefon: 0511 / 347-2434 (Frau Barbara Lottko)
0511 / 347-2208 (Frau Helga Butschkau)
- Telefax: 0511 / 347-2723
- E-Mail: helga.butschkau@ag-ha.niedersachsen.de
- URL: <http://www.amtsgericht-hannover.niedersachsen.de/>
- Öffnungszeiten: Montag – Freitag:
08:00 Uhr – 16:00 Uhr

Geschichte

Das Inkrafttreten der »Großen Justizreform« am 01. Oktober 1852 brachte im damaligen Königreich Hannover die Trennung von Verwaltung und Justiz.

Durch ein Gesetz vom 08. November 1850 und eine Verordnung vom 07. August 1852 wurden mit Wirkung vom 01. Oktober 1852 im Königreich Hannover 168 Amtsgerichte eingerichtet, deren Anzahl sich 1859 auf 104 Amtsgerichte verringerte. Die Mittelinstanz bildeten zwölf große und vier kleine Obergerichte. Oberste Instanz blieb das Oberappellationsgericht in Celle.

Das Amtsgericht Hannover war in seiner 150jährigen Geschichte in verschiedenen Gebäuden untergebracht; und zwar zunächst von 1852 bis 1888 in dem von Reden'schen Palais in der Osterstraße 33. Dann zog es – zusammen mit dem Landgericht und der Staatsanwaltschaft – in das damals erbaute, im 2. Weltkrieg völlig zerstörte »Alte Justizgebäude« am Raschplatz, auch Justizpalast genannt (auf diesem Grundstück wurde 1952 bis 1956 das heutige Landgerichtsgebäude errichtet). 1907 bis 1911 ergänzte man das »Alte Justizgebäude« durch das »Neue Justizgebäude« Volgersweg 1 (der Altbau des heutigen Amtsgerichtsgebäudes).

Seit 1956 bewirtschaftet das Amtsgericht den Altbau im Volgersweg 1 allein. Die Raumnot war aber jedoch enorm, so dass im Jahre 1977 Mitarbeiter des Amtsgerichts Hannover nicht nur im Hauptgebäude Volgersweg 1, sondern auch im Volgersweg 2, in der Hinüberstraße 11, in der Hohenzollernstraße 53, in der Brüderstraße 6, Am Klagesmarkt 17 und im Polizeipräsidium untergebracht waren. Entspannung brachte 1985 ein Neubau auf dem Nachbargrundstück, dem ehemaligen Postscheckamt.⁴¹

Räumlichkeiten

Die Bibliothek ist in einem 22,05 m² großen Raum im vierten Obergeschoss des Neubaus untergebracht.

⁴¹ Amtsgericht Hannover – Geschichte (2002)

Personal

Die Bibliothek wird von einer hauptamtlichen Justizangestellten betreut. Für den administrativen Teil ist eine Justizamtsinspektorin nebenamtlich zuständig.

Angebot



Abbildung 6.4: Blick auf den Computerarbeitsplatz

Im Bibliotheksraum steht ein Computerarbeitsplatz zur Verfügung, von dem aus die Benutzer Zugriff auf mehrere CD-ROM- und Online-Datenbanken haben. Dies sind:

- ADAC-Schmerzensgeldtabelle,
- Entscheidungen des BGH (BGHE) in Strafsachen,
- BGHE-Zivilsachen,
- Fundstellennachweis A (FNA),
- juris,
- Leitsatzkartei des deutschen Rechts auf CD-ROM (LSK-CD),
- Monatsschrift für Deutsches Recht auf CD-ROM (MDR-CD) und
- Vorschrifteninformationssystem für Niedersachsen (VORIS).

Darüber hinaus werden von der Bibliothek relevante Presseclippings chronologisch und den Nutzern in einem Ordner in der Bibliothek zur Verfügung gestellt.

Als Service für die Mitarbeiter des Hauses wird ein Zeitschriftenumlauf angeboten. Neu eingehende Zeitschriften werden chronologisch in Ordnern abgeheftet.



Abbildung 6.5: Presseauschnitte werden chronologisch in der Bibliothek aufbewahrt

Kataloge

Bestände bis Erscheinungsjahr 2000 sind in einem alphabetischen Zettelkatalog nachgewiesen. Der Katalog besteht aus einem Verfasser- und Sachtitelkatalog. Neuere Literatur wird seit zwei Jahren in einem hauseigenen Inventarisierungsprogramm verwaltet.

Bestände

Der Bibliotheksbestand umfasst etwa 500 Bände und 46 laufende Zeitschriften.

Erwerbung / Etat

Der Bibliothek steht jährlich ein Etat von 80.000 € zur Verfügung. Davon werden sämtliche Rechnungen für Neuerwerbungen, Zeitschriften-



Abbildung 6.6: Blick auf den Bestand - in den Ordnern sind die aktuellen Hefte eines Zeitschriftenjahrgangs abgelegt

Abonnements, Ergänzungslieferungen, CD-ROMs und deren Lizenzen sowie Buchbinderkosten beglichen.

Der Etat teilt sich wie folgt auf: 40.000 € für Monographien, 5.000 € für Zeitschriften, 20.000 € für Fortsetzungswerke, 1.000 € für Gesetzestexte, 13.000 € für CD-ROM-Datenbanken sowie Lizenzen, 1.000 € für Buchbindearbeiten.

Benutzung

Zur Benutzung sind in erster Linie die Gerichtsmitarbeiter zugelassen. Aber auch Rechtsanwälte und Referendare können die Bibliotheksangebote in Anspruch nehmen. Eine Benutzungsordnung gibt es nicht. Vielmehr liegt in der Bibliothek des Amtsgerichts Hannover ein Informationsblatt mit Benutzungsregeln aus (siehe Anhang III).

Öffentlichkeitsarbeit

Im September 2002 veranstaltete das Amtsgericht Hannover einen »Tag der offenen Tür«. Daran beteiligte sich auch die Bibliothek mit einem Bücherflohmarkt.

6.4.2 Die Bibliothek des Amtsgerichts Neustadt am Rübenberge



Abbildung 6.7: Außenansicht des Gerichtsgebäudes

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchsanschrift: Amtsgericht Neustadt am Rübenberge
Ludwig-Enneccerus-Platz 2
D-31535 Neustadt am Rübenberge
- Postanschrift: Postfach 3161
D-31533 Neustadt am Rübenberge
- Telefon: 05032 / 969-208 (Herr Dr. Michael Giers)
- Telefax: 05032 / 969-120
- E-Mail: Michael.Giers@ag-nrue.niedersachsen.de
- URL: <http://www.amtsgericht-neustadt.niedersachsen.de/>
- Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag:
07:30 Uhr – 15:30 Uhr
Freitag und vor Feiertagen:
07:30 Uhr – 12:00 Uhr

Geschichte

Das Amtsgericht in Neustadt am Rübenberge wurde vor etwa 150 Jahren als Königlich-Hannoversches Amtsgericht gegründet.

Räumlichkeiten

Der Bibliothek steht im ersten Obergeschoss des Gerichtsgebäudes ein 22,89 m² großer Raum zur Verfügung.

Personal

Eine Stelle für die Betreuung der Bibliothek ist im Personalplan nicht vorgesehen.

Da die Bibliothek zum



Abbildung 6.8: Bibliotheksbestände

Aufgabengebiet der Verwaltung gehört, wird sie vom Direktor oder dessen Stellvertreter verwaltet.

Angebot



Abbildung 6.9: Nutzern stehen zwei Internet-PCs für juristische Recherchen zur Verfügung

In der Bibliothek sind für juristische Recherchen zwei Computer mit Anschluss an das Internet vorhanden. Benutzer können ihre Suchergebnisse auf einem Laserdrucker ausgeben lassen. Für die Mitarbeiter des Gerichts wird ein Zeitschriftenumlauf gepflegt.

Kataloge

Ein Bibliothekskatalog wird nicht geführt. Der Literaturbestand wird in einem Bücherverzeichnis erfasst, welches seit kurzem auch elektronisch als Microsoft Works-Datenbank im Intranet des Amtsgerichts Neustadt zur Verfügung steht. Das Verzeichnis

gibt Auskunft über Verfasser, Titel, Erscheinungsjahr und Standort. Zudem ist jedes Werk in eine Systematik (siehe Anhang IV) eingegliedert.

Bestände

In der Bibliothek stehen etwa 190 Bände. Der Großteil – 390 Bände – der von der Bibliothek verwalteten Bücher stehen jedoch bei den einzelnen Richtern und Rechtspflegern. Darüber hinaus werden 18 laufende Zeitschriften und Gesetzblätter gehalten.

Erwerbung / Etat

Die Bibliothek verfügt über keinen festen Etat. Als Teil der allgemeinen Sachmittel hängt die Höhe des Etats von der Zuweisung ab.

Benutzung

Die Bibliothek darf von allen Gerichtsangehörigen, Referendaren und Rechtsanwälten genutzt werden. Sonstige Personen müssen sich zuvor anmelden, um die Bibliothek zu benutzen. Eine Benutzungsordnung gibt es nicht.

Öffentlichkeitsarbeit

Ende September 2002 zeigte sich das Amtsgericht Neustadt am Rübenberge der interessierten Öffentlichkeit an einem »Tag der offenen Tür«.

6.4.3 Die Bibliothek des Amtsgerichts Burgwedel



Abbildung 6.10: Außenaufnahme des Amtsgerichts Burgwedel

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchsanschrift: Amtsgericht Burgwedel
 Im Klint 4
 D-30938 Burgwedel
- Postanschrift: Postfach 1354
 D-30929 Burgwedel
- Telefon: 05139 / 806-1115 (Herr Armin Heibach)
- Telefax: 05139 / 3652
- E-Mail: Armin.Heibach@ag-bgw.niedersachsen.de
- URL: <http://www.amtsgericht-burgwedel.niedersachsen.de/>
- Öffnungszeiten: Montag – Freitag:
 08:00 Uhr – 12:00 Uhr, nach Absprache bis 15:30 Uhr

Geschichte

Die Gerichtsbarkeit in Burgwedel kann auf eine mehr als tausendjährige Geschichte zurückblicken. Bereits zu Zeiten Karls des Grossen (um 772) bestand ein so genanntes Gogericht, auch Goding genannt, als demokratische Einrichtung, das im Wesentlichen eine Fortsetzung des heidnischen Gauthings aus vorkarolingischer Zeit war.

Das heutige Amtsgericht nahm seine Tätigkeiten am 01. Oktober 1852 als neu errichtetes Königliches Amtsgericht Burgwedel auf.⁴²

Damals existierte keine Bibliothek im Amtsgericht. Erst mit Bezug des Neubaus im März 1990 wurden die bis dahin verteilten Bestände der Handbibliotheken in einem eigenen Büchereiraum konzentriert.

Räumlichkeiten



Abbildung 6.11: Blick in die Bibliothek

Der Bibliothek steht ein etwa 29 m² großer Raum im Erdgeschoss der Remise des Amtsgerichts zur Verfügung.

Personal

Im Stellenplan des Gerichts sind keine Personalstellen für die Betreuung der Bibliothek vorgesehen. Die Aufgaben der Bibliotheksbetreuung werden nebenher von einem Justizamtmann und einer Rechtspflegerin arbeitsteilig wahrgenommen.

⁴² Bemann (1992), S. 16, 35

Angebot

In der Bibliothek ist ein PC-Arbeitsplatz mit Drucker und Anschluss an das Internet vorhanden, der von den Benutzern aber wenig frequentiert wird. CD-ROM-Datenbanken bietet die Bibliothek nicht an, es liegen jedoch an einigen PC-Arbeitsplätzen einzelne CD-ROMs aus Heftbeigaben auf.

Seit Juli 2002 verfügt das Amtsgericht auch über einen juris-Anschluss, der von allen Arbeitsplätzen aus genutzt werden kann.

Für die Mitarbeiter des Hauses wird ein Zeitschriftenumlauf angeboten.



Abbildung 6.12: Den Benutzern steht ein moderner PC-Arbeitsplatz zur Verfügung

Bestände

Der Bestand des Amtsgerichts umfasst etwa 410 Bände und elf laufende Zeitschriften. Einen Sammelschwerpunkt gibt es nicht.

Erwerbung / Etat

Der Bibliothek steht ein eigener Bücher- und Zeitschriftentitel innerhalb des Gesamtetats zur Verfügung. In diesem Jahr beträgt die Etathöhe etwa 6.500 €. Der Betrag wird ausschließlich für Neuanschaffungen und Zeitschriftenabonnements ausgegeben. Mit einem anderen Titel werden Posten, wie beispielsweise Buchbinderarbeiten, beglichen.

Benutzung

Da die Bibliothek eine Präsenzbibliothek ist, sind in erster Linie die Mitarbeiter (Richter, Rechtspfleger usw.) zur Benutzung zugelassen. Darüber hinaus wird die Bibliothek aber auch von Notaren, Rechtsanwälten, Referendaren und Studierenden aus Burgwedel und Umgebung genutzt. Eine Benutzungsordnung existiert nicht. Über die Anmeldung im Eingangsbereich des Gerichts ist ein Schlüssel erhältlich, mit dem externe Nutzer die Bibliothek nach Absprache nutzen können.

6.4.4 Die Bibliothek des Amtsgerichts Burgdorf



Abbildung 6.13: Außenansicht des Amtsgerichts Burgdorf

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchsanschrift: Amtsgericht Burgdorf
Schloßstraße 4
D-31303 Burgdorf
- Postanschrift: Postfach 1001163
D-31286 Burgdorf
- Telefon: 05136 / 897-116 (Herr JAI Hohmann)
- Telefax: 05136 / 897-299
- E-Mail: poststelle@ag-bgw.niedersachsen.de
- URL: <http://www.amtsgericht-burgdorf.niedersachsen.de/>
- Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag:
09:00 Uhr – 15:30 Uhr
Freitag und vor Feiertagen:
09:00 Uhr – 12:00 Uhr

Geschichte

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehörte die Gerichtsbarkeit zum Aufgabenbereich der hannoverschen Ämter. 1852 wurde die Rechtsprechung von der Verwaltung getrennt. Jedes Amt und damit auch Burgdorf erhielt ein eigenes Amtsgericht.

Im Jahre 1895 schlossen die Stadt Burgdorf und das Oberlandesgericht Celle einen Vertrag über den Bau eines neuen Amtsgerichtsgebäudes. Das Amtsgericht befand sich zu dieser Zeit noch zusammen mit der Kreisverwaltung im Schloss. Die Bauarbeiten begannen im Herbst 1896. Am 01. Oktober 1898 wurde das neue Gerichtsgebäude in der Schloßstraße bezogen.⁴³

Räumlichkeiten

Die Bibliothek ist in einem kleinen Raum (Fläche: 13,5 m²) im Dachgeschoss des Gerichtsgebäudes untergebracht. Hier wird lediglich ein kleiner Teil der Literatur – in erster Linie Kommentare und gebundene Jahrgänge der abonnierten Zeitschriften – untergebracht.

Weitaus mehr Literatur steht an den Arbeitsplätzen der einzelnen Richter.



Abbildung 6.14: Innenaufnahme des Bibliotheksraums

Personal

Die Bibliothek wird nebenher von einem Justizbediensteten betreut. Im Stellenplan des Amtsgerichts wird die Bibliothek nicht aufgeführt.

Angebot

Die Bibliothek betreut die Zeitschriftenumläufe am Gericht. Die Hefte des aktuellen Jahrgangs liegen zunächst im Geschäftszimmer des Bibliotheksverwalters aus. Danach kommen sie in den Umlauf und werden später an eine Justizvollzugsanstalt (JVA) zum Binden gegeben.

⁴³ Scheelje/Neumann (1992), S. 238-239

Juristische Fachdatenbanken auf CD-ROM oder online können noch nicht genutzt werden. Ein Anschluss an juris ist in Planung, der noch im Jahr 2002 an allen Arbeitsplätzen verfügbar sein soll.

Derzeit stehen den Mitarbeitern das IZN-Landesintranet und der Kommunikationsweg via E-Mail zur Verfügung.

Kataloge

Ein Katalog wird nicht geführt. Der Bestand wird in einem Bücherverzeichnis manuell eingetragen. Geplant ist, die Literaturbestände noch im Laufe des Jahres 2002 mittels der Software »IZN Inventar« zu erfassen.

Wie viele Bücherverzeichnisse an kleinen Gerichtsbibliotheken wird auch am Amtsgericht Burgdorf das Verzeichnis nach Numerus Currens (= laufender Nummer) geführt. Weiterhin gibt es Auskunft über das Eintragsdatum, Verfasser, Titel und Besitzer / Standort.

Bestände

Aus dem Bücherverzeichnis geht der aktuelle Bestand nicht genau hervor. Die Bibliothek hält neun laufende Zeitschriftentitel:

- Bundesgesetzblatt, Teil I (BGBl I),
- Deutsches Autorecht (DAR),
- Neue Juristische Wochenschrift (NJW),
- Neue Zeitschrift für Strafrecht (NSStZ),
- Niedersächsische Rechtspflege (Nds.Rpfl),
- Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt (Nds.GVBl),
- Niedersächsisches Ministerialblatt (Nds.MBl)
- Wohnungswirtschaft und Mietrecht (WM) und
- Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (FamRZ).

Neben den Beständen im Bibliotheksraum bestehen an den Arbeitsplätzen der Richter und Rechtspfleger Handbibliotheken, die auch von den Gerichtsbediensteten untereinander genutzt werden.

Erwerbung / Etat

Die Bibliothek verfügt nicht über einen eigenen Titel im Gerichtsetat. Es besteht ein allgemeiner Geschäftsbedarfstitel, von dem u.a. Büromaterial beschafft wird. Sollte zum Jahresende ein Betrag zur Verfügung stehen, wird davon neue Literatur beschafft.

Teilweise überlassen einige Richter ihre Literatur der Bibliothek. Werke, die ausgesondert werden sollen, bietet das Amtsgericht Burgdorf zunächst anderen Behörden, Hochschulen oder staatlichen Einrichtungen an. Ab und an wird Literatur an Privatpersonen verkauft.

Benutzung

Nutzen darf die Bibliothek jeder: Rechtsanwälte, Referendare, Studierende, Mitarbeiter von Behörden und Organisationen oder interessierte Bürger. Vorrangig steht die Bibliothek als Präsenzbibliothek aber den Gerichtsmitarbeitern zur Verfügung.

6.4.5 Die Bibliothek des Amtsgerichts Lehrte



Abbildung 6.15: Außenaufnahme des Amtsgerichts Lehrte

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchsanschrift: Amtsgericht Lehrte
 Schlesische Straße 1
 D-31275 Lehrte
- Postanschrift: Postfach 1580
 D-31255 Lehrte
- Telefon: 05132 / 826-47 (Frau JAI'in Cornelia Koch)
- Telefax: 05132 / 55932
- E-Mail: cornelia.koch@ag-leh.niedersachsen.de
- Öffnungszeiten: Montag – Freitag:
 09:00 Uhr – 12:00 Uhr (oder nach Vereinbarung)

Geschichte

Die Geschichte des Amtsgerichts Lehrte beginnt 1888 mit dem damaligen Wunsch einiger Bürger, das Amtsgericht von Burgdorf nach Lehrte zu verlegen. Der Präsident und der Oberstaatsanwalt des Königlichen Oberlandesgerichts Celle stellten fest, dass es keine Veranlassung gebe, das Amtsgericht zu verlegen. Allerdings wollte man in Lehrte zukünftig regelmäßig Gerichtstage halten. Dazu stellte die Gemeinde kostenlos den Saal einer Gastwirtschaft, später Räume der Stadtverwaltung in der Burgdorfer Straße zur Verfügung.

Weitere Bemühungen der Stadt Lehrte um die Einrichtung eines Amtsgerichts am Ort Ende der dreißiger Jahre wurden vom Reichsminister der Justiz zurückgewiesen. Bis zum Jahre 1944 fanden in Lehrte weiterhin nur Gerichtstage statt.

Als im Sommer 1945 die Militärregierung die Gerichte eröffnen ließ, konnte in dem kurz vor Kriegsende schwer beschädigten Amtsgerichtsgebäude in Burgdorf ein geordneter Dienstbetrieb nicht mehr aufgenommen werden. Der damalige Lehrter Bürgermeister Beinsen stellte im Obergeschoss des Kreissparkassengebäudes in Lehrte Räume zur Unterbringung des Amtsgerichts Burgdorf zur Verfügung. Nach dem Abzug des Amtsgerichts nach Burgdorf in das mittlerweile dort neu errichtete Gebäude (1946) entwickelte sich aus dem Lehrter Provisorium 1948 eine Nebenstelle des Amtsgerichts Burgdorf.

Nach einigen Verhandlungen um 1953/1954 trat gemäß dem Wunsch nach einem selbstständigen Amtsgericht in Lehrte am 1. Mai 1954 das »Gesetz über die Errichtung eines Amtsgerichts in Lehrte« in Kraft. Im März 1968 konnte dann das neue Gebäude in der Schlesischen Straße bezogen werden.⁴⁴

Räumlichkeiten

Der Bibliothek steht im ersten Obergeschoss des Gerichtsgebäudes ein kleiner Büroraum mit einer Fläche von etwa 16 m² zur Verfügung, der gleichzeitig als Geschäftsstelle dient und daher abgeschlossen ist.

⁴⁴ Schmidt, G. (1998), S. 72-73

Personal

Für die Betreuung der Bibliothek ist keine Planstelle vorgesehen. Die Bibliothek wird stattdessen nebenamtlich von einer Justizamtsinspektorin betreut.

Angebot

Die Bibliothek bietet für die Mitarbeiter des Amtsgerichts einen Zeitschriftenumlauf an. Loseblatt-Sammlungen werden von einem Justizwachtmeister gepflegt.

Derzeit läuft am Amtsgericht ein Pilotprojekt, welches neun Lizenzen des »Schönfelder« auf CD-ROM umfasst. Diese stehen vorerst den Rechtspflegern am Amtsgericht zur Verfügung. In Planung ist der Einsatz der Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (FamRZ) auf CD-ROM.

Des Weiteren ist an jedem Arbeitsplatz der Zugriff auf juris möglich.

Kataloge

Ein Katalog wird nicht geführt. Die Werke werden in ein Bücherverzeichnis eingetragen. Derzeit (Stand: August 2002) verfügt die Bibliothek über etwa 350 Bücher und 760 Zeitschriftenbände. Laufend abonniert sind die folgenden Zeitschriftentitel:

- Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK-Mitt),
- Bundesgesetzblatt, Teil I (BGBl I),
- Der Deutsche Rechtspfleger (Rpfler),
- Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Strafsachen (BGHSt),
- Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (BGHZ),
- Neue Juristische Wochenschrift (NJW),
- Niedersächsische Rechtspflege (Nds.Rpfl),
- Niedersächsisches Ministerialblatt (Nds.MinBl) und
- Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (FamRZ).

Erwerbung / Etat

Die Bibliothek des Amtsgerichts Lehrte verfügt über keinen eigenen Etat. Stattdessen begleicht die Bibliothek sämtliche anfallenden Kosten über einen »Globaletat«, von dem ebenso Büromaterial und dergleichen finanziert wird.

Benutzung

Die Bibliothek des Amtsgerichts Lehrte steht den Mitarbeitern des Gerichts zur Verfügung. Da die Bibliothek nebenher als Dienstzimmer genutzt wird, können jedoch nur nach vorheriger Absprache auch Außenstehende die Bibliothek benutzen. Darüber hinaus kommen Mitarbeiter anderer Behörden, Rechtsanwälte, Referendare sowie Studierende der Rechtswissenschaften zur Nutzung der Bestände an das Amtsgericht.

6.4.6 Die Bibliothek des Amtsgerichts Wennigsen



Abbildung 6.16: Außenaufnahme des Amtsgerichts Wennigsen

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchs- und Amtsgericht Wennigsen
- Postanschrift: Hülsebrinkstraße 1
 D-30974 Wennigsen (Deister)
- Telefon: 05103 / 7008-55 (Frau JAI'in Dorothee Irtel)
- Telefax: 05103 / 7008-49
- E-Mail: Dorothee.Irtel@ag-wen.niedersachsen.de
- URL: <http://www.amtsgericht-wennigsen.niedersachsen.de/>
- Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag:
 09:00 Uhr – 12:00 Uhr und 14:00 Uhr – 15:30 Uhr
 Freitag:
 09:00 Uhr – 12:00 Uhr

Geschichte

Die Geschichte des Amtsgerichts Wennigsen reicht zurück in die germanische Zeit, als die Gerichtsbarkeit noch an geheiligter Thing-Stätte ausgeübt wurde. Bis in das 18. Jahrhundert hinein wurde hier die Rechtspflege nach der »peinlichen Gerichtsordnung« Kaiser Karls V. aus dem Jahre 1532 gehandhabt, die Foltermethoden erlaubte und Todesurteile verhängte. Die letzte gerichtliche Folterung wurde im Königreich Hannover im Jahre 1819 vermerkt.

Durch die königliche Verordnung vom 28. Oktober 1817 wurde das große Amt Calenberg in die Ämter Calenberg und Wennigsen aufgeteilt. Damit erhielt Wennigsen sein eigenes staatliches Amt und damit auch die Rechtspflege und Gerichtsbarkeit.

1852 wurde das Amtsgericht Wennigsen dann zum selbständigen Amtsgericht bestimmt. Es erhielt seine Diensträume in einem Fachwerkgebäude in der Hauptstraße 35, das ehemals ein Schafs- und Pferdestall gewesen war.

Neben diesem Hauptgebäude befanden sich bis 1986 noch drei weitere Nebenstellen des Amtsgerichts in Wennigsen.

Erst zu diesem Zeitpunkt entstand auf dem Grundstück an der Hülsebrinkstraße 1 ein Neubau-Komplex, der alle gerichtlichen Organe integrieren sollte.⁴⁵

Die Bibliothek in der heutigen Form wurde mit dem Bezug des Neubaus im Jahre 1986 eingerichtet. Davor verfügte das Amtsgericht Wennigsen nicht über eine Bibliothek. Die Literaturbestände waren über die einzelnen Nebenstellen verteilt. Auf Initiative des Präsidenten richtete man schließlich eine Bibliothek in einer restaurierten Fachwerkkremise auf dem neuen Grundstück ein.

⁴⁵ Sturm (1986), S. 11

Räumlichkeiten

Der Bibliothek steht im Erdgeschoss des Gerichtsgebäudes ein etwa 43 m² großer Raum zur Verfügung.

Personal

Die Bibliothek wird von einer Justizamtsinspektorin nebenamtlich betreut.



Abbildung 6.17: Blick in die Bibliothek

Angebot

Für die Mitarbeiter des Amtsgerichts wird ein Zeitschriftenumlauf angeboten und gepflegt. Elektronische Dienstleistungen werden nicht zentral angeboten. Die ADAC-Schmerzensgeldtabelle und VORIS als juristische CD-ROM-Datenbanken sind im Intranet des Gerichts verfügbar. Zusätzlich besteht Zugriff auf das Orts- und Gerichtsverzeichnis, das Niedersächsische Gesetz- und Verordnungsblatt sowie die DB-Fahrplanauskunft.

Kataloge

Seit 01. Januar 1990 wird ein Bibliothekskatalog nach den Regeln für die alphabetische Katalogisierung in wissenschaftlichen Bibliotheken (RAK-WB) und Hausregeln geführt. Der Zettelkatalog umfasst einen Alphabetischen Katalog und einen, nach Signaturen geordneten Standortkatalog. Katalogisiert wird die vorhandene Literatur nach Rechtsgebieten. Die Katalogführung ging zurück auf Initiative des Amtsgerichts-Direktors. Der Bibliothekar des Landgerichts Hannover, Herr Walter, gab seinerzeit »Starthilfe« zum Aufbau des Kataloges.

Bis 1990 wurde die Literatur in einem Bücherverzeichnis geführt.

Der Bibliothek steht das Softwareprogramm »IZN Bibliothek« zur Verfügung. Dieses Bibliotheksverwaltungsprogramm wird jedoch nicht eingesetzt, da keine Zeit zur Einarbeitung in das Programm und zur Überführung des Bestandes in die Datenbank besteht.

Bestände

Der Bestand der Bibliothek umfasst einschließlich der Bücher in den einzelnen Dienstzimmern etwa 900 Bücher. Dazu kommen noch Entscheidungssammlungen und folgende 15 Zeitschriftentitel, die laufend abonniert sind:

- Bundesgesetzblatt, Teil I (BGBl I),
- Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift (DtZ),
- Deutsche Notar-Zeitschrift (DNotZ),
- Der Deutsche Rechtspfleger (Rpfleger),
- Deutsches Autorecht (DAR),
- Neue Juristische Wochenschrift (NJW),
- Neue Juristische Wochenschrift - Rechtsprechungsreport Zivilrecht (NJW-RR),
- Neue Zeitschrift für Strafrecht (NStZ),
- Niedersächsische Rechtspflege (Nds.Rpfl),
- Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt (Nds.GVBl),
- Niedersächsisches Ministerialblatt (Nds.MBl),
- Der Personalrat (PersR),
- Wohnungswirtschaft- und Mietrecht (WM),
- Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (FamRZ) und
- Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP).

Erwerbung / Etat

Seit 2002 gibt es einen gesamten Geschäftsbedarfstitel am Amtsgericht Wennigsen. Hier-von werden neben Büromaterial auch die Kosten für die Bibliothek beglichen. Vorrangig sind hier die Abonnements und Einbindearbeiten. Sollte darüber hinaus ein Betrag verfü-gbar sein, werden davon Neuanschaffungen erworben.

Benutzung

Als Präsenzbibliothek steht sie in erster Linie Richtern und Rechtspflegern des Amtsgerichts zur Verfügung. Darüber hinaus wird die Bibliothek von Rechtsanwälten, Referendaren, Studierenden – die nicht den Weg nach Hannover in Kauf nehmen möchten – und Mitar-beitern anderer Behörden genutzt.

Im Haus können von Außenstehenden auch Kopien angefertigt werden. Pro Kopie wird ein Betrag von 0,05 € erhoben.

6.4.7 Die Bibliothek des Amtsgerichts Springe



Abbildung 6.18: Außenansicht des Gerichtsgebäudes

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchsanschrift: Amtsgericht Springe
Zum Oberntor 2
D-31832 Springe
- Postanschrift: Postfach 100108
D-31813 Springe
- Telefon: 05041 / 2031-20 (Frau JOL'n Bianca Magercurth)
- Telefax: 05041 / 2031-90
- E-Mail: Bianca.Magercurth@ag-spr.niedersachsen.de
- Öffnungszeiten: Montag – Freitag:
09:00 Uhr – 12:00 Uhr

Geschichte

Die Reorganisation des Justizwesens im Königreich Hannover um die Mitte des 18. Jahrhunderts berührte auch Springe. So entstand 1849 das Gerücht, dass Springe Sitz eines Obergerichts werden sollte. Die Bürgerschaft nahm den Gedanken begeistert auf, und die Stadtverwaltung tat alles in ihrer Macht liegende, um ihn verwirklicht zu sehen. Zur allgemeinen Enttäuschung war schließlich nicht Springe die auserwählte Stadt, sondern das Obergericht wurde in Hameln errichtet. Dafür erhielt Springe im Jahre 1852 ein Amtsgericht.

Das Amtsgericht war zuerst in einem Fachwerkgebäude auf dem Domänenhof untergebracht. Doch bereits 1868 konnte es in das jetzige Amtsgerichtsgebäude umsiedeln, musste sich aber zunächst dieses Domizil mit dem Amt teilen.

Nach 1880 wurden die Diensträume des Amtes in die Räume der Burg verlegt. Die Diensträume des Amtsgerichts kamen in das Erdgeschoss des Hauptgebäudes in der Langen Straße, das Obergeschoss wurde zur Richterdienstwohnung eingerichtet.

Das Hauptgebäude wurde 1775 im klassizistischen Stil mit Elementen aus dem Rokoko erbaut. Der Bau ist auf die Bodenschwelle der Langen Straße gestellt und dem gegenüberliegenden alten Rathaus angepasst worden.

An dieser Stelle stand früher das von Uffelensche Rittergut. Ein im Hof befindlicher Sandsteinblock trägt noch diesen Namen und die Jahreszahl 1561. Über einem früheren Eingang findet sich die Inschrift Ao 1775. Im Jahre 1850 wurde der Bau Eigentum des Königs Georg V. von Hannover, der es seiner Gemahlin Königin Marie schenkte. Später gehörte es der Tochter des Königs, Prinzessin Friederike, die es ihrem Ehemann Major von Pawel-Rammingen, wahrscheinlich als Ehegut einbrachte. Schließlich erwarb das Grundstück der hannoversche Fiskus.⁴⁶

Eine Bibliothek hat es seit der Gründung des Amtsgerichts gegeben.

⁴⁶ Hartmann (1954), S. 149-150

Räumlichkeiten

Der Bibliothek steht ein etwa 21 m² großer Raum im ersten Stock des alten Herrenhauses zur Verfügung.

Personal

Bibliothekspersonal ist im Stellenplan des Gerichts nicht vorgesehen. Die Betreuung der Bibliothek fällt in den Aufgabenbereich des Geschäftsstellenleiters bzw. dessen Vertretung.

Angebot



Abbildung 6.19: Blick in den Bibliotheksraum

Am Amtsgericht Springe verfügt jeder Mitarbeiter über einen PC mit Internet-Anschluss und Zugriff auf die juris-Datenbanken.

Die Gesetzessammlung »Schönfelder« wird im hauseigenen Intranet auf CD-ROM angeboten. Als Printmedium stehen von der Loseblatt-Sammlung nur drei Exemplare zur Verfügung. Damit wird denjenigen Mitarbeitern entgegengekommen, die ungern mit dem neuen Medium umgehen.

Für die Mitarbeiter werden Zeitschriftenumläufe angeboten. Derzeit sind 15 Zeitschriftentitel laufend abonniert:

- Der Deutsche Rechtspfleger (Rpfleger),
- Neue Juristische Wochenschrift (NJW),
- Neue Zeitschrift für Strafrecht (NStZ),
- Niedersächsische Rechtspflege (Nds.Rpfl),
- Niedersächsischer Staatsanzeiger (Nds.StAnz),
- Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt (Nds.GVBl),
- Niedersächsisches Ministerialblatt (Nds.MBl).

Kataloge

Ein Katalog wird nicht geführt. Die am Amtsgericht vorhandene Literatur wird von einem Verwaltungsmitarbeiter in einem Bücherverzeichnis nach Numerus Currens, Titel, Eingangsdatum und Standort nachgewiesen.

Bestände

Eine genaue Zahl des Bestandes kann nicht angegeben werden. Das Bücherverzeichnis weist – nach der laufenden Nummer betrachtet – 3.535 Einträge auf. Jedoch stimmt diese Zahl nicht mit der tatsächlichen Bestandszahl überein, da ausgesonderte Literatur nicht berücksichtigt wird und so mit im Verzeichnis geführt wird.

Erwerbung / Etat

Für Ergänzungslieferungen, Zeitschriftenabonnements, Neuanschaffungen, Buchbinderarbeiten und dergleichen steht ein Betrag von 4.500 € – 5.000 € jährlich zur Verfügung. Dieser Etat ist Teil des allgemeinen Geschäftsbedarfstitels.

Benutzung

Generell steht die Bibliothek des Amtsgerichts seinen Mitarbeitern zur Verfügung. Jedoch wird die Bibliothek auch von Rechtsanwälten, Referendaren oder Studierenden genutzt. Eine Benutzungsordnung existiert nicht. Da der Raum abgeschlossen ist, können auswärtige Nutzer beim Wachtmeister zu den üblichen Geschäftszeiten einen Schlüssel in Empfang nehmen.

6.4.8 Die Bibliothek des Landgerichts Hannover



Abbildung 6.20: Eingang der Staatsanwaltschaft am Landgericht Hannover - von hier aus geht es zur Bibliothek

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchsanschrift: Landgericht Hannover
- Bibliothek -
Volgersweg 65 (Eingang: Staatsanwaltschaft)
D-30175 Hannover
- Postanschrift: Postfach 3729
D-30037 Hannover
- Telefon: 0511 / 347-3150 (Frau Köhler, Montag – Mittwoch)
- Telefon: 0511 / 347-3150 (Frau Brockelt, Mittwoch – Freitag)
- Telefon: 0511 / 347-2764 (Herr Schünemann)
- Telefax: 0511 / 3480860
- E-Mail: bibliothek.lg-hannover@justiz.niedersachsen.de
- URL: <http://www.landgericht-hannover.niedersachsen.de/>
- URL: <http://www.landgericht-hannover.niedersachsen.de/bibliothek/BIBLALLG.HTM>
- Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag:
08:30 Uhr – 16:00 Uhr
Freitag und vor Feiertagen:
08:30 Uhr – 12:30 Uhr

Geschichte

Die Bibliothek des Landgerichts verdankt ihre Gründung der Freigiebigkeit eines Privatmannes, Klosteramtmann B. Ostermeyer, der von 1779 bis 1784 Anwalt in Hannover war. 1803 richtete er einen Brief an den damaligen Direktor der Justizkanzlei. Er wollte nach Aufgabe seiner Anwaltspraxis einen Teil seiner privaten Buchsammlung der Justizkanzlei als Grundstock für eine Bibliothek zur Verfügung stellen.

Nachdem bei der Bezirksregierung die Zustimmung zur Annahme der Schenkung eingeholt worden war, wurde der Bestand per Vertrag übergeben. Gleichzeitig hatte die Regierung sich bereit erklärt, der Bibliothek eine jährliche Beihilfe zu leisten. Die Bibliothek des Königlichen Obergerichtes war geboren, hatte aber in den ersten Jahren ständig finanzielle Schwierigkeiten, da die Beihilfe nur sporadisch gezahlt wurde.

Eine Besserung trat 1834 ein. Nachdem man mehrfach auf den allgemeinen Nutzen der Bibliothek hingewiesen hatte, wurde endlich per Ministerial-Rescript vom 17. März 1834 eine »Beihilfe von 25 Thalern jährlich« bewilligt.

Mit der Auflösung des von 1827 – 1986 bestehenden »Juristischen Lesevereins beim Land- und Amtsgerichts Hannover« integrierte die Bibliothek des Landgerichts die Bestände des Lesevereins in den Bestand der Gerichtsbibliothek.⁴⁷

Räumlichkeiten



Abbildung 6.21: Blick auf die Leih- und Auskunftstheke

1985 bezog die Bibliothek ihren Neubau in der Staatsanwaltschaft. Damals noch als Bibliothekszentrum geplant, fiel der Bau recht großzügig aus.

Es gibt einen großen Lesesaal und auf einer Galerie sechs kleinere Räume, die Literatur zu einzelnen Teilgebieten beherbergen.

Insgesamt gibt es etwa 50 Arbeitsplätze, sowie Stehpulte in den sechs kleinen Räu-

⁴⁷ Jagemann (1989), S. 37-38

men. Ein Kellerraum dient der Bibliothek als Magazin, in dem veraltete Literatur in einem Umfang von etwa 5.000 Bänden aufbewahrt wird.⁴⁸

Personal

Das Bibliothekspersonal setzt sich aus zwei halben Personalstellen zusammen, die je mit einem Diplom-Bibliothekar bzw. mit einem Bibliotheks-Assistenten besetzt sind, sowie einer Personalstelle, die mit einem Justizwachtmeister besetzt ist.

Angebot



Abbildung 6.22: PC-Arbeitsplatz im Eingangsbereich. Hier liegen die CD-ROM-Datenbanken auf

An einem PC im Eingangsbereich der Bibliothek liegen CD-ROM-Datenbanken auf, in denen die Benutzer recherchieren können. Angeboten werden folgende CD-ROMs:

- ADAC-Schmerzensgeldtabelle,
- Arbeitsrechtliche Praxis (AP),
- NJW Leitsatzkartei und
- OLG-Report.

Im Bibliotheksbüro wird zudem eine CD-ROM-Datenbank mit Entscheidungen des Bundesfinanzhofs bereitgehalten.

Die Nutzer können über Windows- oder MS-DOS-Oberflächen komfortabel in den Datenbanken recherchieren und Suchergebnisse auf einem Laserdrucker ausgeben lassen.

Ein weiterer Service wird durch die Online-Recherchen in den Datenbanken von juris angeboten. Auch dieser Dienst ist für die Benutzer soweit kostenfrei. Jedoch werden juris-Recherchen – wenn möglich – gemeinsam mit den Benutzern durchgeführt. Der Online-Service, der neben juris auch Internet-Recherchen beinhaltet, existiert seit etwa fünf Jahren.

Die Bibliothek bietet einen Zeitschriftenumlauf an. Für bestimmte Organisationseinheiten des Landgerichts werden die Inhaltsverzeichnisse einiger Zeitschriften kopiert und vorab via Hauspost versendet. Neuerscheinungen werden im Lesesaal auf dem Katalogschrank ausgestellt.

⁴⁸ ebd., S. 42-43

Zu den weiteren Dienstleistungsangeboten zählen auch der AHB-interne Leihverkehr und die Möglichkeit der telefonischen Fristverlängerung, sowie die Betreuung des Zeitschriftenumlaufs (»Ringumlaufs«).

Darüber hinaus ist die Bibliothek sowohl im Internet als auch im gerichtsinternen Intranet präsent. Außenstehende können sich im Internet über die Öffnungszeiten, Ansprechpartner, den Bestand und die laufend gehaltenen Zeitschriften informieren.

Im Intranet stellt sich die Bibliothek den Mitarbeitern als moderne Spezialbibliothek dar und bietet dort, neben allgemeinen Informationen, Tutorials zu CD-ROM-Datenbanken und einen »Virtuellen Rundgang« durch die Bibliothek an.

Kataloge



Abbildung 6.23: Der Zettelkatalog im Lesesaal

Für Literatur bis 1997 steht ein Zettelkatalog zur Verfügung, der aus einem alphabetischen Katalog, einem systematischen Katalog und einem Schlagwortkatalog besteht. Neuere Literatur wird seit Mitte 2000 im PICA (Project for Integrated Catalogue Automation)-Verbund erfasst und kann im Gemeinsamen Bibliotheksverbund (GBV) recherchiert werden. Der direkte Zugriff auf den OPAC (Online Public Access Catalogue) ist über die URL <http://has22.tib.uni-hannover.de:8080/DB=9.3/LNG=DU/>

möglich. Daneben besteht noch ein Allegro-Katalog, in dem sukzessive die Daten des Zettelkataloges retrospektiv eingegeben werden.

Bestände

Der Bestand umfasst etwa 50000 Bände und etwa 120 laufende Zeitschriften. Sammel-schwerpunkt ist Recht. Der Zugang beläuft sich auf rund 600 Medieneinheiten im Jahr. Die systematische Ordnung des Bestandes ist angelehnt an die Karlsruher Juristische Bibliographie (KJB).⁴⁹

Verwaltet wird der Zeitschriftenbestand mit dem Software-Programm »IZN Zeitschrift«. Eine Liste der laufend gehaltenen Zeitschriften ist im Internet über die URL <http://www.landgericht-hannover.niedersachsen.de/bibliothek/zeitschr.htm> (Abrufdatum: 08.02.2003) einsehbar.

⁴⁹ siehe Anhang V

Erwerbung / Etat

Der Bibliothek steht jährlich ein Etat von 120.000 DM (ca. 60.000 €) zur Verfügung. Davon ist etwa ein Drittel für den Neuerwerb vorgesehen. Geringe Einnahmen verzeichnet die Bibliothek durch den Verkauf von Altauflagen von Kommentaren.

Benutzung

Nach Punkt 1 der Benutzungsordnung (siehe Anhang VI) dürfen die Bibliothek grundsätzlich folgende Personengruppen benutzen:

- Angehörige der Justizbehörden im Landgerichtsbezirk Hannover,
- Rechtsanwälte, die im Landgerichtsbezirk zugelassen sind,
- Referendare, die im Landgerichtsbezirk ausgebildet werden oder an einer Arbeitsgemeinschaft teilnehmen,
- Studenten der Rechtswissenschaften, solange sie ein Pflichtpraktikum absolvieren,
- Beauftragte sonstiger Behörden, Körperschaften und Anstalten öffentlichen Rechts und
- frühere Mitglieder des (aufgelösten) juristischen Lesevereins.

Andere Personen oder Stellen (z.B. Banken, Unternehmen) kann die Benutzung im Einzelfall und auf Widerruf gestattet werden.

Pro Tag wird die Bibliothek von etwa 50 – 100 Nutzern frequentiert.

In der Bibliothek gibt es einen Dienst-Kopierer, den Richter und Staatsanwälte unentgeltlich benutzen können. Für die Referendare und Anwälte ist ein Münzkopiergerät aufgestellt worden. Für die Anfertigung einer Kopie werden folgende Gebühren erhoben:

- eine Kopie: 0,10 €,
- zwei Kopien: 0,20 €,
- sieben Kopien: 0,50 €,
- 15 Kopien: 1,00 €,
- 30 Kopien: 2,00 €.

Kooperation

Die Bibliothek des Landgerichts nimmt aufgrund von Mitgliedschaft an der Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken (AHB) sowie an der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken (APBB) teil.

Öffentlichkeitsarbeit

Im September 2002 veranstaltete das Landgericht einen »Tag der offenen Tür«. Daran beteiligte sich auch die Bibliothek mit einem Bücherflohmarkt.

6.5 Bibliotheken der besonderen Gerichtsbarkeit

6.5.1 Die Bibliothek des Verwaltungsgerichts Hannover



Abbildung 6.24: Außenansicht des Verwaltungsgerichts Hannover

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchsanschrift: Verwaltungsgericht Hannover
- Bibliothek -
Eintrachtweg 19
D-30173 Hannover
- Postanschrift: Postfach 6122
D-30061 Hannover
- Telefon: 0511 / 8111-423 (Herr Weihmann)
- Telefon: 0511 / 8111-424 (Frau Claudia Riedel)
- Telefax: 0511 / 8111-100
- E-Mail: claudia.riedel@vg-h.niedersachsen.de
- URL: <http://www.verwaltungsgericht-hannover.niedersachsen.de/>
- Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag:
09:00 Uhr – 12:00 Uhr und 14:00 Uhr – 15:30 Uhr
Freitag und vor Feiertagen:
09:00 Uhr – 12:00 Uhr

Geschichte

Hinrich Wilhelm-Kopf war es, der als Oberpräsident der damaligen Provinz Hannover durch eine Verordnung vom 17. August 1946 bestimmte, dass die Bezirksverwaltungsgerichte für die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Osnabrück, Lüneburg, Stade und Aurich am 15. September 1946 ihre Tätigkeit wieder aufnehmen sollten, und zwar auf der Grundlage des vor dem 30. Januar 1933 geltenden Rechts.⁵⁰

Entscheidend dabei war nicht die Fortsetzung der eher traditionellen Rechtsprechung; vielmehr wog, dass die Gerichte und ihre Mitglieder nun erstmalig dem Gesetz unterworfen waren, und der Regierungspräsident nicht Mitglied des Verwaltungsgerichts sein durfte. Damit war die Verwaltungsgerichtsbarkeit aus der Verwaltung ausgegliedert. Die Richter erhielten ihre persönliche Unabhängigkeit. Die Bezirksverwaltungsgerichte in Hannover, Hildesheim, Osnabrück, Lüneburg, Stade und Aurich wurden einem Präsidenten unterstellt. Sein Dienstsitz war in Bückeburg.

Zur ersten Sitzung am 19. Februar 1947 standen ganze sechs Verfahren auf der damaligen Tagesordnung.

Nachdem der Kontrollrat mit dem Gesetz Nr. 36 vom 10. Oktober 1946 die Wiedererrichtung von Verwaltungsgerichten in den Zonen und in Berlin angeordnet hatte, wurde die Niedersächsische Verwaltungsgerichtsbarkeit mit einer Verordnung der Landesregierung vom 31. März 1949 ins Leben gerufen. Mit Wirkung vom 01. Mai 1949 wurden vier Landesverwaltungsgerichte eingerichtet, so auch das Verwaltungsgericht Hannover mit auswärtigen Kammern in Hildesheim und in Osnabrück (diese wurden später dem VG Oldenburg zugeordnet).⁵¹

Das Verwaltungsgericht erlebte mehrere Umzüge: Von Februar 1947 bis August 1947 war das neu entstandene Gericht im Gerichtsgebäude in der Luerstraße 5 untergebracht (Anm.: Das heutige Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung). Nach einem Zwischenaufenthalt in zwei Behelfsräumen im Hause Prinzenstraße 9 zog das Verwaltungsgericht am 01. September 1947 in vier Räume des Hauses der Landesbank am Aegidientorplatz 4 ein. Am 01. April 1953 bezog das Gericht, dessen Richterzahl von zwei Richtern

⁵⁰ Dreiocker (1997), S. 21 ff.

⁵¹ Verwaltungsgericht Hannover – Geschichte (2002)

im Jahre 1947 auf 14 Anfang 1953 angewachsen war, das Haus Schiffgraben 14, das kriegszerstört war und mit Hilfe der Landesbank aufgebaut werden konnte. Im Januar 1976 dann zog das inzwischen auf 45 Richter angewachsene Verwaltungsgericht in die Kolbergstraße 14 um. Auch dort wurde der Raum knapp, so dass später Räume in der Leisewitzstraße und in der Ellernstraße für jeweils drei Kammern angemietet werden mussten.

Die aus dem Bezirksverwaltungsgericht Hildesheim entstandenen auswärtigen Kammern Hildesheim bezogen bereits 1951 eigene Gerichtsräume in der Goslarschen Straße 71. Von dort erfolgte 1983 der Umzug in das Gebäude Kreuzstraße 8, in dem die Kammern gemeinsam mit dem Arbeitsgericht Hildesheim, dem Sozialgericht Hildesheim und einigen Landesbehörden untergebracht waren. Am 01. Mai 1998 wurden die auswärtigen Kammern Hildesheim durch Zusammenführung mit den Kammern Hannover an einem gemeinsamen Gerichtsstandort in Hannover aufgelöst.

Mit der Zusammenführung hat das Verwaltungsgericht Hannover sein neues Gebäude im Stadtteil Bult, Eintrachtweg 19, bezogen.

Im Laufe der Zeit wurde auch eine Bibliothek eingerichtet, die ihre Altbestände auch von anderen Behörden übernommen hat.

Räumlichkeiten

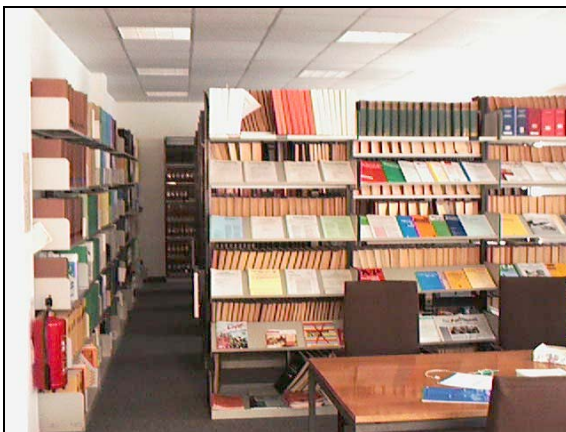


Abbildung 6.25: Blick in den Bibliotheksraum

Im Erdgeschoss steht der Bibliothek ein Raum von etwa 94 m² zur Verfügung, von dort gelangt man über eine Treppe in einen etwa 65 m² großen Archivraum. Im ersten und zweiten Stockwerk des Gebäudes sind Zimmer eingerichtet, in denen Mehrfachexemplare stehen und Sachgebiete, die nur bestimmten Kammern zugeordnet sind.

Personal

Die Bibliothek ist mit zwei Personalstellen, einem Bibliotheks-Assistenten (BAT V c) und einem Justizangestellten (BAT VI b), besetzt.

Angebot



Abbildung 6.26: Ein PC-Arbeitsplatz mit Online-Anschluss steht zur Verfügung

Die Bestände der Bibliothek sind vorrangig für die Mitarbeiter des Gerichts, während der Kernarbeitszeiten auch für auswärtige Nutzer zugänglich. Es wird eine Dokumentation der Asylrechtsliteratur für die zuständigen Mitarbeiter geführt. Ein PC-Arbeitsplatz mit juris- und Internetanschluss sowie einem Drucker ist vorhanden. Im hauseigenen Intranet stellt die Bibliothek Gesetzestexte, Neuerwerbungslisten und eingescannte Inhaltsverzeichnisse einiger Zeitschriften zur Verfügung. Über das Intranet des Verwaltungsgerichts ist auch die Nutzung folgender CD-ROM-Datenbanken möglich:

- »Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte« (FEVS),
- »Hinweise zur Sozialhilfe«,
- »InfoDat – Informationsstelle für Asylangelegenheiten des VerwG Baden« und
- »LexSoft« (Gesetzestext-Datenbank mit deutschen und niedersächsischen Gesetzen).

Kataloge

Die Bibliothek führt noch einen Zettelkatalog, der um 1946 begonnen wurde. Er umfasst einen Alphabetischen Katalog nach Verfassern und einen Schlagwortkatalog. Geplant ist, den Zettelkatalog bis 2003 zu führen. Parallel wird seit 2000 ein EDV-Katalog mit der Bibliothekssoftware »Bibliotheca 2000« der Firma B.O.N.D. geführt, dessen Bestand ab 1994 recherchierbar ist und von den Mitarbeitern des Verwaltungsgerichts im OPAC des hauseigenen Intranets eingesehen werden kann.

Mit der EDV-Lösung werden sukzessive die Einträge des Zettelkatalogs retrokatalogisiert.

Bestände

Die Bibliothek hat einen Bestand von etwa 10.500 Bänden und 85 abonnierten Zeitschriften bzw. Gesetzes- und Verkündungsblättern (Stand: Juni 2002). Zu den ältesten Beständen zählen preußische Gesetzessammlungen und Schaumburg-Lippische Verordnungen aus der Zeit um 1820.

Sammelschwerpunkt ist die juristische, insbesondere die verwaltungsrechtliche Literatur.

Bestände, die ausgesondert werden müssen, werden anderen Gerichten oder Antiquariaten angeboten.

Erwerbung / Etat

Pro Jahr stehen der Bibliothek etwa 45.000 € zur Verfügung. Davon entfallen etwa 90% auf Zeitschriftenabonnements, Fortsetzungswerke, Buchbinderarbeiten und dergleichen und etwa 10% auf den Erwerb von Neuanschaffungen.

Benutzung



Abbildung 6.27: Leih- und Auskunftstheke

Da die Bibliothek als Präsenzbibliothek geführt wird, findet eine Ausleihe an auswärtige Nutzer nicht statt. Eine Benutzungst Statistik wird nicht geführt. Die Bibliothek wird – neben den Angehörigen des Verwaltungsgerichts – auch von den Mitarbeitern des Landesjustizprüfungsamtes, welches sich im gleichen Gebäude befindet, mitgenutzt. Darüber hinaus sind aber auch externe Bibliotheksbenutzer – hauptsächlich

Rechtsanwälte, Referendar und Kläger – zur Benutzung zugelassen. Für die Anfertigungen von Kopien steht im Vorraum der Bibliothek ein Fotokopierer zur Verfügung. Externen Nutzern (z.B. Anwälten) wird eine Kopie mit 0,05 € berechnet.

Kooperation

Die Bibliothek des Verwaltungsgerichts ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken (AHB) sowie in der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken (APBB).

6.5.2 Die Bibliothek des Niedersächsischen Finanzgerichts



Abbildung 6.28: Gebäude des Nds. Finanzgerichts in Hannover

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchsanschrift: Niedersächsisches Finanzgericht
- Bibliothek -
Hermann-Guthe-Straße 3
D-30519 Hannover
- Postanschrift: Postfach 810462
D-30504 Hannover
- Telefon: 0511 / 8408-417 (Frau Wilcke)
- Telefax: 0511 / 8408-499
- E-Mail: nds_fgh@t-online.de
- URL: <http://www.finanzgericht.niedersachsen.de/>
- Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag:
08:00 Uhr – 12:00 Uhr und 14:00 Uhr – 15:00 Uhr
Freitag und vor Feiertagen:
08:00 Uhr – 12:00 Uhr

Geschichte

Am 01. Februar 1949 trat die Verordnung (MRVO) Nr. 175 der Militärregierung Deutschland – britisches Kontrollgebiet – in Kraft.^{52, 53} Damit ordnete sie für die Länder der britischen Besatzungszone die Wiedererrichtung von Finanzgerichten an (§ 1, Absatz 1), die unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen waren (§ 2, Absatz 1). Als Sitz des Finanzgerichts für das Land Niedersachsen wurde Hannover bestimmt. Es zählt zu den sechs größten Finanzgerichten der Bundesrepublik.

Warum Wiedererrichtung? Mit der Reichsabgabeordnung (RAO) vom 13. Dezember 1919 waren zwar die Finanzgerichte ins Leben gerufen worden, deren Richter sachlich unabhängig waren, und die auch ehrenamtliche Richter mit weitgehenden Mitwirkungsrechten kannten.

Organisatorisch jedoch waren diese Gerichte den Landesfinanzämtern angegliedert, und ihre Richter waren keine Richter, sondern Verwaltungsbeamte. Forderungen der Anwaltschaft der 20er Jahre nach einer durchgängigen Trennung zwischen rechtsprechender und verwaltender Tätigkeit fand kein Gehör. Das Nationalsozialistische Regime setzte schließlich dem Rechtsstaat auch hier ein Ende.

Durch den drei Tage vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ergangenen Erlass über die Vereinfachung der Verwaltung vom 28.08.1939 wurden die Finanzgerichte abgeschafft und durch weisungsgebundene Anfechtungsabteilungen bei den Oberfinanzpräsidenten ersetzt.

Die ersten Jahre der Tätigkeit des Niedersächsischen Finanzgerichts waren von den für die unmittelbare Nachkriegszeit typischen Mangelerscheinungen geprägt. Es begann mit einem Anfangsbestand von etwa 600 Streitfällen. Zudem wurde die Gerichtsarbeit durch das Fehlen einer adäquaten Verfahrensordnung erschwert.

⁵² Niedersächsisches Finanzgericht (1999), S. 5 ff.

⁵³ Niedersächsisches Finanzgericht – Geschichte (2001)

Erst mit Inkrafttreten der Finanzgerichtsordnung (FGO) vom 06. Oktober 1965 am 01. Januar 1966 erhielten die Finanzgerichte eine Verfahrensordnung, die ihrer Stellung als unabhängiger, von den Verwaltungsbehörden getrennter, besonderer Verwaltungsgerichte gerecht wurden. Zugleich wurde das Niedersächsische Finanzgericht, das bis dahin zum Geschäftsbereich des Finanzministers gehört hatte, der Dienstaufsicht des Justizministers unterstellt.

Räumlich war das Gericht von 1949 bis 1958 im Friederikenschlösschen, untergebracht. Auch das 1959 bezogene Gebäude am Waterlooplatz 5A erwies sich zu klein und musste um drei Dependancen in der Adolfstraße erweitert werden. Seit 1990 hat das Finanzgericht seinen Sitz in Hannover-Döhren in der Hermann-Guthe-Straße 353.

Räumlichkeiten



Abbildung 6.29: Blick in die Bibliothek des Nds. Finanzgerichts

Im dritten Obergeschoss stehen der Bibliothek etwa 150 m² Benutzungsbereich zur Verfügung, auf dem Dachboden befinden sich zwei Archivräume von insgesamt 39 m² Raumfläche.

Personal

Die Bibliothek des Finanzgerichts wird von einer Justizangestellten geleitet.

Angebot



Neben einem Anschluss an juris stehen auch festinstallierte CD-ROM-Datenbanken zur Verfügung. Auf einem PC in einem Nebenraum der Bibliothek haben die Benutzer Zugriff auf folgende Titel:

- EFG / HFR (Datenbank der Steuerrechtssprechung mit den Entscheidungen der Finanzgerichte und der höchstrichterlichen Finanzrechtssprechung)
- NWB (Neue Wirtschafts-Briefe)
- VFH / ZNV

Abbildung 6.30: PC-Arbeitsplatz für Bibliotheksbenutzer

Kataloge

In der Bibliothek wird seit 1949 ein Zettelkatalog geführt. Für die Recherche stehen zwei Alphabetische Kataloge mit Sachtitel- und Verfasser-einträgen sowie nach Buchzeichen (Signaturen) geführter Katalog zur Verfügung.

Bestände

Der Bestand umfasst derzeit (Stand: Januar 2002) etwa 10.000 Bände, 50 laufende Zeitschriften bzw. Gesetz- und Verkündungsblätter sowie 190 Loseblatt-Sammlungen. Die Literatur ist nach einer eigenen Systematik aufgestellt (siehe Anhang VIII).

Erwerbung / Etat

Im Jahre 2001 stand der Bibliothek ein Sachetat von etwa 93.000 DM zur Verfügung. Bis August 2002 gab die Bibliothek mit rund 32.920 € etwa ein Drittel des Gesamtetats aus: Davon entfielen 14.845 € für Loseblattwerke, 9.563 € für Neuerwerbungen und CD-ROM-Datenbanken sowie deren Lizenzkosten, 5.297 € für Zeitschriftenabonnements und 3.217 € für Buchbindearbeiten.

Benutzung

Die Aufgabe der Bibliothek ist in der Benutzungsordnung festgelegt (siehe Anhang VII). In Artikel I heißt es:

»Die Bibliothek des Niedersächsischen Finanzgerichts dient dem Zweck, den Richtern des Niedersächsischen Finanzgerichts die Rechtsfindung zu erleichtern. Sie ist eine Präsenzbibliothek, die ihre Bestände jederzeit verfügbar halten muss. [...]«.

Die Bibliotheksbestände stehen daher vorrangig den Angehörigen des Finanzgerichts zur Verfügung. Nach Artikel V der Benutzungsordnung zählen aber auch zum Nutzerkreis

- Mitglieder der Finanzverwaltung, anderer Gerichte oder Behörden,
- Referendare des Niedersächsischen Finanzgerichts und der Steuerlichen Arbeitsgemeinschaft beim Niedersächsischen Finanzgericht,
- Beteiligte der beim Niedersächsischen Finanzgericht anhängigen Verfahren (beispielsweise Klägervertreter oder Kläger) sowie
- Examenskandidaten während der Anfertigung der Hausarbeiten zum ersten oder zweiten juristischen Staatsexamen, sofern sie eine Bestätigung des Justizprüfungsamtes vorlegen.

Da die Bibliothek als eine Präsenzbibliothek geführt wird, werden keine Bücher extern verliehen.

Kooperation

Die Bibliothek ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken (AHB).

6.5.3 Die Bibliothek des Sozialgerichts



Abbildung 6.31: Blick auf das Sozialgericht in der Calenberger Esplanade

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchs- und Sozialgericht Hannover
Postanschrift: - Bibliothek -
Calenberger Esplanade 8
D-30169 Hannover
- Telefon: 0511 / 1216-776 (Frau JAng'e Wiehr)
- Telefon: 0511 / 1216-788 (Frau RnSG Rehberg)
- Telefax: 0511 / 1216-701
- E-Mail: poststelle@sg-h.niedersachsen.de
- URL: http://www.landessozialgericht.niedersachsen.de/sg_h.html
- Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag:
07:30 Uhr – 15:30 Uhr
Freitag:
07:30 Uhr – 13:30 Uhr

Geschichte

Am 01. Januar 1954 ist durch das Inkrafttreten des Sozialgerichtsgesetzes vom 03. September 1953 (BGBl. I, S. 1239) eine grundlegende Neuordnung der sozialen Sicherung wirksam geworden. Es wurde eine besondere Gerichtsbarkeit geschaffen. Wurden bislang Rechtsstreitigkeiten der Sozialversicherung und Versorgung von den Versicherungs- und Oerversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt bzw. dem Reichsversorgungsgericht (diese nur bis 1945) entschieden, so wurden jetzt unabhängige Gerichte gebildet. Die Spruchfähigkeit der Oerversicherungsämter ging auf die Sozialgerichte über.

In Hannover übernahm das Sozialgericht zum 01. Januar 1954 nicht nur die Aufgaben des Oerversicherungsamtes, sondern auch dessen Standort in der Nienburger Straße 14A.⁵⁴ Bis 1999 war es dort untergebracht, bis es in die Räume des Neubaus der Calenberger Esplanade 8 umzog.

Mit der Errichtung der Sozialgerichtsbarkeit in Niedersachsen wurde die Einrichtung eigener Bibliotheken unumgänglich. Den Vorgängern der Sozialgerichte, den Oerversicherungsämtern, standen bis zu diesem Zeitpunkt nur Bücher fremder Bibliotheken zur Verfügung. Der Aufbau der Bibliotheken erforderte größtenteils den Neuerwerb von Materialien, die für die Arbeit der Sozialgerichte notwendig waren. Diese und alle anderen anfallenden Arbeiten in den Bibliotheken wurden zunächst von mehreren Beamten nebenbei erledigt. Mit dem Anwachsen des Buchbestandes musste eine andere Regelung getroffen werden: es wurden sog. Büchereiverwalter an den einzelnen Gerichten benannt.⁵⁵

⁵⁴ Paulat (1994), S. 43

⁵⁵ Hakemeyer/Heuer/Vahlbruch (1962), S. 14

Räumlichkeiten



Abbildung 6.32: Blick in die Bibliothek des Sozialgerichts

Der Bibliothek steht im vierten Obergeschoss des Gerichtsgebäudes ein etwa 200 m² großer Raum zur Verfügung. Für Benutzer stehen drei Leseplätze zur Verfügung.

Personal

Die Bibliothek wird von einer Richterin und einer Justizangestellten nebenamtlich betreut. Eine Vollzeitstelle, die mit einer Bibliotheksangestellten besetzt war, ist aus Kostengründen vor ungefähr sieben Jahren gestrichen worden.

Angebot

Das Sozialgericht hat einen hausweiten Anschluss an das juris-System. Internen Bibliotheksbenutzern steht darüber hinaus ein moderner PC-Arbeitsplatz mit Laserdrucker, Flachbettscanner und Internetzugang zur Verfügung. Auf dem Rechner liegen die CD-ROM-Datenbanken »juris Bundesrecht« und »Einheitlicher Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen (EBM)« auf.



Abbildung 6.33: Multifunktionaler PC-Arbeitsplatz in der Bibliothek

Für die Mitarbeiter im Haus verwaltet die Bibliothek einen Zeitschriftenumlauf.

Kataloge

Ein Bibliothekskatalog im eigentlichen Sinn wird nicht geführt. In der Bibliothek liegt ein Ordner aus, in dem der Bestand in tabellarischer Form aufgeführt ist. Die Titel sind innerhalb der Tabellen nach Signaturen geordnet.

Bestände



Abbildung 6.34: Der aktuelle Jahrgang einer Zeitschrift wird im Klappenschrank aufbewahrt

Der Bibliotheksbestand umfasst etwa 400 Bände, 22 laufende Zeitschriften und 18 unregelmäßig erscheinende Veröffentlichungen. Dazu kommen noch die Bestände der Handapparate von derzeit 23 Richtern (etwa 90 Bände). Der Sammelschwerpunkt konzentriert sich auf die sozialrechtliche Literatur.

Der Zeitschriftenbestand umfasst folgende laufende Titel:

- Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA),
- Die Angestellten-Versicherung (DAngVers),
- Der Arzt und sein Recht (ArztuR),
- Die Betriebskrankenkasse (BKK),
- Bundesgesetzblatt, Teil I (BGBl I),
- Deutsche Rentenversicherung (DRV),
- Die Ersatzkasse (Ersk),
- Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht (info also),
- Kompass (Kompass),
- Neue Zeitschrift für Sozialrecht (NZS),
- Niedersächsische Rechtspflege (Nds.Rpfl),
- Niedersächsisches Ärzteblatt,
- Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt (Nds.GVBl),
- Niedersächsisches Ministerialblatt (Nds.MBl),
- Der Personalrat (PersR),
- Die Sozialgerichtsbarkeit (SGb),
- Vierteljahresschrift für Sozialrecht (VSSR) und
- Wege zur Sozialversicherung (WZS).

Erwerbung / Etat

Der Bibliothek stand 2001 ein eigener Sachetat von rund 30.000 DM zur Verfügung. Der größte Teil (etwa 95%) des Etats wird für die Abonnements von Zeitschriften- und Loseblattsammlungen und für bestandserhaltende Maßnahmen ausgegeben. Ein vergleichsweise kleiner Teil (etwa 5%) wird flexibel für Neuanschaffungen und dergleichen eingesetzt.

Benutzung

Die Bibliothek des Sozialgerichts Hannover ist eine Präsenzbibliothek. Das bedeutet, dass in erster Linie Mitarbeiter (Richter, Rechtspfleger) die Bibliothek nutzen dürfen. Aber auch externe Nutzer (Rechtsanwälte und Referendare, Verfahrensbeteiligte, interessierte Bürger) können die Bibliothek nach Absprache nutzen.

Ein Kopierer steht in der Etage zur Verfügung. Die Kopierkosten betragen für externe Nutzer 0,10 €, Referendare kopieren kostenfrei.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Mai 2002 lud das Sozialgericht zu einem »Tag der offenen Tür« ein. Interessierte Besucher konnten bei dieser Gelegenheit auch einen Blick in die Bibliothek werfen.

6.5.4 Die Bibliothek des Arbeitsgerichts Hannover



Abbildung 6.35: Außenansicht des Gerichtsgebäudes in der Ellernstraße

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchs- und Arbeitsgericht Hannover
Postanschrift: - Bibliothek -
 Ellernstraße 42
 D-30175 Hannover
- Telefon: 0511 / 2806-62 (Frau JAng'e Scholz)
- Telefax: 0511 / 2806-621
- E-Mail: martina.scholz@arbg-h.niedersachsen.de
- Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag:
 07:00 Uhr – 15:00 Uhr
 Freitag:
 07:00 Uhr – 14:00 Uhr

Räumlichkeiten



Abbildung 6.36: Innenansicht der Bibliothek des Arbeitsgerichts

Der Bibliothek stehen im dritten Obergeschoss des Gerichtsgebäudes zwei Räume zur Verfügung, die als Lesesaal (etwa 44 m² Raumfläche) bzw. Bibliotheksbüro (etwa 25 m² Fläche) genutzt werden.

Personal

Die Bibliothek wird von einer Justizangestellten betreut, die eine halbe Planstelle besetzt.

Angebot

Auf einem der Computer des Bibliotheksbüros liegen juristische Datenbanken auf; im Folgenden sind dies:

- Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht (EzA) – Leitsatzdatei,
- Fundstellennachweis A (FNA),
- PC-Tarifverträge,
- Tarifverträge der IG Metall und
- VORIS.

Der Zugriff auf juris ist am Arbeitsgericht an allen Dienstplätzen möglich, so auch in der Bibliothek.

Darüber hinaus betreut die Bibliothek die Handbibliotheken der Richter am Gericht und bietet einen Zeitschriftenumlauf an.

Kataloge

Die Bestände der Bibliothek werden in einem Bücherverzeichnis und mit der IZN-Software BAV (Buch- und Artikelverwaltung) erfasst. Daten, ab wann die Bestände nachgewiesen werden, lagen zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Diplomarbeit nicht vor.

Bestände



Abbildung 6.37: Klappenschrank mit den aktuellen Zeitschriftenjahrgängen

Aktuelle Bestandszahlen liegen nicht vor. Es werden 14 laufende Zeitschriften gehalten; dies sind im Einzelnen:

- Arbeit & Recht (ArbuR),
- Der Arbeitgeber (ArbG),
- Die Baustelle,
- Der Betrieb (DB),
- Der Betriebs-Berater (BB),
- Bundesgesetzblatt, Teil I (BGBl I),
- Deutsche Richter-Zeitung (DRiZ),
- Neue Juristische Wochenschrift (NJW),
- Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (NZA),
- Niedersächsische Verwaltungsblätter (Nds.VwBl),
- Niedersächsischer Staatsanzeiger (Nds.StAnz),
- Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt (Nds.GVBl),
- Niedersächsisches Ministerialblatt (Nds.MBl) und
- Recht der Arbeit (RdA).

Ferner werden unregelmäßig erscheinende Zeitschriften sowie die BAG-Entscheidungen gesammelt.

Erwerbung / Etat

Der Bibliothek steht ein eigener Sachmittel-Etat zur Verfügung, dessen Höhe jedoch schwankt. Im Jahr 2001 betrug der Etat 17.100 DM.

Benutzung

Die Bibliothek ist eine Präsenzbibliothek. Neben den Mitarbeitern des Hauses dürfen jedoch auch Rechtsanwälte und Referendare die Bibliothek nutzen.

Im Lesesaal steht ein Kopierer zur Verfügung. Die Kopierkosten betragen für externe Bibliotheksbenutzer 0,15 €.

Kooperation

Kann ein Werk aus Kostengründen nicht beschafft werden oder fehlen Seiten in Loseblattsammlungen, wendet sich die Bibliothek des Arbeitsgerichts an die Bibliothek des Landesarbeitsgerichts, welches seinen Sitz ebenfalls in Hannover hat.

6.5.5 Die Bibliothek des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen



Abbildung 6.38: Gebäude des Landesarbeitsgerichts in der Siemensstraße

Anschrift, Kontakt und Öffnungszeiten

- Besuchs- und Landesarbeitsgericht Niedersachsen
Postanschrift: - Bibliothek -
Siemensstraße 10
D-30173 Hannover
- Telefon 0511 / 80708-28 (Frau Ulrike Berndt)
- Telefon: 0511 / 80708-71 (Herr Holger Wichels)
- Telefax: 0511 / 80708-25
- E-Mail: ulrike.berndt@lag.niedersachsen.de
- E-Mail: holger.wichels@lag.niedersachsen.de
- Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag:
09:00 Uhr – 12:00 Uhr

Geschichte

Seit 1984 befindet sich die Bibliothek des Landesarbeitsgerichts in einem Gebäude in der Siemensstraße 10 in Hannover-Südstadt. Seit der Gründung des Landesarbeitsgerichts am 05. November 1946 hat sich die Bibliothek zu einer gut ausgestatteten Spezialbibliothek mit dem Schwerpunkt Arbeitsrecht entwickelt.

Räumlichkeiten

Die Bibliothek mit Lesesaal umfasst etwa 120 m² sowie einen Keller und ein Magazin mit etwa 50 m². In der Bibliothek sind mehrere Leseplätze vorhanden.

Personal

Zwei Vollzeit-Arbeitskräfte sind in der Bibliothek tätig, die unbefristete Stelleninhaber sind. Vergütet werden diese jeweils nach BAT V b mit Bewährungsaufstieg bzw. nach BAT VII.

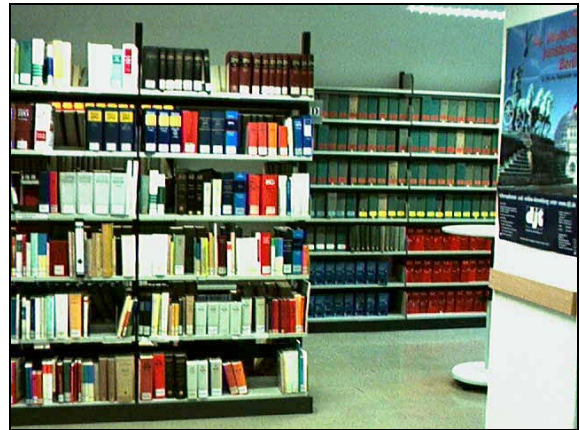


Abbildung 6.39: Blick in die Bibliothek

Angebot



Abbildung 6.40: Der juris-PC-Arbeitsplatz

Seit 1991 besteht ein gerichtseigener juris-Anschluss, über den Gerichtsentscheidungen und Rechtsliteratur online abzufragen sind. Die Bibliothek des LAG liefert diesen Datenbanken Entscheidungen aus der niedersächsischen Arbeitsgerichtsbarkeit zu. Eine eigene Kammer-Datenbank hält die zur Veröffentlichung vorgesehenen Entscheidungen des LAG Niedersachsen fest.

Seit 1999 existiert ein Internet-Anschluss

mit Verbindungsmöglichkeiten u.a. zum Bundesarbeitsgericht und zu anderen Landesarbeitsgerichten.

Benutzern stehen darüber hinaus zwei PCs mit Druckern zur Verfügung, die an das Intranet angeschlossen sind. Darüber besteht Zugriff auf den OPAC sowie auf 46 rechtswissen-

schaftliche CD-ROM-Datenbanken. Sechs dieser CD-ROMs sind über einen Server des IZN innerhalb der vernetzten Arbeitsgerichtsbarkeit landesweit nutzbar:

- Anwalts- und Notarverzeichnis,
- Arbeitsrecht digital,
- juris Arbeitsrecht *premium*,
- juris Bundesrecht,
- Das Juristische Büro und
- Das Orts- und Gerichtsverzeichnis.



Abbildung 6.41: Die CD-ROM-Station des LAG

Die Bibliothek bietet für die Mitarbeiter des Gerichts einen Zeitschriftenumlauf an.

Kataloge



Abbildung 6.42: Alt und Neu - die Bibliothekskataloge

Der Bestand wird in einem mehrfach gegliederten Zettelkatalog nachgewiesen (Alphabetischer Titelnkatalog, Personenkatalog, Schlagwortkatalog, Neue Medien, Entscheidungssammlungen und Loseblattwerke, Zeitschriften und Periodika, Festschriften und Hochschulschriften, Lehrbücher und Textausgaben, Körperschaften und Gebietskörperschaften, Systematischer Katalog, Akzessionskatalog), der seit 1982 nach den RAK (Regeln für Alphabetische Katalogisierung) geführt wurde. Nachgewiesen wird die Literatur bereits seit 1949.

Seit 1998 besteht mit der Teilnahme an PICA ein EDV-Katalog; ab 2001 kann der Bestand der Bibliothek auch im GBV recherchiert werden. Über die URL <http://has22.tib.uni-hannover.de:8080/DB=9.11/LNG=DU/> kann der OPAC des LAGs im Internet aufgerufen werden.



Abbildung 6.43: Blick auf das Zeitschriftenangebot

Alte Titelaufnahmen werden derzeit neben dem normalen Tagesgeschäft retrokatalogisiert. Ziel ist es, eines Tages vollständig vom Zettel- auf den elektronischen Katalog umgestellt zu haben.

Der Zeitschriftenbestand ist im Zeitschriftenverzeichnis Hannoverscher Behördenbibliotheken (ZHB) aufgeführt und wird inzwischen mit der Software » Zeitschriften- und Loseblatt-Verwaltung in Bibliotheken«

(ZLVB) des IZN verwaltet.

Bestände

Der Bestand umfasst zurzeit (Stand: Juli 2002) etwa 6.600 Titel sowie etwa 110 Zeitschriftentitel. An Zeitschriftenzuwachs sind im Jahr ungefähr vier Regalmeter zu erwarten, bei den Monographien bewegt sich der Zuwachs zwischen 200 bis 300 Bänden p.A.

Veraltete Literatur (Vorauslagen etc.) wird, soweit entbehrlich, ausgesondert. Bei Mehrfachexemplaren verbleibt von jeder Vorauslage ein Band im Magazin. Die makulierte Literatur wird zunächst den Büchereien der Arbeitsgerichte in Niedersachsen, sodann – bei relevanten Werken – dem Landesarchiv angeboten. Sollte dort kein Bedarf bestehen, werden diese Bücher zum Verkauf angeboten. Gelingt dies nicht, werden sie vernichtet.

Insgesamt stehen ca. 10.000 Bände im Freihandbereich (inklusive Lesesaal und Magazin) und in zwei Stockwerkbibliotheken im Hause zur Benutzung bereit. Die Aufstellung der Monographien richtet sich nach einem systematischen Schema, welches sich an der Karlsruher Juristischen Bibliographie (KJB)⁵⁶ orientiert.



Abbildung 6.44: Ein Teilbereich des umfangreichen Bibliotheksbestandes

⁵⁶ siehe Anhang V

Erwerbung / Etat

Der Bibliotheksetat liegt bei etwa 45.000 € im Jahr. Davon entfallen auf Neuanschaffungen ca. 12.500 €. Für Zeitschriften, Gesetz- und Verordnungsblätter werden etwa 8.500 € und für Fortsetzungswerke etwa 21.500 € benötigt. Im Bedarfsfall weist der Haushaltsbeauftragte des LAG Niedersachsen zum Ende des Haushaltsjahres der Bibliothek weitere Mittel zu.

Der Ankauf neuer Bücher wird nach Vorbereitung durch das Personal vom für die Bibliothek zuständigen Richter veranlasst.

Als Service für die Benutzer steht im Lesebereich ein Büchertisch bereit, der über Neuerwerbungen informiert.

Benutzung



Abbildung 6.45: Die Bibliothek verfügt über mehrere Nutzer-Arbeitsplätze

Gemäß Ziffer 1 der Benutzungsordnung (Stand: Dezember 1992) ist die Bibliothek des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen eine Spezialbibliothek, deren Bestände in erster Linie für den Informationsbedarf des LAG bestimmt sind.

Die Gerichtsbibliothek und die ihr angeschlossenen Handbüchereien sind überwiegend Präsenzbestände, die jederzeit verfügbar zu halten sind.

Es können jedoch auch externe Besucher, beispielsweise Rechtsanwälte, Referendare und Rechtspraktikanten, zur Bibliotheksbenutzung zugelassen werden.⁵⁷

In der Bibliothek steht ein Kopiergerät zur Verfügung. Die Kopierkosten betragen pro Kopie 0,15 €.

Kooperation

Die Bibliothek des Niedersächsischen Landesarbeitsgerichts ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken (AHB) und in der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken (APBB). Zudem hilft es der übrigen niedersächsischen Arbeitsgerichtsbarkeit durch Tausch von Fachliteratur.

⁵⁷ vgl. Ziffer 1, Satz 2 der Benutzungsordnung; siehe auch Anhang X

7 Arbeitsgemeinschaften für Gerichtsbibliotheken

Einen Querschnitt relevanter Arbeitsgemeinschaften für Spezialbibliotheken, insbesondere für Behördenbibliotheken, gebe ich in diesem Kapitel. Dargestellt werden ihre Geschichte, ihre Aufgabenbereiche sowie die Anschriften der jeweiligen Arbeitsgemeinschaften.

7.1 Die Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken e.V. (ASpB)

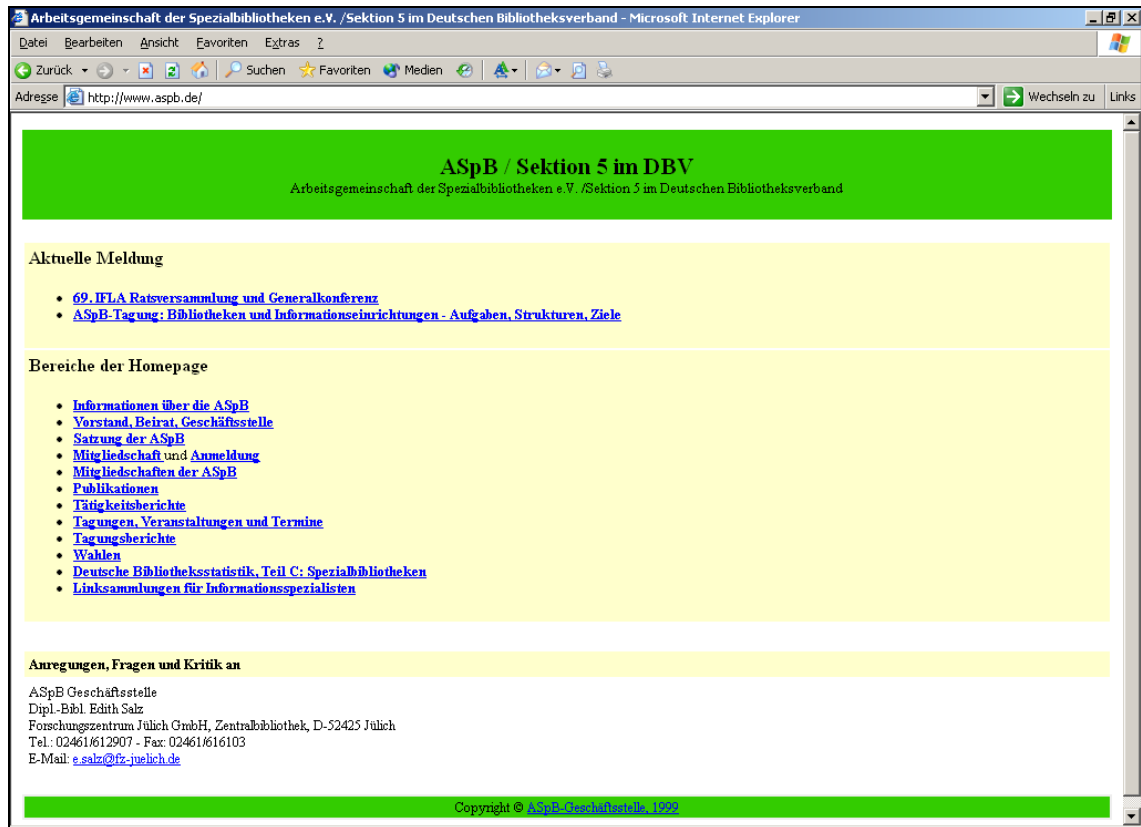


Abbildung 7.1: Screenshot der Homepage der ASpB

Geschichte

Der Verlust großer Bibliotheksbestände durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen führte 1945 zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den noch verbliebenen Bibliotheken und Informationsstellen. Schon im Oktober kamen Vertreter von Industriebibliotheken aus dem nordwestdeutschen Raum zu Fachgesprächen zusammen. Im Jahre 1946 wurde daher die Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken als »Arbeitsgemeinschaft der technisch-wissenschaftlichen Bibliotheken« gegründet. Die erste und für die damalige Zeit bedeutende Aufgabe war die Erstellung des »Verzeichnisses von Zeitschriftenbeständen und Serienwerken aus den Gebieten Naturwissenschaften und Technik«, das unter der Abkürzung »TWZ« bekannt wurde.⁵⁸

⁵⁸ ASpB-Informationen (2002), S. 1

1961 wurde der Name in »Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken« geändert. Am 27. Februar 1968 erfolgte die Konstituierung als e.V. durch den Eintrag in das Vereinsregister Frankfurt am Main.⁵⁹

Seit dem Sommer 2001 ist die Gesellschaft für das Bibliothekswesen und Dokumentationswesen des Landbaus (GBDL) korporatives Mitglied der ASpB und legte somit den Grundstein für die weitere Integration fachlicher Arbeitsgemeinschaften.

Die ASpB war Mitglied der Deutschen Bibliothekskonferenz während ihres Bestehens von 1973 bis 1989. Eine enge organisatorische Verbindung mit der Sektion 5 (Spezialbibliotheken) des Deutschen Bibliotheksverbandes (DBV) und die korporative Mitgliedschaft im DBV wurde 1989 beschlossen. 1997 wurde die Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (BDB) gegründet. Die ASpB / Sektion 5 im DBV nimmt seitdem einen Sitz des DBV im Vorstand der BDB ein.

Seit 1965 ist die ASpB Mitglied in der International Federation of Library Associations (IFLA).

Aufgaben der ASpB

Die ASpB verfolgt die folgenden Ziele und Aufgaben:

- »Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Spezialbibliotheken [...],
- Förderung des Erfahrungsaustauschs zwischen Spezialbibliotheken und die berufliche Fortbildung ihrer Mitarbeiter,
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen den bibliothekarischen fachlichen Arbeitsgemeinschaften,
- Vertretung der Interessen der Spezialbibliotheken der Industrie, der Behörden und von Forschungseinrichtungen aller Fachgebiete in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Institutionen,
- Durchführung von Fachtagungen [...].«⁶⁰

Die alle zwei Jahre stattfindenden Arbeits- und Fortbildungstagungen umfassen ein Vortragsprogramm zu aktuellen Themen, die besonders für Spezialbibliotheken relevant sind, eine Firmenausstellung und Ausstellerpräsentationen, sowie Besichtigungen von Spezialbibliotheken am Tagungsort.⁶¹

⁵⁹ vgl. Artikel 1, Absatz 1 der Satzung der Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken vom 25.05.1994

⁶⁰ ASpB-Informationen (2002), S. 2

⁶¹ Behm-Steidel (2001), S. 75

Mitglieder

Die ASpB hat heute (Stand: April 2001) 676 Mitglieder. 83% der Mitglieder sind institutionelle Mitglieder, der Anteil der persönlichen Mitglieder beträgt 12%. Die nachstehende Tabelle zeigt die aktuelle Struktur der institutionellen Mitglieder:

Bereich	Anteil
Forschung	20%
Universitäts-, Instituts-, Fachhochschul- und Landesbibliotheken	10%
Kunst- und Museumsbibliotheken	11%
Bibliotheken aus der Wirtschaft	15%
Archive und kirchliche Bibliotheken	4%
Medizinische Bibliotheken	4%
Bibliotheken aus Verwaltung, Sozial- und Informationswesen	20%

Tabelle 7.1: Institutionelle Mitglieder der ASpB; Quelle: ASpB-Informationen (2002), S. 1

Publikationen

Zu den wichtigsten Publikationen der ASpB gehören die Kongressschriften der ASpB-Tagungen. Aktuelle Informationen werden über Rundschreiben und die Homepage der Arbeitsgemeinschaft veröffentlicht.

Anschrift und Kontakt

- Anschrift: Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken e.V.
 Dipl.-Bibl. Edith Salz
 Forschungszentrum Jülich GmbH
 - Zentralbibliothek -
 D-52425 Jülich
- Telefon 02461 / 61-2907
- Telefax: 02461 / 61-6103
- E-Mail: e.salz@fz-juelich.de
- URL: <http://www.aspb.de/>

7.2 Die Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken (APBB)



Abbildung 7.2: Screenshot der Homepage der APBB-Homepage

Geschichte

Die APBB wurde im Jahre 1955 zunächst als Kommission der Parlaments- und Behördenbibliotheken beim Verein Deutscher Bibliothekare (VDB) gegründet und arbeitet seit 1957 als eigenständige Organisation unter ihrem heutigen Namen.⁶²

Aufgaben der APBB

Die APBB sieht ihre Aufgaben in der Verbindungsaufnahme zwischen einzelnen auf sich selbst gestellten Behördenbibliotheken gleicher Fachrichtung oder Region, in der Erörterung von Fachfragen, in der gemeinsamen Regelung der Aus- und Fortbildung sowie in der Vertretung der Behördenbibliotheken nach außen. Allgemein formuliert lautet ihr Ziel, die Leistungsfähigkeit ihrer Mitgliedsbibliotheken durch Zusammenarbeit zu verbessern.⁶³

⁶² APBB – Informationen (2003)

⁶³ Schuster (1978), S. 37

Die APBB veranstaltet Tagungen im Rahmen des jährlich stattfindenden Deutschen Bibliothekartages. Dort werden auch die jährlichen Mitgliederversammlungen abgehalten.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Fortbildungsveranstaltungen zu Themen, die auf die Bedürfnisse der Mitgliedsbibliotheken besonders ausgerichtet sind.

Mitglieder

In der APBB sind zurzeit etwa 500 Mitgliedsbibliotheken unterschiedlichster Größe, Struktur und Aufgabenstellung vertreten. Die Mitgliedschaft ist kostenfrei, es wird jedoch von den Mitgliedern erwartet, dass sie die Veröffentlichungen abonnieren.

Veröffentlichungen

Die »Mitteilungen« sind das laufende Publikationsorgan der APBB. Sie behandeln unterschiedliche Themen aus dem Tätigkeitsspektrum der Mitgliedsbibliotheken und erscheinen in der Regel zweimal jährlich. Hier finden sich auch die Vorträge der Veranstaltungen der Bibliothekartage.

Die »Arbeitshefte« behandeln in größeren Beiträgen Themen grundsätzlicher Art oder beleuchten ein Schwerpunktthema aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Sie erscheinen in der Regel einmal jährlich.

Anschrift und Kontakt

- Anschrift: Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken
 c/o Dr. Jürgen Kaestner
 Hessischer Landtag
 - Bibliothek -
 Schlossplatz 1-3
 D-65183 Wiesbaden
- Telefon 0611 / 350-380
- Telefax: 0611 / 350-379
- E-Mail: J.Kaestner@ltg.hessen.de
- URL: <http://www.apbb.de/>

7.3 Die Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Dokumentationswesen (AjBD)

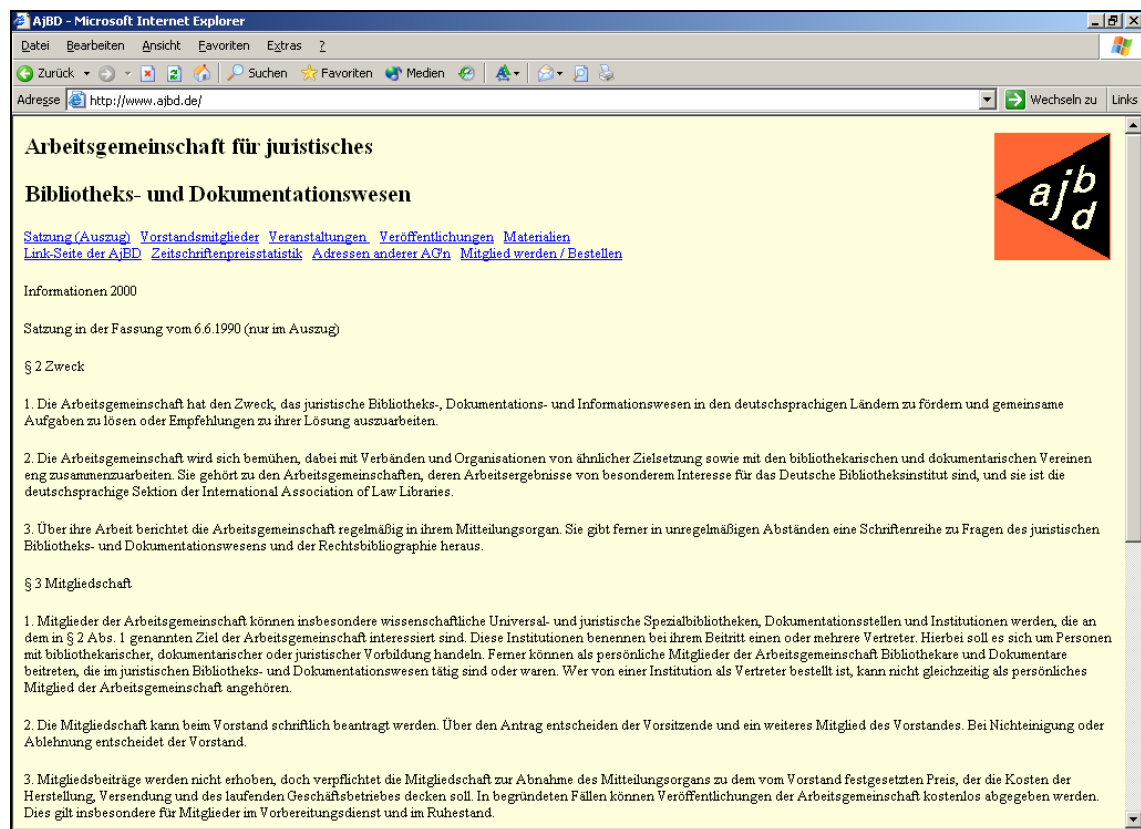


Abbildung 7.3: Screenshot der AjBD-Homepage

Geschichte

Die Arbeitsgemeinschaft wurde am 02. Juni 1971 anlässlich des 61. Deutschen Bibliothekartages in Köln zunächst als »Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliothekswesen« gegründet. Auf der ein Jahr später stattfindenden ersten Mitgliederversammlung erweiterte sie sich zur »Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Dokumentationswesen«.^{64,65} Anstoß zu ihrer Gründung war die Bitte des Bundesjustizministeriums an den VDB um Stellungnahme zum geplanten JIS, heute juris genannten »Juristischen Informationssystem des Bundes«. So fanden sich auf eine Einladung des VDB hin, der sich für nicht zuständig hielt, juristische Bibliothekare und Dokumentare zusammen, die um einer dauernden Mitsprache an dem Projekt willen die AjBD gründeten.⁶⁶

⁶⁴ Bibliothekarische Arbeitsgemeinschaften (1983), S. 21

⁶⁵ Lansky (1971), S. 1

⁶⁶ Schuster (1978), S. 43

Aufgaben der AjBD

Nach der neuesten Satzung⁶⁷ liegen Aufgabe und Zweck der Arbeitsgemeinschaft in der Förderung des juristischen Bibliotheks-, Dokumentations- und Informationswesens in den deutschsprachigen Ländern sowie in der Lösung gemeinsamer Aufgaben oder der Erarbeitung von Empfehlungen. Die AjBD gehört zu den vom Verein Deutscher Bibliothekare geförderten Arbeitsgemeinschaften und ist die deutschsprachige Sektion der International Association of Law Libraries (IALL).

Während der Deutschen Bibliothekartage finden die jährlichen Mitgliederversammlungen statt. Sie haben den Charakter von Arbeitstagungen und dienen mit Vorträgen, Demonstrationen und Besichtigungen der Fortbildung der Mitglieder.

Darüber hinaus finden in unregelmäßigen Abständen Fortbildungsveranstaltungen zu besonderen Themen statt.

Mitglieder

In der AjBD sind etwa 162, überwiegend korporative, Mitglieder organisiert. Mitgliedsbeiträge werden nicht erhoben; die Mitgliedschaft verpflichtet jedoch zur Abnahme der »Mitteilungen der AjBD«.

Veröffentlichungen

Seit 1971 werden dreimal jährlich die »Mitteilungen« als regelmäßig erscheinendes Publikationsorgan der Arbeitsgemeinschaft herausgegeben. In ihnen werden Arbeitsergebnisse veröffentlicht und berichten darüber hinaus über in- und ausländische Ereignisse, die für juristische Bibliotheken relevant sind. Sie stellen in dieser Thematik ein im deutschen Sprachraum einzigartiges Periodikum dar.

Die »Arbeitshefte« erscheinen unregelmäßig seit 1974. Sie informieren zu Fragen des juristischen Bibliotheks-, Dokumentations- und Informationswesens und der Rechtsbibliographie. Jedes Heft behandelt ein bestimmtes Thema. Bisher sind 20 Arbeitshefte erschienen.

⁶⁷ Paragraph 2, Absatz 1 und 2 der Satzung der Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Dokumentationswesen vom 06.06.1990

Anschrift und Kontakt

- Anschrift: Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Dokumentations-
wesen
c/o BD Dr. Hans-Peter Ziegler
- Bibliothek des Bundesfinanzhofs -
Ismaninger Str. 109
D-81675 München
- Telefon 089 / 9231-358
- Telefax: 089 / 9231-201
- E-Mail: Hans-Peter.Ziegler@bfh.bund.de
- URL: <http://www.ajbd.de/>

7.4 Die Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken (AHB)

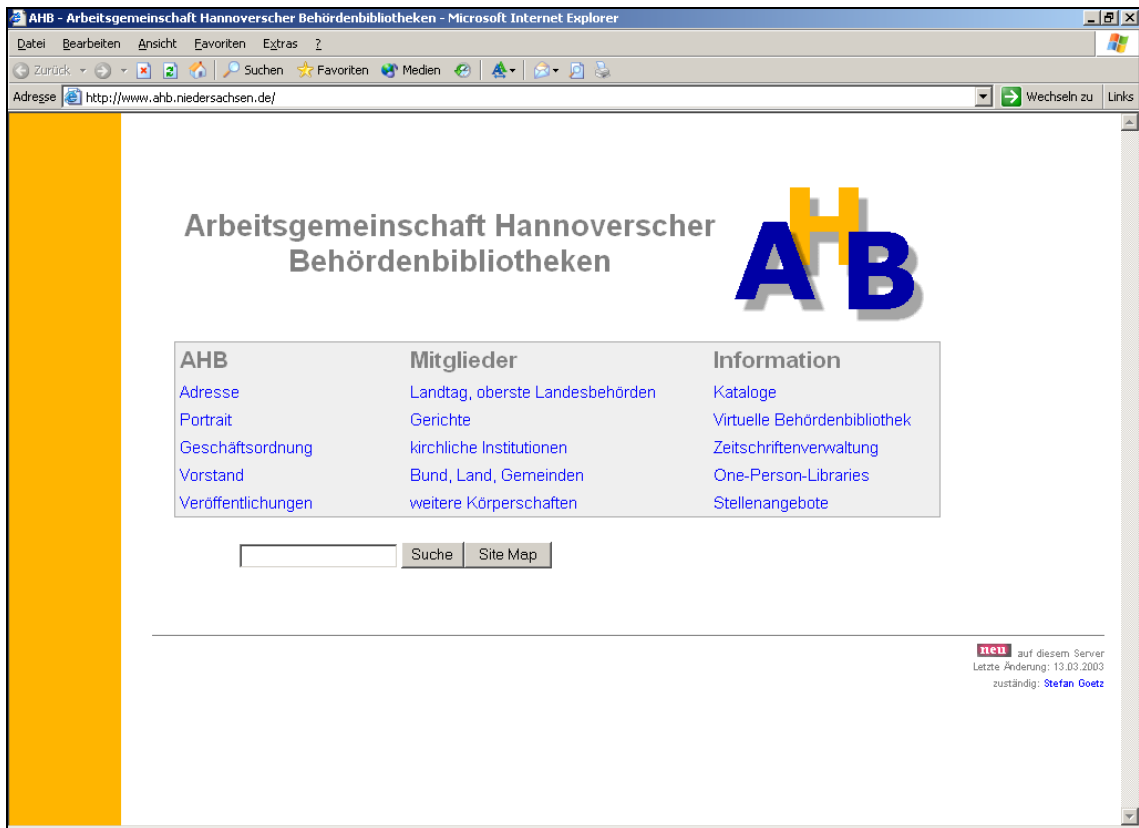


Abbildung 7.4: Screenshot der AHB-Homepage

Geschichte

Als Landtagsbibliothekar Hans Schmidt die Vertreter von 13 hannoverschen Behördenbibliotheken zu einer ersten Besprechung am 08. November 1948 einlud, fand er dankbare Zustimmung, denn sie standen alle vor einem Aufbau unter sehr großen Schwierigkeiten. Die Buchbestände der weitergeführten Behörden hatten z. T. erhebliche Kriegsschäden nach dem Zweiten Weltkrieg erlitten oder waren gänzlich vernichtet. Die neuen Ministerien und der Landtag konnten nicht auf schon vorhandene Bestände am Ort zurückgreifen. Erschwerend kam hinzu, dass das Land Niedersachsen vier Landesteile vereinigte, in denen bis 1945 unterschiedliches Landesrecht gegolten hatte.

Bei der Harmonisierung des Rechts mussten die Ministerien folglich in sehr vielen Fällen vier Landesrechte berücksichtigen, deren Quellen von den Bibliotheken bereitzustellen waren. Sammelaktionen von Dubletten bei allen Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts im ganzen Land hatten zwar einen erstaunlich guten Gesamt-Grundbestand ergeben; er war jedoch nicht immer zweckmäßig verteilt und reichte vor allem in den Exemplarzahlen nicht aus. Die wechselseitige Hilfe durch einen geregelten Leihverkehr, Lite-

raturauskünfte, Dublettentausch oder einfache Überlassung von Literatur war selbstverständlich und dringend notwendig.^{68, 69}

Die Arbeitsgemeinschaft mit Sitz in Hannover wurde durch die von Hans Schmidt vorgeschlagene Zusammenarbeit am 03. Oktober 1949 als Interessengemeinschaft von Bibliotheken der Behörden und nichtstaatlichen Trägern (z.B. Kirchen, Kammern) gegründet.⁷⁰

Aufgaben der AHB

Die Arbeitsgemeinschaft soll der Förderung der gemeinsamen fachlichen Interessen dienen, ohne jedoch die Selbständigkeit der einzelnen Bibliotheken zu berühren.⁷¹

Sie hat die Aufgabe, die sparsamste Bewirtschaftung der den einzelnen Bibliotheken zur Verfügung stehenden Geldmittel durch erhöhte Ausnutzung der vorhandenen Bücherbestände zu erreichen.

Dabei stehen besonders folgende Aufgaben im Mittelpunkt:

- die Verwaltung der Bibliotheken einheitlicher und einfacher gestalten, z.B. durch Austausch von Bücherverzeichnissen, Aufsatzlisten,
- die Herausgabe und Pflege eines gemeinsamen Zeitschriftenverzeichnisses (Zeitschriftenverzeichnis Hannoverscher Behördenbibliotheken, »ZHB«) sowie Vereinheitlichung der Katalogisierung,
- besondere Vorteile bei der Buch- und Zeitschriftenbeschaffung aufgreifen,
- Sammelwerke, Zeitschriften, Verkündungsblätter und Gesetzsammlungen durch Austausch von Doppelstücken vervollständigen,
- den Leihverkehr zwischen den einzelnen Bibliotheken fördern,
- der Aufbau eines gemeinsamen Verbundkataloges und die Förderung bibliothekarischer EDV-Systeme (Allegro-C, PICA/GBV) und
- die Erfahrungen der einzelnen Bibliotheken für alle nutzbar machen (Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen).

Mitglieder

Zu den 42 Mitgliedern der AHB zählen die Bibliotheken des Niedersächsischen Landtages, der Ministerien, der Gerichte, kirchliche Bibliotheken, Bibliotheken des Bundes, des Landes und einzelner Gemeinden sowie Bibliotheken von Berufsgenossenschaften und Forschungsinstituten.

⁶⁸ Hakemeyer (1980), S. 48

⁶⁹ s. Schmidt, H. (1958), S. 1

⁷⁰ AHB – Portrait (2002)

⁷¹ vgl. Paragraph 2 der Geschäftsordnung der Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken vom 11.10.1994

An der AHB können sich Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts mit ihren Bibliotheken beteiligen, insoweit diese von mindestens einer Kraft hauptamtlich vertreten werden. Zur Beteiligung bedarf es Anerkennung der AHB-Geschäftsordnung.

Die Mitgliedschaft ist kostenfrei.

Im Internet ist die AHB seit 1998 vertreten. Der elektronische Präsentation entstand im Rahmen einer Diplomarbeit von Barbara Fischer und Silvia Huhn am Fachbereich »Informations- und Kommunikationswesen« der Fachhochschule Hannover.⁷²

Anschrift und Kontakt

- Anschrift: Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken
 c/o Dr. Fritz Hartmut Teßmer
 Niedersächsischer Landtag
 - Bibliothek -
 Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
 D-30159 Hannover
- Telefon 0511 / 3030-2067
- Telefax: 0511 / 3030-2806
- E-Mail: bibliothek@landtag.niedersachsen.de
- URL: <http://www.ahb.niedersachsen.de/>

⁷² Fischer/Huhn (1998)

8 Juristische Informationsgewinnung online

Rechtswissenschaftliche Informationen jeglicher Art lassen sich heute schnell über Online-Kommunikationswege recherchieren. Gerade für Gerichtsbibliotheken, die einen Anschluss an das weltweite Internet haben, bietet sich dieser Weg der juristischen Informationsrecherche an.

Eine Auswahl der wichtigsten juristischen Quellen im Internet sowie die Darstellung des Datenbankanbieters juris beinhaltet dieses Kapitel.

8.1 Rechtsinformationen im Internet

Juristische Internet-Portale

Eine gute Einstiegsmöglichkeit, juristische Informationen zu erhalten, bieten Portale. Den Bereich deutschsprachiger Quellen decken insbesondere das Juristische Internetprojekt Saarbrücken, der Marktplatz-Recht sowie der Jura-Lotse ab.⁷³

Linksammlungen zu juristischen Quellen

Umfangreiche Listen mit Hyperlinks zu juristischen Informationen im Internet werden von der Bibliothek des Bundesgerichtshofs und auf den Internetseiten der AjBD bereitgestellt. Die »Juristische Linkpage Stich« ist besser bekannt unter der Bezeichnung »zuRecht.de«. Der Nutzer findet hier eine breite Palette juristischer Links.

Virtuelle Fachbibliotheken

In einer virtuellen Bibliothek wird auf elektronische Informationen im Internet verwiesen, die nach qualitativen Kriterien ausgewählt und den Bedürfnissen einer bestimmten Zielgruppe entsprechend aufbereitet worden sind.

Speziell für den Bereich der Behördenbibliotheken gibt es seit Februar 2000 ein eigenes Projekt: die »Virtuelle Behördenbibliothek – VBB«. Etwa 430 Datensätze zu Gesetzestexten, Dokumenten und Links aus Recht, Verwaltung und Politik können die Nutzer recherchieren. Das Angebot der VBB richtet sich an Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen. Initiiert wurde die »Virtuelle Behördenbibliothek« durch neun Kooperationspartner – Bibliotheken des Bundes und der Länder Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

⁷³ Die Internetquellen zu den genannten Diensten sind im Anhang XI zusammengestellt.

Gesetzestexte

In Kooperation mit juris stellt das Bundesministerium der Justiz den kostenfreien Zugriff auf über 540 Gesetze im Volltext. Sie stellen jedoch nicht die amtliche Fassung dar, welche jeweils nur im Bundesanzeiger veröffentlicht werden. Nutzer können die Dokumente wahlweise als Hypertext- oder PDF-Datei öffnen.

Der Parlamentsspiegel bietet den komfortablen Zugriff auf Drucksachen, Gesetzesentwürfe und –texte, Anträge, Anfragen u.a. der sechzehn Landesparlamente.

Bundestags-Drucksachen und Plenarprotokolle liegen in der Bundestags-Datenbank PARFORS seit der 13. Wahlperiode als PDF-Datei oder ASCII-Text auf. Ebenfalls vom Deutschen Bundestag wird das Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge – kurz DIP – angeboten. DIP erlaubt den Zugriff auf Gesetzgebungsvorgänge, Aktivitäten von Personen, Parlamentarische Vorgänge (Anfragen, Reden) und dergleichen.

Bundesbehörden und Ämter

Viele Bundesbehörden und Ämter sind bereits im Internet präsent und bieten sehr nützliche – z.T. auch juristische – Informationen an. Die Portalseite »bund.de« bietet den schnellen Zugang zu allen behördlichen Informationen und Service-Angeboten der Verwaltung.

Europarecht

Eine wichtige Informationsquelle stellen europarechtliche Informationen dar. EURLex ermöglicht hier den Zugriff auf das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, Verträge, Gesetzgebung, Gesetzgebungsvorarbeiten, Rechtsprechung, Parlamentarische Anfragen sowie Dokumente von öffentlichem Interesse.

8.2 juris – das juristische Informationssystem der Bundesrepublik Deutschland

Neben den oftmals kostenfreien juristischen Angeboten im Internet stehen dem Benutzer Datenbanken zur Verfügung, deren Dienste entgeltpflichtig sind. Zu den etablierten Anbietern juristischer Fachinformationen in Deutschland zählen juris, beck-online, LEGIOS sowie LexisNexis.

An den meisten Gerichten, die in dieser Arbeit vorgestellt werden, haben Nutzer die Möglichkeit, auf die Online- oder CD-ROM-Datenbanken von juris zuzugreifen. Kapitel 8.2 stellt juris vor.

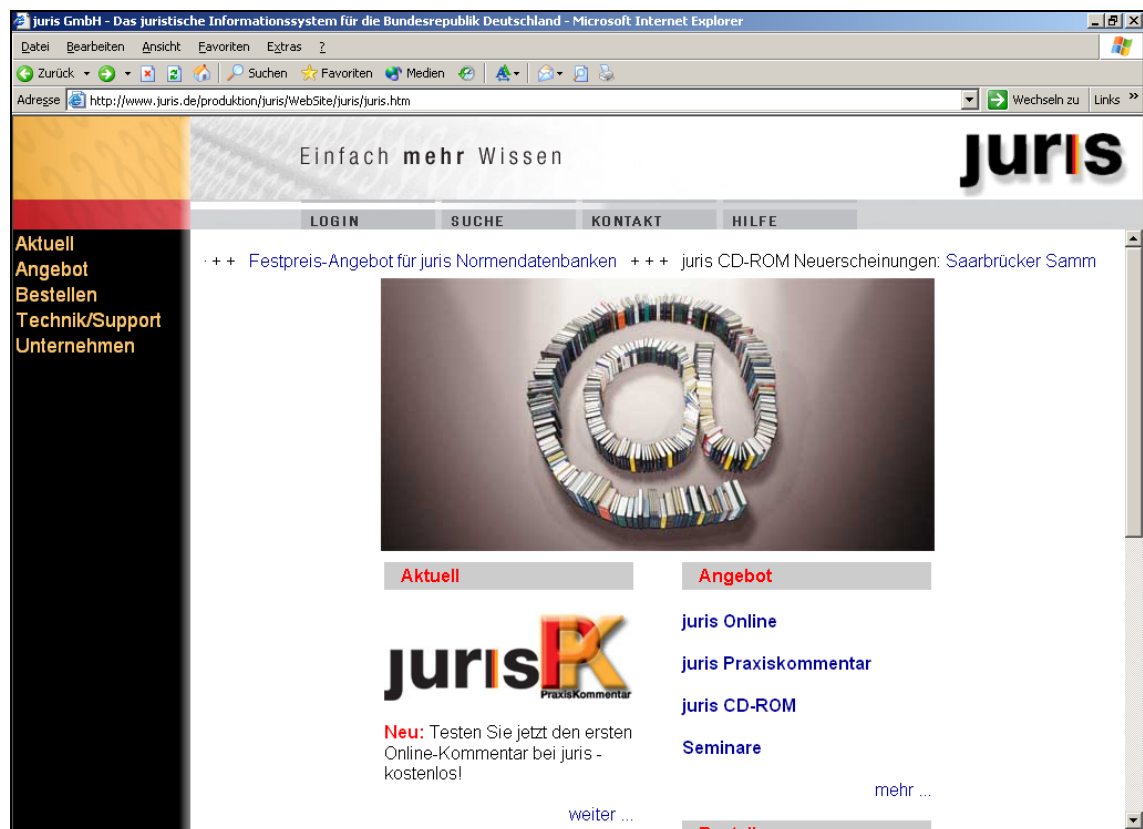


Abbildung 8.1: Screenshot der Homepage der juris GmbH (URL: <http://www.juris.de>)

8.2.1 Entstehung und Entwicklung

Die Entwicklung von juris lässt sich bis Ende der 60er Jahre zurückverfolgen. Damals befürchtete man, dass mit den herkömmlichen Mitteln der Dokumentation die Menge der immer neu anfallenden juristischen Informationen nicht mehr beherrschbar sein würde. Eine damals durchgeführte Untersuchung hat ergeben, dass pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland

- rund 570 Gesetze und Rechtsverordnungen des Bundes mit
- rund 5.500 Paragraphen bzw. Artikel und
- rund 600 Gesetze und Rechtsverordnungen der Länder

erlassen wurden. Hinzu kommen

- rund 5.000 Verwaltungsvorschriften von Bund und Ländern.

Außerdem wurden von den

- rund 2,2 Mio. Gerichtsentscheidungen, die jährlich ergehen
- rund 20.000 Gerichtsentscheidungen in Fachzeitschriften

veröffentlicht. Daneben werden pro Jahr

- rund 20.000 rechtswissenschaftliche Aufsätze und
- rund 4.000 Monografien geschrieben.⁷⁴

Um diese Informationsfülle auf dem Gebiet der Gesetzgebung, der Rechtsprechung und der Rechtsliteratur optimal für eine bessere Funktionsfähigkeit der Rechtsordnung zu nutzen, beauftragte die Bundesregierung im September 1973 das Bundesjustizministerium mit der Entwicklung und dem Aufbau eines computergestützten juristischen Informationssystems.⁷⁵

Am 18. Juli 1984 beschloss die Bundesregierung die Fortführung von juris als GmbH; der Gesellschaftsvertrag wurde letztendlich am 29. August 1985 in Bonn geschlossen. Seit dem 01. Juli 1987 hat juris seinen Sitz in Saarbrücken.⁷⁶

⁷⁴ Strzolka (1986), S. 23

⁷⁵ Bernecker (1994), S. 332

⁷⁶ juris (1995), S. 1 ff.

8.2.2 Das Angebot von juris

juris Online

Abbildung 8.2: Suchmaske in »juris web«

Kern des juris-Angebots waren und sind die juris Online-Datenbanken. Seit Bestehen der GmbH hat sich dieses Angebot kontinuierlich erweitert. Im Gründungsjahr 1985 gab es fünf Datenbanken, heute sind es 39.

Die größte und zugleich am häufigsten genutzte Datenbank ist die juris Rechtsprechungsdatenbank. Sie umfasst die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der fünf obersten Gerichtshöfe des Bundes seit Bestehen dieser Gerichte und ab 1976 auch die Rechtsprechung der Instanzgerichte zu allen Rechtsgebieten. Die Datenbank weist mehr als 650.000 Dokumente nach, davon mehr als 213.000 im Langtext (weitgehend alle Entscheidungen des BFH und die neueren Entscheidungen des BVerfG und der übrigen obersten Gerichtshöfe des Bundes).

Die Informationen werden aus einer Vielzahl von Quellen gewonnen. So werden Originalentscheidungen dieser Gerichte, die Amtlichen Sammlungen und Zusatzsammlungen der Richter dieser Gerichte und nahezu 600 juristische Fachzeitschriften vollständig ausgewertet. Neue Fundstellen werden regelmäßig nachgeführt. Es dokumentieren jeweils fachspezifisch die Dokumentationsstellen des Bundesverfassungsgerichts, der obersten Bundesgerichte und die Dokumentationsstelle des OVG für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster. Um die Aktualität zu erhöhen, werden einige Dokumente schon in der Datenbank nachgewiesen, bevor sie dokumentarisch bearbeitet sind. Diese Dokumente sind besonders gekennzeichnet und werden ergänzt, sobald die dokumentarische Bearbeitung vorliegt.

Neben der Rechtsprechungsdatenbank sind die juris Literaturdatenbanken die Datenbanken mit der längsten Tradition. Die Datenbank mit unselbständiger Literatur, die juris Aufsatzdatenbank, umfasst derzeit mehr als 521.000 Dokumente. In ihr werden ab 1976 Aufsätze und Entscheidungsbesprechungen aus allen Rechtsgebieten, aus dem Sozialrecht seit 1949 und aus dem Arbeitsrecht seit 1970 nachgewiesen. Für diese Datenbank werden ca. 600 Fachzeitschriften ausgewertet (der Zeitschriftenbestand wird ständig aktualisiert). Nachgewiesen werden die bibliographischen Angaben wie Fundstelle oder Verfasser und ein inhaltserschließender Kurztext.

Die zweite Literaturdatenbank ist die juris Bücher-Datenbank. Sie enthält überwiegend sozial- und arbeitsrechtliche Literatur wie Monographien und Dissertationen.

Die Dokumente werden mit einem inhaltserschließenden Kurztext und/oder Gliederung bzw. bibliographischen Angaben nachgewiesen. Der Umfang dieser Datenbank beläuft sich auf über 42.300 Dokumente.

Eine wichtige Rolle spielt die juris Bundesrechtsdatenbank. Sie enthält die im Fundstellennachweis A (= der Beilage zum Bundesgesetzblatt Teil I) aufgeführten Gesetze, Rechtsverordnungen und sonstigen Bestimmungen des innerstaatlichen Bundesrechts. Hierzu zählen auch die aufgrund des Einigungsvertrages fortgeltenden Vorschriften der ehemaligen DDR. Ausgewertet werden zudem der Verkündungsteil des Bundesanzeigers und der Verkündungsteil des Verkehrsblattes. Außerdem werden in der Datenbank die bibliographischen Angaben der Rechtsvorschriften nachgewiesen, auf die das Bundesrecht verweist (landesrechtliche Vorschriften, EG-Recht). Alle Gesetze und Verordnungen sind im Volltext wiedergegeben. Insgesamt umfasst die juris Bundesrechtsdatenbank rund 270.000 Dokumente.

Neben diesen drei wichtigen Datenbanken bietet juris eine große Bandbreite von Spezialdatenbanken online an. Die juris Datenbank der Gesetzesmaterialien bringt die lückenlosen Fundstellennachweise zu den Gesetzesmaterialien von Bundesgesetzen, die in der Zeit ab 1972 im Bundesgesetzblatt Teil I verkündet worden sind. Der Umfang beträgt etwa 1.600 Dokumente mit einer Inhaltsübersicht über alle Gesetzesmaterialien des Deutschen Bundestages und des Bundesrates (ausführlicher Überblick über den Werdegang eines Gesetzes).

Die Datenbank steuerrechtlicher Verwaltungsvorschriften VV-Steuer enthält über 43.800 Dokumente. Die Datenbank weist für die Zeit ab 1978 die im Bundessteuerblatt und in den Karteien der Länder veröffentlichten Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder nach; ab 1979 werden alle dokumentationswürdigen Schreiben des Bundesfinanzministeriums und Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder aufgenommen. Seit 1988 werden auch alle dokumentationswürdigen Verfügungen der Oberfinanzdirektionen berücksichtigt. Die steuerrechtlichen Verwaltungsvorschriften werden im vollen Wortlaut nachgewiesen.

Verwaltungsvorschriften für das Sozial- (seit 1954) und Arbeitsrecht (seit 1986) werden in der juris Datenbank VV-Sozial-/Arbeitsrecht nachgewiesen. Zum Umfang gehören mehr als 23.600 Dokumente, in erster Linie sind dies sozial- und arbeitsrechtliche Verwaltungsvorschriften mit inhaltserschließenden Kurztexten und Fundstellen.

In der juris Datenbank Pressemitteilungen findet man tagesaktuelle Informationen. In ihr werden die Original-Pressemitteilungen des Bundesverfassungsgerichts und der fünf obersten Gerichtshöfe des Bundes sowie verschiedener Instanzgerichte nachgewiesen. Die Datenbank umfasst ca. 940 Pressemitteilungen im Originalwortlaut.

Anwender von juris können zudem das Rechtsinformationssystem der Europäischen Union – CELEX – nutzen. Fünf CELEX-Datenbanken werden angeboten:

- CELEX-Rechtsprechung mit den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs seit 1965 (etwa 13.000 Dokumente),
- CELEX-Gesetzgebung mit den EG-Gründungsverträgen und EGVorschriften, soweit sie am bzw. ab dem 01. Juli 1979 in Kraft waren (über 88.000 Dokumente),
- CELEX-Nationale Bestimmungen zur Durchführung von Richtlinien mit Fundstellen nationaler Bestimmungen, die in Ausführung von EGVorschriften erlassen wurden. Allerdings nur soweit die Umsetzungen der Kommission von den Mitgliedstaaten zur Kenntnis gebracht worden sind (rund 2.600 Dokumente),

- CELEX-Parlamentarische Anfragen mit allen seit dem 1. Juli 1979 an die Kommission oder den Rat gestellten schriftlichen oder mündlichen Anfragen sowie Fragen, die im Verlauf der Fragestunden gestellt wurden (über 81.000 Dokumente) und
- CELEX-Gesetzgebungsvorarbeiten mit Entschlüssen des Europäischen Parlaments (ab Juli 1979), Stellungnahmen des Wirtschafts- und Sozialausschusses (ab 1975) sowie des Rechnungshofs (ab 1977) (über 36.500 Dokumente).

Als weitere Spezialdatenbanken bietet juris die Länderrechtsdatenbanken für Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Schleswig-Holstein, Sachsen und Nordrhein-Westfalen sowie die Asylrechts-Datenbank ASYLIS an.

Seit Ende 1994 bietet juris den Orderservice an. Der Kunde kann über juris den Dokumentenlieferservice der Staatsbibliothek zu Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, nutzen. Während einer Recherche in der Rechtsprechungsdatenbank oder in einer der Literaturdatenbanken kann er die markierten Fundstellen online bei der Bibliothek bestellen.

juris auf CD-ROM

1989 veröffentlichte die juris GmbH erstmals juristische Entscheidungssammlungen auf CD-ROM. Fachspezifisch, nach Rechtsgebieten unterteilt, werden derzeit 19 CD-ROMs angeboten.

Die CD-ROM juris-Bundesrecht umfasst das gesamte Bundesrecht: mehr als 7.500 aktuelle Gesetzestexte und Rechtsvorschriften in mehr als 128.000 Dokumenten. Die CD-ROM umfasst das komplette Bundesrecht seit Beginn der Dokumentation durch das Bundesministerium der Justiz. Nachgewiesen werden die Texte aller Gesetze und Rechtsverordnungen bis einschließlich BGBl I Nr. 46 vom 06. September 2001. Inhaltlich entsprechen die Dokumente denen der Online-Datenbank juris Bundesrecht zum Zeitpunkt des Abzuges der Daten.

Auf der CD-ROM juris-Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs *standard* sind mehr als 35.300 BGH-Entscheidungen seit 1975 gespeichert, davon über 30.500 Langtexte mit Tatbestand und Entscheidungsgründen. Neben den amtlichen BGH-Sammlungen in Zivil- und Strafsachen wurde auch die Sammlung »Lindenmaier-Möhring« berücksichtigt.

Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen mit mehr als 54.300 Entscheidungen des BGH seit 1950 sind auf der CD-ROM juris-Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs *premium* gespeichert. Mehr als 31.700 Entscheidungen sind mit den vom BGH autorisierten Langtexten seit Beginn der 80er Jahre recherchierbar.

Die CD-ROM juris-Arbeitsrecht *standard* beinhaltet mehr als 35.800 Entscheidungen und Entscheidungsnachweise des Arbeitsrechts seit 1985. Davon sind mehr als 18.900 Entscheidungen im Langtext mit Tatbestand und Entscheidungsgründen gespeichert.

Umfassender ist die CD-ROM juris-Arbeitsrecht *premium*: Sie enthält mehr als 61.000 Entscheidungsnachweise, davon über 23.300 Entscheidungen im Langtext, mehr als 18.200 Entscheidungen stammen vom Bundesarbeitsgericht; über 48.300 Entscheidungen kommen aus der Arbeitsgerichtsbarkeit.

Entscheidungen und Entscheidungsnachweise aus der Finanzgerichtsbarkeit seit 1977 enthält die CD-ROM juris Steuerrecht *standard*. Abrufbar sind mehr als 69.800 Dokumente, davon 47.700 im Langtext, mit Fundstellen und Passivzitierungen.

Mit mehr als 94.000 Entscheidungen und Entscheidungsnachweisen, davon über 59.100 im Langtext, ist die CD-ROM juris Steuerrecht *premium* noch umfangreicher. Enthalten ist die Rechtsprechung zum Steuerrecht des Bundesfinanzhofs, der Finanzgerichte, des Bundesverfassungsgerichts und der übrigen Gerichte in steuerrechtlichen Fragen sowie die in Gerichtsentscheidungen zitierten Normen und Verwaltungsvorschriften. Dokumentationsgrundlage sind seit 1968 Teil I und II, seit 1951 Teil III des Bundessteuerblattes, seit 1950 die amtliche Sammlung BFHE (Entscheidungen des Bundesfinanzhofs).

Neben diesen Datenbanken bietet juris weitere CD-ROMs zu folgenden Gebieten an:

- Sozialrecht,
- Verwaltungsrecht,
- Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht,
- Baurecht,
- Erbrecht,
- Familienrecht,
- Miet- und Wohnungseigentumsrecht,
- Umweltrecht und
- Verkehrsrecht.

8.3 Bedeutung juristischer Onlinedienste für die Bibliotheksarbeit

Zunehmend wird das Medium »Internet« auch an den Gerichtsbibliotheken genutzt. Angeschlossen an ein landesweites Intranet, steht den niedersächsischen Gerichten eine gute Telekommunikationsinfrastruktur zur Verfügung, die es allen Benutzern erlaubt, Informationen untereinander auszutauschen bzw. abzurufen, und auch der Zugriff auf das Internet ist so möglich.

Welche Rolle spielen nun die neuen Medien im Informationsprozess an Gerichtsbibliotheken? Benutzern wird durch die Bereitstellung der elektronischen Dienste ein Informationsmehrwert geboten. In einigen Gerichtsbibliotheken stehen eigene Computerarbeitsplätze mit Anschluss an Internet und juris zur Verfügung. Vorbereitend bzw. im Anschluss an eine Recherche im konventionellen Bestand haben die Nutzer nun zusätzlich die Möglichkeit, in den elektronischen Diensten zu recherchieren.⁷⁷

Vielfach sind elektronische Dienste nicht nur lokal in der Bibliothek verfügbar, sondern abteilungsübergreifend am ganzen Gericht. Dadurch erhält jeder Mitarbeiter die Möglichkeit, auf die Angebote vom eigenen Arbeitsplatz-PC zurückzugreifen. Auch der alltägliche Bibliotheksbetrieb profitiert durch die vielfältige Nutzung elektronischer Rechtsinformationen. Beispiele aus der Praxis sind die Eigenrecherche bibliotheksrechtlicher Informationen oder die Durchführung von juristischen Recherchen für Mitarbeiter, welche nicht gerne mit den neuen Medien umgehen. Andererseits wird die Bibliothek vor neue Aufgaben gestellt. Maßgeblich ist hier die Einführung und Benutzerschulung in die neuen Dienste.

⁷⁷ Einschränkungen bestehen teilweise – bedingt durch Nutzungslizenzen – für außenstehende Bibliotheksbenutzer.

9 Ausblick

Abschließend soll in diesem Kapitel der Versuch einer allgemeinen Bewertung der Situation der dargestellten Gerichtsbibliotheken unternommen werden.

9.1 Organisation der Gerichtsbibliotheken

Zunächst bestätigt sich der Eindruck, dass die Ausstattung der Bibliotheken an den oberen Gerichten bzw. an Gerichten mit vielen Personalstellen oftmals besser ist als die Bibliotheken kleinerer – in erster Linie der erstinstanzlichen – Gerichte.

Zwei 1992 und 1993 vom Bundesministerium bei der Kienbaum Unternehmensberatung GmbH in Auftrag gegebene Untersuchungen hatten die Absicht, die Organisation der Amtsgerichte (1992) und der Kollegialgerichte (1993) extern beschreiben und bewerten zu lassen. Dabei wurde auch das Bibliothekswesen betrachtet.^{78,79}

Die Untersuchung »Organisation der Amtsgerichte« stellte fest, dass die Bibliotheken der Amtsgerichte zu einem nicht unerheblichen Teil auf veraltetem Stand waren. Oftmals wurde in den Untersuchungsgesprächen beklagt, dass vielfach Literatur zwangsbeschafft wurde, auf die in den Amtsgerichten nur höchst selten zurückgegriffen wurde. Gerade diese Literatur beanspruchte in kleineren Gerichten einen hohen Anteil des Literaturetats.

In meinen Recherchegesprächen an den Amtsgerichten in der Region Hannover wurde deutlich, dass die Bibliotheken von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lediglich als Nebenaufgabe betreut werden. Das ergibt sich auch aus den Personalstellenplänen der Gerichte. Dort sind keine hauptamtlichen Stellen für die Bibliotheksverwaltung aufgeführt.

Die Kernaufgaben der Bibliotheksbetreuung umfasste den Erwerb von Literatur, die Betreuung der Zeitschriftenumläufe, die Führung eines Bücherverzeichnisses sowie die Bestandspflege bzw. –erhaltung.

Zur Durchführung dieser Aufgaben werden Angestellte aus dem administrativen Umfeld ohne bibliothekarische bzw. dokumentarische Fachausbildung eingesetzt.

⁷⁸ Koetz/Frühauf (1992), S. 115

⁷⁹ Koetz [u.a.] (1993), S. 40 ff.

An den erstinstanzlichen Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist die Situation ähnlich. Am Sozialgericht wird die Bibliothek von einer Verwaltungsangestellten nebenher betreut. Aus Kostengründen wurde dort eine Bibliothekarstelle eingespart.

Anders stellt sich das Bild an den zweitinstanzlichen Gerichten dar. Zum einen kommt den dort eingerichteten Bibliotheken eine große Bedeutung als juristische Fachbibliotheken zu, da oft andere Behörden und kleinere Gerichtsbibliotheken aus der Region die meist besser ausgestatteten Bibliotheken um Amtshilfe ersuchen.

Auch in der Präsentation der Bestände bilden die größeren Gerichtsbibliotheken eine Ausnahme. Haben die meisten der erkundeten Gerichtsbibliotheken nur einen kleinen Raum für die Unterbringung ihrer Bücher zur Verfügung, so können beispielsweise die Bibliotheken des Landgerichts oder des Landesarbeitsgerichts ihren großen Bestand in seiner Gesamtheit als Freihandaufstellung darbieten.

Behördenbibliotheken sind in der Regel Präsenzbibliotheken. In einigen größeren Gerichtsbibliotheken sind Teile des Bestandes hingegen ausleihbar. Dieser Umstand ist für die Benutzer zweifellos ein Vorteil, für das Personal bedeutet er zusätzliche Arbeit durch das Ausleihverfahren.

Die überwiegende Anzahl – etwa 62% – der erkundeten Bibliotheken wird nur als so genannte »One-Person-Library« (im Folgenden: OPL) betrieben. Das sind Bibliotheken, in denen eine einzige Person arbeitet und für sämtliche fachlich relevanten Vorgänge verantwortlich ist.⁸⁰ OPLs sind Formen im Bereich der wissenschaftlichen Spezialbibliotheken, welcher in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewann.

Das Arbeitsumfeld der OPLs unterscheidet sich erheblich von dem einer »normalen« wissenschaftlichen Bibliothek. Während in einer großen Bibliothek die Aufgaben bestimmten Abteilungen und Mitarbeitern zugeordnet ist, haben OPL-Kräfte allein sämtliche Aufgaben des bibliothekarischen Tagesgeschäfts zu erfüllen.

⁸⁰ vgl. Hacker (2000), S. 38

Das bringt zunächst ein hohes Maß an Selbständigkeit mit sich und zeugt von einer Heterogenität, da der Arbeitsalltag in OPLs nicht durchweg von Routinen geprägt ist. Gefragt ist vielmehr Flexibilität, um beispielsweise Nutzeranfragen schnell und zufrieden stellend beantworten zu können. Das bibliothekarische Spezialwissen, also die Kenntnis von Regelwerken und deren Einhaltung spielt in der OPL eine eher marginale Rolle; vielmehr ist Benutzerfreundlichkeit und inhaltliche Beratungskompetenz gefordert.⁸¹ Ein großes persönliches Engagement ist nötig, um die eigene Isolation zu überwinden.

Hacker bemerkt hierzu:

»[...] Als größte Gefahr gilt die berufliche Isolation, die durch Kontakte zu Kollegen anderer Bibliotheken und Berufsorganisationen, durch Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen und Fachkongressen überwunden werden kann. [...]«⁸²

In den OPLs müssen jedoch auch zeitweise Einschränkungen in Kauf genommen werden. Ist die Bibliothekarin einmal krank oder im Urlaub, gibt es keine Fachkraft mehr. Temporär eingestellte Vertretungspersonen müssen dann aufwendig eingearbeitet werden und verrichten lediglich bibliothekarische Kernaufgaben.

⁸¹ vgl. Fischer/Huhn (1998), S. 9 ff.

⁸² Hacker (2000), S. 38

9.2 Fortbildung und Arbeitsoptimierung in Spezialbibliotheken

Welche Möglichkeiten stehen diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung, ihre bibliothekarischen Kenntnisse zu verbessern und damit die Attraktivität und das Image der Einrichtung »Bibliothek« zu steigern?

Meines Erachtens stehen hier drei Aspekte im Mittelpunkt:

- Fortbildung auf dem Gebiet der Spezialbibliotheksarbeit,
- Austausch von Informationen und Erfahrungen innerhalb von Arbeitskreisen oder Workshops und
- Repräsentation der Bibliothek innerhalb der Trägerorganisation und nach Außen.

Eine Institution mit Fortbildungsressourcen stellt die »Initiative Fortbildung für wissenschaftliche Spezialbibliotheken und verwandte Einrichtungen e.V.« dar:

»Fort- und Weiterbildung sind da besonders wichtig, wo die traditionelle Ausbildung nicht hinreichend auf den Berufsalltag vorbereitet bzw. überhaupt fehlt - allzu oft Realität für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an die sich unser Angebot richtet. Vor diesem Hintergrund bestimmt die "Initiative Fortbildung ... e.V." die Schwerpunkte ihrer Arbeit. Ihre Gründung ist die konsequente Antwort auf die Schließung des Deutschen Bibliotheksinstituts und damit auch des Beratungsdienstes Wissenschaftliche Spezialbibliotheken. Die vom Beratungsdienst in der Vergangenheit angebotenen Dienstleistungen von anerkannt hoher Qualität werden künftig entfallen müssen. Da nicht erkennbar ist, dass diese an anderer Stelle erbracht werden können oder sollen, sieht sich die "Initiative Fortbildung ... e.V." in der Pflicht, zumindest partiell die Nachfolge des DBI-Beratungsdienstes anzutreten.«⁸³

Mit ihrem Angebot richtet sich die Initiative an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Archiven, Dokumentationsstellen, Museen, Spezialbibliotheken, Informationsvermittlungsstellen usw., wie auch an Arbeitslose, die sich für die genannten Arbeitsfelder interessieren.

⁸³ vgl. Präambel zur Satzung der »Initiative Fortbildung« (2003)

Am Fachbereich »Informations- und Kommunikationswesen« der Fachhochschule Hannover wurde 1999 erstmals ein Workshop für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in kleinen Spezialbibliotheken durchgeführt. Im Dezember 1999 ging als Ergebnis einer Diplomarbeit^{84,85} das in erster Linie für Spezialbibliothekare konzipierte Informationsportal »Forum Spezialbibliothek« ans Netz.

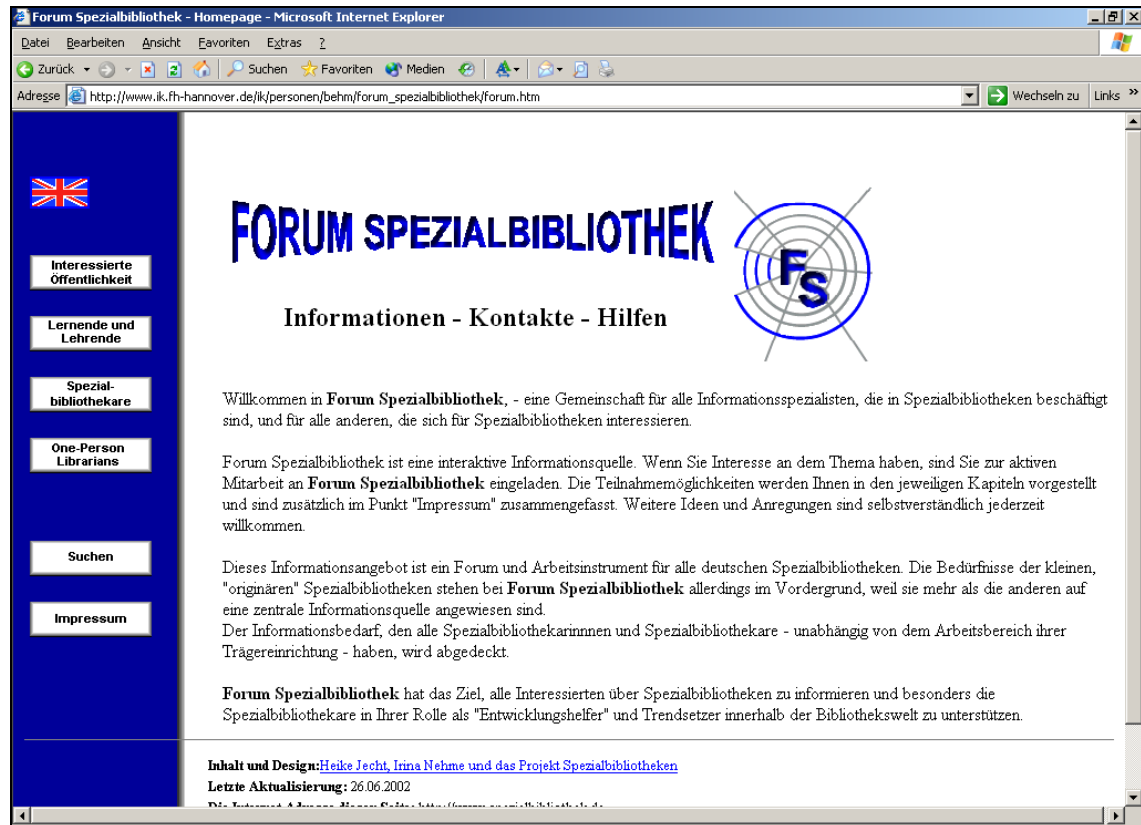


Abbildung 9.1: Screenshot vom »Forum Spezialbibliothek« (URL: <http://www.spezialbibliothek.de/>)

Konzipiert wurde das »Forum Spezialbibliothek« hauptsächlich für den Arbeitsalltag der Spezialbibliothekare. Es wendet sich aber auch an die Interessierten, die etwas über die Besonderheiten von Spezialbibliotheken und den Beruf des Spezialbibliothekar erfahren möchten sowie an Ausbilder und Auszubildende im Bereich des Informationswesens.

⁸⁴ Jecht/Moschkov (1999a)

⁸⁵ Jecht/Moschkov (1999b), S. 473-475

Das Internet-Informationssystem ist nach den potentiellen Nutzergruppen des Angebotes unterteilt. Man kann zwischen den Angeboten für die »Interessierte Öffentlichkeit«, für »Lernende und Lehrende«, »Spezialbibliothekare« und »One-Person Librarians« wählen.

Die Zusammenstellung für die Hauptzielgruppe »Spezialbibliothekare« ist das umfangreichste Angebot. Hier findet der Nutzer ein Verzeichnis spezialbibliothekarischer Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise in Deutschland und im Ausland. Ferner sind bibliothekarische Service- und Beratungsstellen und Verbände aufgeführt, die auch für Spezialbibliothekare Ansprechpartner sind.

Herzstück von »Forum Spezialbibliothek« ist die »Informationsagentur«. Sie ist ein Sammelpunkt von Informationen zu allen wichtigen spezialbibliothekarischen Arbeitsfeldern. Es werden Internetquellen aufgeführt, die Orientierung und Unterstützung bieten können, und zwar sowohl zu traditionellen Arbeitsbereichen (Akzession, Erschließung) als auch zu »neuartigen« und für Spezialbibliotheken wichtigen Arbeitsfeldern (wie z.B. Management, Public Relations oder Marketing).

Ein wirksames Instrument zur Darstellung der Behörde bzw. der Bibliothek nach Außen sind »Tage der offenen Tür«. Solche Veranstaltungen bieten den Institutionen die Möglichkeit, sich der interessierten Öffentlichkeit zu zeigen und Einblick in die Arbeitsweise und Funktionen zu geben. Im Fall der Bibliothek kann dies beispielsweise durch den Verkauf alter, interessanter Fachliteratur auf einem »Bücherflohmarkt« geschehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Landschaft der Gerichtsbibliotheken in der Region Hannover bivalent ist. Das bedeutet: Sowohl kleine als auch große Bibliotheken sind in ihren Aufgabenspektren recht heterogen, wenngleich die Probleme homogenen Charakter besitzen (Personal, Finanzen). Nicht zuletzt lässt sich diese Behauptung darauf zurückführen, dass teilweise die Bibliothek innerhalb einer Behörde noch nicht ihrem eigentlichen Stellenwert nach anerkannt wird.

10 Schluss

In der vorliegenden Arbeit wurde versucht, eine Verbindung zwischen Entwicklung der Gerichtsbibliotheken und den Funktionen einer modernen juristischen Informationsvermittlungsstelle herzustellen.

Das Beispiel am Amtsgericht Springe mag verdeutlichen, dass der Schritt in die Zukunft immer auch einen »Spagat« zwischen Fortschritt und Widerstand darstellt: Hier ist der »Schönfelder«, eine Loseblattsammlung deutscher Gesetze, bis auf drei Exemplare abbestellt worden. Stattdessen wird das Werk zeitgemäß auf CD-ROM im Intranet angeboten. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Arbeit des Einsortierens von Ergänzungslieferungen entfällt ebenso wie der physische Umfang des Werkes: Gedruckt bringt es der »Schönfelder« auf eine Rückenbreite von 10 cm, eine CD-Hülle ist etwa 1 cm schmal. Genutzt wird die elektronische Version von jüngeren Richtern und Mitarbeitern. Ältere Richter scheuen jedoch vor dem neuen Medium zurück oder möchten die Inhalte nicht ausschließlich am Bildschirm lesen. Daher ist der »Schönfelder« noch in Papierform vorhanden.

Abschließend kann zweifelsohne behauptet werden, dass gerade – und das hat diese Arbeit gezeigt – an kleinen Gerichtsbibliotheken ein Angebot elektronischer Dienste erheblich zum Prozess der Informationskatalyse beiträgt. Das bedeutet: Informationen können schneller abgerufen werden, zielgerichtet vermittelt werden und nicht zuletzt effizienter archiviert werden.

Literaturverzeichnis

AHB – Portrait (2002)

Portrait der Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken. – [Stand: 07.03.2002]

URL: <http://www.ahb.niedersachsen.de/ahb/portrait.htm>

[Abrufdatum: 26.02.2003]

Amtsgericht Hannover – Geschichte (2002)

[Amtsgericht Hannover – Geschichte]. – Stand: 30.09.2002

URL: <http://www.amtsgericht-hannover.niedersachsen.de/page/überuns/geschichte/geschichtedesag.htm>

[Abrufdatum: 26.02.2003]

APBB – Informationen (2003)

[APBB – Informationen]. – Stand: 04.02.2003

URL: <http://www.apbb.de/info.htm>

[Abrufdatum: 26.02.2003]

ASpB-Informationen (2002)

Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken, Sektion 5 im Deutschen Bibliotheksverband:
Die Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken (ASpB e.V.) : Aufgaben und Ziele, Ansprechpartner, Satzung ; Stand: Januar 2002 / Sektion 5. – Jülich : ASpB-Geschäftsstelle, 2002

Behm-Steidel (2001)

Behm-Steidel, Gudrun: Kompetenzen für Spezialbibliothekare : eine Untersuchung zu Anforderungen und Qualifizierung von Beschäftigten in internen Informationseinrichtungen / Gudrun Behm-Steidel. – Berlin : Logos, 2001. – XIV, 449 S. : graph. Darst.

(Berliner Arbeiten zur Bibliothekswissenschaft ; 6)

Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2001

ISBN 3-89722-730-4

Bemmann (1992)

Bemmann, Klaus: Die Geschichte der Gerichtsbarkeit und der Gerichtsgebäude in Burgwedel : eine Text- und Bilddokumentation ; Festschrift zur Einweihung der Neubauten des Amtsgerichts / von Klaus Bemmann. – Langenhagen : Poppdr., 1992. – 136 S. : zahlr. Ill.

Bernecker (1994)

Bernecker, Hans Michael: Das juristische Informationssystem JURIS
In: Verwaltungsrundschau. – 40 (1994), Nr. 10, S. 332-337

Bibliothekarische Arbeitsgemeinschaften (1983)

Bibliothekarische Arbeitsgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland / [Red.: Dietrich Fleischer]. – Berlin : Univ.-Bibliothek d. Techn. Univ., Abt. Publ., 1983. – 59 S.

(Schriftenreihe ; H. 4)

ISBN 3-7983-0884-5

Bibliotheksplan (1973)

Bibliotheksplan 1973 : Entwurf eines umfassenden Bibliotheksnetzes für die Bundesrepublik Deutschland. – Berlin : Deutsche Bibliothekskonferenz, 1973. – 176 S.

ISBN 3-87068-309-0

Brandes (2002)

Brandes, Anja: Fortgeschriebene Wohnbevölkerung am 30.06.2002 sowie die Bevölkerungsveränderungen im 1. Halbjahr 2002 in den Städten und Gemeinden in der Region Hannover nach Angaben des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik : (Fortschreibung auf der Basis der Volkszählung 1987). – Stand: 23.12.2002

URL: <http://www.region-hannover.de/deutsch/doku/bevoel02.pdf>

[Abrufdatum: 26.02.2003]

Dreiocker (1997)

Dreiocker, Karlheinz: 50 Jahre Verwaltungsgerichtsbarkeit in Hannover

In: 50 Jahre Verwaltungsgerichtsbarkeit in Niedersachsen / [Hrsg.:] Niedersächsisches Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten, [Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit]. – Hannover : Nieders. Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten, 1997. – S. 21-25

Fischer/Huhn (1998)

Fischer, Barbara: Präsentation der Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken im Internet : Planung und Erstellung eines Informationsangebotes mit integrierter Virtueller Bibliothek / von Barbara Fischer und Silvia Huhn. – , 1998. – 89 S. – Hannover, Fachhochschule, Fachbereich IK, Dipl.-Arb. : 1998

URL: <http://www.ik.fh-hannover.de/ik/personen/behm/AHB/>

[Abrufdatum: 26.02.2003]

Gerichte in Niedersachsen (2002)

Gerichte in Niedersachsen. – [Stand:] 2002

URL: <http://www.lgn.de/nn/gerichte/gerichte.htm>

[Abrufdatum: 26.02.2003]

Gewaltenteilung (2002)

Gewaltenteilung

In: Rechtswörterbuch / Begründet von Carl Creifelds. Herausgegeben von Klaus Weber.

Bearbeitet von Dieter Guntz. - 17., neu bearb. Aufl. - München : Beck, 2002. – S. 596

ISBN 3-406-49391-2

Hacker (2000)

Hacker, Rupert: Bibliothekarisches Grundwissen / Rupert Hacker. – 7., neu bearb. Aufl. – München [u.a.] : Saur, 2000. – 366 S. : graph. Darst.

ISBN 3-598-11394-3

Hakemeyer (1980)

Hakemeyer, Uta: Lokale Arbeitsgemeinschaften von Behördenbibliotheken : Entwicklung und Leistung

In: Bibliotheksarbeit für Parlamente und Behörden : Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken / hrsg. von Wolfgang Dietz. - München [u.a.] : Saur, 1980. – S. 48-50

ISBN 3-598-10125-2

Hakemeyer/Heuer/Vahlbruch (1962)

Hakemeyer, Uta: Die kleine Behördenbibliothek : Aufgaben und Besonderheiten von Einmannbüchereien / von Uta Hakemeyer, Lottelore Heuer und Heinz Vahlbruch. – Bonn : Bibl. d. Dt. Bundestages, 1962. – 39 S.

(Arbeitshefte / Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken ; 11)

Heyde (1999)

Heyde, Wolfgang: Justiz in Deutschland : ein Überblick über Recht und Gerichte der BRD / Wolfgang Heyde. – 6., überarb. Aufl. – Köln : Bundesanzeiger-Verl, 1999. – 124 S : graph. Darst.

ISBN 3-88784-775-X

Holland (1991)

Holland, Claudia: Die Bibliotheken der obersten Gerichtshöfe der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Bundesverfassungsgerichts / Claudia Holland. – München : Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken, Bibliothek des Dt. Patentamts, 1991. – 141 S.

(Arbeitshefte / Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken ; 45)

ISBN 3-925779-08-6

Horn (1991)

Horn, Wolfgang: Grundlagen des Rechts / [Ms.: Wolfgang Horn. Hrsg.: Bundeszentrale für Polit. Bildung]. – Neudr.. – München : Franzis, 1991. – 32 S. : Ill., graph. Darst.

(Recht / [Ms.: Wolfgang Horn] ; 1)

(Informationen zur politischen Bildung ; 216)

Horn (2000)

Horn, Wolfgang: Der Rechtsstaat / [Ms. und Mitarb.: Wolfgang Horn. Hrsg.: Bundeszentrale für Politische Bildung]. – Neudr., 3. Aufl. 2000. – München : Franzis, 2000. – 36 S. : Ill., graph. Darst.

(Informationen zur politischen Bildung ; 200)

Jagemann (1989)

Jagemann, Margit: Der Juristische Leseverein beim Land- und Amtsgericht Hannover und die Bibliothek des Landgerichts : Entstehung, Entwicklung, Aufgaben / von Margit Jagemann. – 1989. – 62 S. – Hannover, Fachhochschule, Fachbereich BID, Dipl.-Arb., 1989

Jecht/Moschkov (1999a)

Jecht, Heike: Konzeption und Erstellung eines WWW-Informationsangebotes für wissenschaftliche Spezialbibliotheken : für Ausbildung und Beruf / von Heike Jecht und Irina Moschkov. – 1999. – 112 S. + 1 Diskette. – Hannover, Fachhochschule, Fachbereich IK, Dipl.-Arb. : 1999

Jecht/Moschkov (1999b)

Jecht, Heike: Das Informationssystem »Forum Spezialbibliothek« / Heike Jecht ; Irina Moschkov.

In: NfD Information – Wissenschaft und Praxis, 50 (1999), Nr. 8, S. 473-475

juris (1995)

juris – Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland : 1985 – 1995 ; 10 Jahre Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland / juris GmbH. – Saarbrücken : juris. – 1995. – 52 S.

Justiz verstehen (2002)

Justiz verstehen : Gerichtsbarkeiten, Strafvollzug / hrsg. vom Niedersächsischen Justizministerium. – Hannover : Niedersächsisches Justizministerium, 2002. – 41 S. : graph. Darst., Ill.

URL: http://www.mj.niedersachsen.de/functions/downloadObject/0,,c1176938_s20,00.pdf
[Abrufdatum: 24.02.2003]

Kissel (1984)

Kissel, Otto Rudolf: Die Justitia : Reflexionen über ein Symbol und seine Darstellung in der bildenden Kunst / Otto Rudolf Kissel. – München : Beck, 1984. – 142 S. : Ill.

Literaturverz. S. [136] – 138

ISBN 3-406-30235-1

Koetz/Frühauf (1992)

Koetz, Axel G.: Organisation der Amtsgerichte / von Axel G. Koetz ; Ludwig Frühauf. – Köln : Bundesanzeiger, 1992. – 165 S.

(Rechtstatsachenforschung)

(Beiträge zur Strukturanalyse der Rechtspflege)

ISBN 3-88784-301-0

Koetz [u.a.] (1993)

Organisation der Kollegialgerichte und des Instanzenzuges der ordentlichen Gerichtsbarkeit / Kienbaum Unternehmensberatung GmbH. Axel G. Koetz ... – Köln : Bundesanzeiger, 1993. – 149 S.

(Rechtstatsachenforschung)

(Beiträge zur Strukturanalyse der Rechtspflege)

ISBN 3-88784-455-6

Köttelwesch (1980)

Köttelwesch, Clemens: Die Bibliotheken : Aufgaben und Strukturen. – 2., überarb. Aufl. – 1980. – Frankfurt a.M : Klostermann, 1980. – XII, 232 S.

(Das wissenschaftliche Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland / Clemens Köttelwesch ; 1)

(Das Bibliothekswesen in Einzeldarstellungen)

ISBN 3-465-01458-8

Landtag Niedersachsen – Bibliothek (2003)

[Landtag Niedersachsen – Bibliotheks- und Informationsdienste]. – [Stand:] 2003

URL: http://www.landtag-niedersachsen.de/Infothek/Bibliothek/1start_gesamt.htm

[Abrufdatum: 26.02.2003]

Lansky (1971)

Lansky, Ralph: Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliothekswesen

In: Dokumentation, Fachbibliothek, Werksbücherei. – 19 (1971), Nr. 4, S. 1

May (2003)

May, Anne: Wichtige Informationen zur neuen UB/TIB. – Stand: 22.01.2003

URL: http://www.tib.uni-hannover.de/ueber_uns/aktuell/ubtib-neu.html

[Abrufdatum: 26.02.2003]

Naturrecht (2002)

Naturrecht

In: Rechtswörterbuch / Begründet von Carl Creifelds. Herausgegeben von Klaus Weber.

Bearbeitet von Dieter Guntz. - 17., neu bearb. Aufl. - München : Beck, 2002. – S. 951

ISBN 3-406-49391-2

Niedersächsisches Finanzgericht (1999)

50 Jahre Niedersächsisches Finanzgericht : 1949 – 1999. – Hannover : Niedersächsisches Finanzgericht, 1999. – 88 S.

Niedersächsisches Finanzgericht – Geschichte (2001)

[Niedersächsisches Finanzgericht – Geschichte]. – [Stand: 2001]

URL: <http://www.financegericht.niedersachsen.de/geschichte.htm>

[Abrufdatum: 26.02.2003]

Paulat (1994)

Paulat, Monika: Sozialgericht Hannover

In: 40 Jahre Sozialgerichtsbarkeit in Niedersachsen / Hrsg.: Niedersächsisches Justizministerium, 1994. – S. 43-49

Pötzsch (2001)

Die deutsche Demokratie / Horst Pötzsch. Bundeszentrale für Politische Bildung. – 2., aktualisierte Aufl. – Bonn : Bundeszentrale für Politische Bildung, 2001. – 144 S.

ISBN 3-89331-426-1

Region Hannover (2001)

Region Hannover : Informationen zur Bildung der Region Hannover / Kommunalverband Großraum Hannover. – 2., überarb. Aufl. – Hannover, 2001. – 23 S.

Region Hannover – Geschichte (2002)

[Region Hannover – Geschichte]. – [Stand:] 2002

URL: <http://www.region-hannover.de/deutsch/region/gesch.htm>

[Abrufdatum: 26.02.2003]

Sander (2002)

Sander, Rita: Fachbereichsbibliothek Rechtswissenschaften : über die Bibliothek. – Stand: 06.08.2002

URL: <http://www.nlb-hannover.de/fbrbib.htm>

[Abrufdatum: 26.02.2003]

Scheelje/Neumann (1992)

Scheelje, Reinhard: Geschichte der Stadt Burgdorf und ihrer Ortsteile von den Anfängen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts / von Reinhard Scheelje und Heinz Neumann. – Burgdorf : Animal-Verl., 1992. – VI, 310 S.

Schmidt, G. (1998)

Schmidt, Gerhard K.: Einhundert Jahre Stadt Lehrte 1898 - 1998 : vom Dorf im Großen Freien zur Stadt im Landkreis / [Hrsg.: Stadt Lehrte]. Gerhard K. Schmidt. – Lehrte : Stadt Lehrte, 1998. – 123 S.

([Stadtgeschichtliche Hefte der Stadt Lehrte ; 15])

ISBN: 3-00-002634-7

Schmidt, E. [u.a.] (2001)

Schmidt, Eike Ingwer: Handbuch für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Verwaltungsgerichtsbarkeit : ein Leitfaden für die Praxis / Eike Ingwer Schmidt ... – Hannover : Nieders. Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten, 2001. – 91 S.

URL: http://www.mj.niedersachsen.de/functions/downloadObject/0,,c1149827_s20,00.pdf
[Abrufdatum: 24.02.2003]

Schmidt, H. (1958)

Schmidt, Hans: Die Arbeitsgemeinschaft hannoverscher Behördenbibliotheken

In: Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. – (1958) 4, S. 1

Schuster (1978)

Schuster, Sabine: Die Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken und einige fachspezifische bibliothekarische Arbeitsgemeinschaften in ihrer historischen Entwicklung / Sabine Schuster. – Berlin : Dt. Bibl.verband, Publikationsabt, 1978. – 106 S.

(Bibliotheksdienst : 136)

ISBN 3-87068-136-5

Strzolka (1986)

JURIS : das juristische Informationssystem in Vergangenheit und Gegenwart / hrsg. von Rainer Strzolka. – Hannover : Koechert, 1986. - 111 S

(Arbeiten zur Bibliotheks- und Dokumentationspraxis ; 12)

Sturm (1986)

Sturm, Karl-Heinz: Von der alten germanischen Thingstätte zum königlichen Amtsgericht Wennigsen.

In: Deister-Leine-Zeitung (1986-02-14), S. 11

Verdenhalven/Gröpper (1967)

Verdenhalven, Fritz: Die Behörde und ihre Dienstbibliothek / Fritz Verdenhalven ; Hans Gröpper.

In: Deutsches Verwaltungsblatt. – 82 (1967) 8, S. 317-322

Verwaltungsgericht Hannover – Geschichte (2002)

[Verwaltungsgericht Hannover – Geschichte]. – [Stand: 24.06.2002]

URL: <http://www.verwaltungsgericht-hannover.niedersachsen.de/chronik.htm>

[Abrufdatum: 26.02.2003]

Wissenschaftliche Bibliotheken (2003)

Wissenschaftliche Bibliotheken in Hannover / Bearb. von der Universitätsbibliothek Hannover und Technischen Informationsbibliothek ; in Zsarb. mit den anderen Bibliotheken. – 11. Aufl. – Hannover, 2003. – 36 Bl.

Würtenberger (1997)

Würtenberger, Thomas: Die Geschichte juristischer Bibliotheken als Teil einer Rechts- und Wissenschaftsgeschichte.

In: Staatsphilosophie und Rechtspolitik : Festschrift für Martin Kriele zum 65. Geburtstag, München, 1997. – S. 1103-1116

Weiterführende Literatur

Avenarius (2001)

Avenarius, Hermann: Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland : eine Einführung / Hermann Avenarius. – 3., neubearb. Aufl. – Bonn : Bundeszentrale für Politische Bildung, 2001. – XV, 259 S.

(Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung ; 370)

ISBN 3-89331-424-5

Behördenbibliotheken (1925)

Behördenbibliotheken / Hrsg. von Hugo Müller. Unter Mitw. von Paul Kirschner. – Berlin : Gsellius, 1925. – 259 S.

Behördenbibliotheken in Niedersachsen (2000)

Behördenbibliotheken in Niedersachsen / hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken (AHB). [... für die Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken zsgest. von Fritz Hartmut Teßmer ...]. – Hannover, 2000. – 74 S : Ill., graph. Darst.

(Mb – Mitteilungsblatt der Bibliotheken in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, 2000, Sonderh.)

URL: <http://www.ahb.niedersachsen.de/ahb/festschr/sonderheft.pdf>

[Abrufdatum: 26.02.2003]

Hakemeyer/Kreuz (1970)

Hakemeyer, Uta: Die kleine deutsche Behördenbibliothek / Uta Hakemeyer ; Gisela Kreuz (Mitarb.)

In: Dokumentation, Fachbibliothek, Werksbücherei. – 19 (1970/71) 5, S.

169-174

Kirchner (1980)

Kirchner, Hildebert: Vom Wesen und Standort der Behördenbibliothek

In: Bibliotheksarbeit für Parlamente und Behörden : Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken / hrsg. von Wolfgang Dietz. – München [u.a.] : Saur, 1980. – S. 60-68

ISBN 3-598-10125-2

Leser (1981)

Leser, Hans: Juristische Bibliotheken und juristische Dokumentationen

In: Zeitschrift f. vergleichende Rechtswissenschaft. – 80 (1981), S. 59-71

Münster (1925)

Münster, Paul: Die Behördenbibliotheken und ihre Aufgaben

In: Behördenbibliotheken. – Berlin, 1925. – S. 7-18

Paul/Crabtree (1996)

Paul, Meg: Strategien für Spezialbibliotheken / Meg Paul ; Sandra Crabtree. – Berlin : DBI, 1996. – 98 S.

(DBI-Materialien ; 148) – (Arbeitshilfen für Spezialbibliotheken ; 7)

ISBN 3-87068-948-X

Prinzhorn (1961)

Prinzhorn, Fritz: Eigenart und Bedeutung der Parlaments- und Behördenbibliotheken / Fritz Prinzhorn. – Bonn : Bibliothek d. Dt. Bundestages, 1961. – 19 S.

(Arbeitshefte / Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken ; Nr. 7)

Puvogel (1977)

Puvogel, Hans: Grußwort des Niedersächsischen Ministers der Justiz zum 125jährigen Bestehen niedersächsischer Gerichte.

In: Niedersächsische Rechtspflege, 31 (1977) 9, S. 198

Pzillas (1955)

Pzillas, Friedrich: Zum Problem der Behördenbibliothek : nach westdeutschen Erfahrungsgrundlagen

In: Zentralblatt für Bibliothekswesen, 69 (1955) 1/2, S. 22-39

Das Robinson-Crusoe-Syndrom und was man dagegen tun kann (1997)

Das Robinson-Crusoe-Syndrom und was man dagegen tun kann : 24 Berichte aus One-Person-Libraries / hrsg. von Regina Peeters. – Regensburg : VdDB, 1997. – 244 S.

ISBN 3-924659-28-1

St. Clair (1998a)

St. Clair, Guy: One-Person-Libraries : Aufgaben und Management ; Handlungshilfen für den Betrieb von OPLs / von Guy St. Clair. – Berlin ; DBI, 1998. – IX, 248 S.

(DBI-Materialien ; 169) – (Arbeitshilfen für Spezialbibliotheken ; 8)

ISBN 3-87068-969-2

St. Clair (1998b)

St. Clair, Guy: One-Person-Libraries : Fragen und Antworten aus der Praxis in 39 Beispielen / von Guy St. Clair. – Berlin ; DBI, 1998. – 160 S.

(DBI-Materialien ; 178) – (Arbeitshilfen für Spezialbibliotheken ; 9)

ISBN 3-87068-978-1

Wernicke (1961)

Wernicke, K. G.: Probleme der Parlaments- und Behördenbibliotheken / K. G. Wernicke. – Bonn : Bibliothek d. Dt. Bundestages, 1961. – 19 S.

(Arbeitshefte / Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken ; Nr. 7)

Wolf (1987)

Wolf, Manfred: Gerichtsverfassungsrecht aller Verfahrenszweige : ein Studienbuch / von Manfred Wolf. – 6., völlig Neubearb. Aufl. / des von Eduard Kern begr. Werkes. – München : Beck, 1987. – XVI, 343 S

(Kurzlehrbücher für das juristische Studium)

ISBN 3-406-08613-6

Gesetze und Satzungen

Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG)

vom 03. September 1953 (BGBl. I, S. 1267 / FNA 320-1), neugefasst durch Bekanntmachung vom 02.07.1979 (BGBl. I S. 853, S. 1036), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.08.2002 (BGBl. I S. 3140)

URL: <http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/arbogg/gesamt.pdf>

[Abrufdatum: 01.03.2003]

Finanzgerichtsordnung (FGO)

vom 06. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1477 / FNA 350-1), zuletzt geändert durch Artikel 11 Gesetz vom 20.12.2001 (BGBl. I S. 3794) und Artikel 5 Gesetz vom 19.12.2001 (BGBl. I S. 3922)

URL: <http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/fgo/gesamt.pdf>

[Abrufdatum: 01.03.2003]

Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

vom 12. September 1950 (BGBl. 1950 S. 455, S. 512, S. 513 / FNA 300-2), neugefasst durch Bekanntmachung vom 09.05.1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch Artikel 1 Gesetz vom 26.07.2002 (BGBl. I S. 2914)

URL: <http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/gvg/index.html>

[Abrufdatum: 01.03.2002]

Geschäftsordnung der Arbeitsgemeinschaft Hannoverscher Behördenbibliotheken

vom 11. Oktober 1994

URL: <http://www.ahb.niedersachsen.de/ahb/gescho.htm>

[Abrufdatum: 01.03.2002]

Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (BVerfGG)

vom 12. März 1951 (BGBl. I 1951 S. 243 / FNA 1104-1), neugefasst durch Bekanntmachung vom 11.08.1993 (BGBl. I 1473), zuletzt geändert durch Artikel 1 Gesetz vom 22.08.2002 (BGBl. I S. 3386)

URL: <http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/bverfogg/gesamt.pdf>

[Abrufdatum: 01.03.2002]

Gesetz über die Region Hannover

vom 05. Juni 2001 (Nds. GVBl. S. 348)

URL: http://www.region-hannover.de/lkh_doku/gesetz.pdf

[Abrufdatum: 01.03.2002]

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)

vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 Gesetz vom 26.07.2002 (BGBl. I S. 2863)

URL: <http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf>

[Abrufdatum: 01.03.2002]

Satzung der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken

zuletzt geändert am 05.06.1990

URL: <http://www.apbb.de/satzung.htm>

[Abrufdatum: 01.03.2002]

Satzung der Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken

vom 25. Mai 1994, zuletzt geändert am 24.02.1999

URL: <http://www.aspb.de/satzung.html>

[Stand: 19.05.1999; Abrufdatum: 01.03.2003]

Satzung der Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Dokumentationswesen

in der Fassung vom 06.06.1990

URL: <http://www.ajbd.de/ajbd.htm#satzung>

[Stand: 04.01.2001; Abrufdatum: 01.03.2003]

Sozialgerichtsgesetz (SGG)

vom 03. September 1953 (BGBl. I S. 1239 / FNA 330-1), neugefasst durch Bekanntmachung vom 23.09.1975 (BGBl. I S. 2535), zuletzt geändert durch Artikel 33 Gesetz vom 27.04.2002 (BGBl. I S. 1467)

URL: <http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/sgg/gesamt.pdf>

[Abrufdatum: 01.03.2002]

Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)

vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S. 17), in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 6 Gesetz vom 20.12.2001 (BGBl. I S. 3987)

URL: <http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/vwgo/gesamt.pdf>

[Abrufdatum: 01.03.2002]

Abbildungsverzeichnis / Tabellenverzeichnis

Abbildung 2.1: Justitia auf dem Marktbrunnen in Worms	2
Abbildung 2.2: Grundlegende Merkmale des Rechtsstaats	7
Abbildung 3.1: Schematische Darstellung der Gerichtsbarkeit	10
Abbildung 5.1: Logo der Region Hannover	21
Abbildung 6.1: Interaktive Karte »Gerichte in Niedersachsen«	24
Abbildung 6.2: Gerichtsstandorte in der Region Hannover	29
Abbildung 6.3: Neubau des Amtsgerichts am Volgersweg	30
Abbildung 6.4: Blick auf den Computerarbeitsplatz	32
Abbildung 6.5: Presseausschnitte werden chronologisch in der Bibliothek aufbewahrt	32
Abbildung 6.6: Blick auf den Bestand - in den Ordnern sind die aktuellen Hefte eines Zeitschriftenjahrgangs abgelegt	33
Abbildung 6.7: Außenansicht des Gerichtsgebäudes	34
Abbildung 6.8: Bibliotheksbestände	35
Abbildung 6.9: Nutzern stehen zwei Internet-PCs für jur. Recherchen zur Verfügung	35
Abbildung 6.10: Außenaufnahme des Amtsgerichts Burgwedel	37
Abbildung 6.11: Blick in die Bibliothek	38
Abbildung 6.12: Den Benutzern steht ein moderner PC-Arbeitsplatz zur Verfügung	39
Abbildung 6.13: Außenansicht des Amtsgerichts Burgdorf	40
Abbildung 6.14: Innenaufnahme des Bibliotheksraums	41
Abbildung 6.15: Außenaufnahme des Amtsgerichts Lehrte	44
Abbildung 6.16: Außenaufnahme des Amtsgerichts Wennigsen	48
Abbildung 6.17: Blick in die Bibliothek	50
Abbildung 6.18: Außenansicht des Gerichtsgebäudes	52
Abbildung 6.19: Blick in den Bibliotheksraum	54
Abbildung 6.20: Eingang der Staatsanwaltschaft am Landgericht Hannover - von hier aus geht es zur Bibliothek	56
Abbildung 6.21: Blick auf die Leih- und Auskunftstheke	57
Abbildung 6.22: PC-Arbeitsplatz im Eingangsbereich. Hier liegen die CD-ROM- Datenbanken auf	58
Abbildung 6.23: Der Zettelkatalog im Lesesaal	59
Abbildung 6.24: Außenansicht des Verwaltungsgerichts Hannover	61
Abbildung 6.25: Blick in den Bibliotheksraum	63
Abbildung 6.26: Ein PC-Arbeitsplatz mit Online-Anschluss steht zur Verfügung	64
Abbildung 6.27: Leih- und Auskunftstheke	65

Abbildung 6.28: Gebäude des Nds. Finanzgerichts in Hannover	66
Abbildung 6.29: Blick in die Bibliothek des Nds. Finanzgerichts	68
Abbildung 6.30: PC-Arbeitsplatz für Bibliotheksbenutzer	69
Abbildung 6.31: Blick auf das Sozialgericht in der Calenberger Esplanade	71
Abbildung 6.32: Blick in die Bibliothek des Sozialgerichts	73
Abbildung 6.33: Multifunktionaler PC-Arbeitsplatz in der Bibliothek	73
Abbildung 6.34: Der aktuelle Jahrgang einer Zeitschrift wird im Klappenschrank aufbewahrt	74
Abbildung 6.35: Außenansicht des Gerichtsgebäudes in der Ellernstraße	76
Abbildung 6.36: Innenansicht der Bibliothek des Arbeitsgerichts	77
Abbildung 6.37: Klappenschrank mit den aktuellen Zeitschriftenjahrgängen	78
Abbildung 6.38: Gebäude des Landesarbeitsgerichts in der Siemensstraße	79
Abbildung 6.39: Blick in die Bibliothek	80
Abbildung 6.40: Der juris-PC-Arbeitsplatz	80
Abbildung 6.41: Die CD-ROM-Station des LAG	81
Abbildung 6.42: Alt und Neu - die Bibliothekskataloge	81
Abbildung 6.43: Blick auf das Zeitschriftenangebot	82
Abbildung 6.44: Ein Teilbereich des umfangreichen Bibliotheksbestandes	82
Abbildung 6.45: Die Bibliothek verfügt über mehrere Nutzer-Arbeitsplätze	83
Abbildung 7.1: Screenshot der Homepage der ASpB	84
Abbildung 7.2: Screenshot der Homepage der APBB-Homepage	87
Abbildung 7.3: Screenshot der AjBD-Homepage	89
Abbildung 7.4: Screenshot der AHB-Homepage	92
Abbildung 8.1: Screenshot der Homepage der juris GmbH	97
Abbildung 8.2: Suchmaske in »juris web«	99
Abbildung 9.1: Screenshot vom »Forum Spezialbibliothek«	109
 Tabelle 3.1: Übersicht der Dienstgerichtsbarkeiten	 9
Tabelle 7.1: Institutionelle Mitglieder der ASpB	86

Anhänge

Anhang I: Gerichte des Bundes und der Länder am 01. Januar 2002 (ohne Dienst- und Ehrengerichtsbarkeit).....	I
Anhang II: Fragebogen an die Gerichtsbibliotheken	II
Anhang III: Benutzungshinweise der Bibliothek des Amtsgerichts Hannover	IV
Anhang IV: Gliederung des Amtsgerichts Neustadt am Rübenberge.....	V
Anhang V: Gliederung der Karlsruher Juristischen Bibliographie.....	VIII
Anhang VI: Benutzungsordnung des Landgerichts Hannover	X
Anhang VII: Benutzungsordnung der Bibliothek des Nds. Finanzgerichts	XI
Anhang VIII: Gliederung der Bibliothek des Nds. Finanzgerichts	XIV
Anhang IX: Benutzungsordnung der Bibliothek des Nds. LAGs Hannover.....	XVIII
Anhang X: Internetquellen zu Kapitel 8.1	XXII
Anhang XI: Informationen zur beigefügten CD-ROM	XXIV

Anhang I: Gerichte des Bundes und der Länder am 01. Januar 2002 (ohne Dienst- und Ehrengerichtsbarkeit)

Länder	Verfassungsgerichtsbarkeit	Ordentliche Gerichtsbarkeit			Verwaltungsgerichtsbarkeit		Finanzgerichtsbarkeit	Arbeitsgerichtsbarkeit		Sozialgerichtsbarkeit		Länder insgesamt
	Verfassungsgerichte, Staatsgerichte, Verfassungsgerichte	AGe	LGe	OLGe	Verwaltungsgerichte	Oberverwaltungsgerichte, Verwaltungsverfahrenshöfe	Finanzgerichte	Arbeitsgerichte	Landesarbeitsgerichte	Sozialgerichte	Landessozialgerichte	
BW	1	108	17	2	4	1	1	9	1	8	1	153
BY	1	72	22	3	6	1	2	11	2	7	1	128
BE	1	12	1	1	1	1	1	1	1	1	1	22
BB	1	25	4	1	3	1	1	7	1	4	1	49
BR	1	3	1	1	1	1	1	2	1	1	1	14
HH	1	7	1	1	1	1	1	1	1	1	1	17
HE	1	58	8	1	5	1	1	12	1	7	1	97
MV	1	21	4	1	2	1	1	4	1	4	1	41
Ni	1	80	11	3	7	1	1	15	1	8	1	129
NW	1	130	18	3	7	1	3	30	3	8	1	206
RP	1	48	8	2	4	1	1	5	1	4	1	74
SL	1	10	1	1	1	1	1	3	1	1	1	22
SN	1	30	6	1	3	1	1	5	1	3	1	53
ST	1	27	4	1	3	1	1	6	1	4	1	50
SH	0	27	4	1	1	1	1	5	1	4	1	46
TH	1	30	4	1	3	1	1	6	1	4	1	53
insgesamt	15	686	116	24	52	16	19	122	19	69	16	1154
												Länder
Bund	Bundesverfassungsgericht	Bundesgerichtshof, Bundespatentgericht			Bundesverwaltungsgericht		Bundesfinanzhof	Bundesarbeitsgericht		Bundessozialgericht		7 Bund

Quelle: Kutz, Manfred: E-Mail vom 23.07.2002, Kutz-Ma@bmj.bund.de

Anhang II: Fragebogen an die Gerichtsbibliotheken

1. Allgemeine Informationen:

Ansprechpartner, Kontaktmöglichkeiten der Bibliothek (Postanschrift, Telefon- und Telefaxanschlüsse, E-Mail, Homepage), Öffnungszeiten.

2. Personal:

Wie viele Personalstellen (evtl. mit BAT-Vergütungsangaben) sind für die Betreuung der Bibliothek vorgesehen?

3. Historischer Hintergrund:

Geschichte und Entstehung des Gerichts bzw. der Bibliothek

4. Stellung der Bibliothek innerhalb des Gerichts (evtl. Organigramm)?

5. Bibliotheksangebote:

Werden elektronische Medien (CD-ROM-Datenbanken mit juristischen Informationen, juris-Anschlüsse, Internet, etc.) eingesetzt? Gibt es Zeitschriftenumläufe im Haus?

6. Räume:

Wie viele Räume stehen der Bibliothek zur Verfügung (evtl. mit Flächenangaben in m²)?

7. Kataloge:

Wie wird der Bestand nachgewiesen (Katalog, Bücherverzeichnis)? Seit wann wird der Bestand nachgewiesen? Existiert schon eine elektronische Erfassung des Bestandes?

8. Angaben zum Bestand (schätzungsweise):

Wie viele Bände gibt es? Wie viele Zeitschriften führt die Bibliothek? Gibt es einen Sammelschwerpunkt?

9. Erwerbung / Etat:

Verfügt die Bibliothek über einen eigenen Etat? Wie viel EUR stehen der Bibliothek im Jahr zur Verfügung? Wie ist der Etat verteilt (prozentuale Anteile für Erwerb, Buchbinde etc.)?

10. Benutzung:

Wer darf die Bibliothek benutzen? Gibt es eine Benutzungsordnung?

11. Kooperation:

Arbeitet die Bibliothek mit Arbeitsgemeinschaften oder Bibliotheken zusammen (z.B. Arbeitsgemeinschaft der Hannoverschen Behördenbibliotheken, Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Dokumentationswesen, etc. ...)?

Anhang III: Benutzungshinweise der Bibliothek des Amtsgerichts Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren !

Aus gegebenem Anlass weisen wir darauf hin, dass es sich bei unserer Bücherei **n i c h t** um eine Leihbücherei handelt. Es ist daher grundsätzlich nicht gestattet Bücher mitzunehmen.

Für gelegentliche „Notfälle“, in denen die jeweiligen Nachschlagewerke dennoch stundenweise entliehen werden, bitten wir Sie herzlich, die anliegende Liste gewissenhaft zu führen.

Nur so kann eine möglichst vollständige Sammlung der gängigen Nachschlagewerke gewährleistet werden.

Für Nachfragen oder Bücherwünsche können Sie sich jederzeit an uns wenden.
Vielen Dank für Ihr Verständnis!
Ihre Büchereiverwaltung

Quelle: Manuskript der Bibliothek des Amtsgerichts Hannover, persönlich erhalten

Anhang IV: Gliederung des Amtsgerichts Neustadt am Rübenberge

Gliederung der Bibliothek

- I. Amtliche Gesetzes- und VO-Blätter
- II. Sonstige Gesetzes- pp. Sammlungen, Gesetzesnachweise pp.
- III. Amtliche Entscheidungssammlungen
- IV. Zeitschriften und nichtamtliche Entscheidungssammlungen
- V. Justizverwaltung
 - 1) Allgemeines
 - 2) Personelles
 - a) Beamte (ohne Gerichtsvollzieher)
 - b) Gerichtsvollzieher
 - c) Angestellte
 - d) Arbeiter
 - e) Rechtsanwälte, Notare, Rechtsbeistände und Prozeßagenten
 - f) Schiedsmänner
 - 3) Sächliches
 - a) Grundstücksverwaltung
 - b) Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen
 - 4) Aktenordnung
- VI. Bürgerliches Recht
 - 1) Recht vor 1900
 - 2) BGB
 - 3) Einführungsgesetz und Internationales Privatrecht
 - 4) Ausführungsgesetze
 - 5) Nebengesetze auf dem Gebiete
 - a) des Allgemeinen Teils
 - b) des Schuldrechts (einschließlich Wohnungsrecht)
 - c) des Sachenrechts (einschließlich Grundbuchrecht)
 - d) Familienrechts
 - e) Erbrecht
 - f) Ehrerecht
- VII. Handelsrecht
 - 1) HGB
 - 2) Gesellschaften außerhalb des HGB
 - 3) Wechsel- und Scheckrecht
 - 4) Bankrecht und sonstiges

- VIII. Privatversicherungsrecht
- IX. Urheber- und Erfinderrecht, unlauterer Wettbewerb
- X. Arbeitsrecht
- XI. Sozialversicherung
- XII. Landwirtschaftsrecht
 - 1)
 - a)
 - b) 1933 bis 1945
 - c) nach 1954
 - 2) Pachtrecht
 - 3) Entschuldung
 - 4) Sonstiges
- XIII. Forst-, Jagd- und Fischereirecht
- XIV. Wasser- und Bergrecht
- XV. Gerichtsverfassung und Zivilprozeß
 - 1) Gerichtsverfassung
 - 2) Zivilprozeßrecht
 - 3) Zwangsversteigerungsrecht
 - 4) Konkurs-, Vergleich- und Anfechtungsrecht
- XVI. Vertragshilfe und Schuldenbereinigung
- XVII. Freiwillige Gerichtsbarkeit einschließlich Personenstandswesen
- XVIII. Hinterlegungsrecht
- XIX. Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug
 - 1) Strafrecht
 - a) StGB
 - b) Nebengesetze
 - 2) Strafverfahren
 - 3) Strafvollzug
 - a) Jugendarrestvollzug
 - b) Sonstiges
- XX. Kostenrecht
- XXI. Kirchenrecht
- XXII. Staats- und Verwaltungsrecht
 - 1) Staatsrecht
 - 2) Allgemeines Verwaltungsrecht

- 3) Besonderes Verwaltungsrecht
 - a) Polizeirecht
 - b) Gewerberecht
 - c) Gesundheitsrecht
 - d) Wirtschaftsrecht
 - e) Kommunalrecht
 - f) Währungs-und Devisenrecht
 - g) Finanz- und Steuerrecht
 - h) Verkehrsrecht
- XXIII. Ausländisches Recht
- XXIV. Sonstiges

Quelle: Manuskript des Amtsgerichts Neustadt am Rübenberge, persönlich erhalten

Anhang V: Gliederung der Karlsruher Juristischen Bibliographie

Sachübersicht

1. <i>Recht und Rechtswissenschaft</i>	271	10. <i>Wirtschaftsrecht</i>	312
2. <i>Rechts- und Verfassungsgeschichte</i>	273	11. <i>Verkehrsrecht</i>	317
3. <i>Privatrecht</i>	275	12. <i>Finanz- und Steuerrecht</i>	317
4. <i>Gerichtsverfassung, Allgemeines Prozeßrecht und Zivil- prozeß</i>	289	13. <i>Arbeitsrecht</i>	320
5. <i>Strafrecht und Strafverfahren</i>	293	14. <i>Sozialrecht</i>	322
6. <i>Staats- u. Gesellschaftslehre, Politik</i>	299	15. <i>Völkerrecht und internationale Politik</i>	324
7. <i>Staats- und Verfassungsrecht</i>	300	16. <i>Kirchenrecht</i>	324
8. <i>Allgemeines Verwaltungsrecht</i>	305	17. <i>Rechtinformatik und juristische Informations- wissenschaft</i>	324
9. <i>Besonderes Verwaltungsrecht</i>	306	18. <i>Anhang: Zeitgeschichte</i>	—

Gliederung

1. *Recht und Rechtswissenschaft*
 1. Bibliographien, Nachschlagewerke, Hilfsmittel
 2. Neue Zeitschriften, Jahrbücher, Gesetz- und Entscheidungssammlungen
 3. Festschriften, Biographien, Würdigungen
 4. Kongresse, Tagungen
 5. Ausbildungs-, Berufs- und Standesfragen
 6. Allgemeines zum deutschen und ausländischen Recht
 7. Allgemeine Rechtslehre, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie
 8. Rechtsvergleichung, Rechtsvereinheitlichung
 9. Beziehungen des Rechts zu anderen Disziplinen
2. *Rechts- und Verfassungsgeschichte*
 1. Allgemeines
 2. Antikes Recht
 3. Römisches Recht
 4. Germanisches Recht
 5. Deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte
 6. Rechtsgeschichte des Auslands
3. *Privatrecht*
 1. Allgemeines
 2. Allgemeiner Teil des bürgerlichen Rechts
 3. Schuldrecht
 4. Sachenrecht
 5. Familienrecht
 6. Erbrecht
 7. Handelsrecht
 8. Gesellschaftsrecht
 9. Privatversicherungsrecht
 10. Wertpapierrecht
 11. Gewerblicher Rechtsschutz, Urheber- und Verlagsrecht
 12. Wettbewerbs- und Warenzeichenrecht, Kartellrecht
 13. Privatrecht der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
 14. Internationales Privatrecht, Einheitsprivatrecht
 15. Ausländisches Privatrecht
4. *Gerichtsverfassung, Allgemeines Prozeßrecht und Zivilprozeß*
 1. Allgemeines
 2. Gerichtsverfassung
 3. Richter und Staatsanwälte
 4. Sonstige Personen der Rechtspflege
 5. Allgemeines Prozeßrecht, Zivilprozeß
 6. Zwangsvollstreckung, Insolvenzrecht
 7. Freiwillige Gerichtsbarkeit, Notariat
 8. Kostenrecht
 9. Justizverwaltung
 10. Gerichtsverfassung und Prozeß der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
 11. Internationales und ausländisches Gerichtsverfassungs- und Prozeßrecht
5. *Strafrecht und Strafverfahren*
 1. Allgemeines
 2. Strafrecht, Allgemeiner Teil
 3. Strafrecht, Besonderer Teil
 4. Strafrechtliche Nebengebiete, Ordnungswidrigkeiten, Länderstrafrecht
 5. Strafverfahren
 6. Jugendstrafrecht
 7. Wehrstrafrecht
 8. Strafvollstreckung, Strafvollzug, Gnadenwesen
 9. Kriminologie, Gerichtsmedizin
 10. Strafrecht und Strafverfahren der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
 11. Internationales und ausländisches Strafrecht
6. *Staats- und Gesellschaftslehre, Politik*
 1. Allgemeines
 2. Theorie der Politik
 3. Geschichte der politischen Ideen und Denker
 4. Politische Ideologien und Ordnungssysteme
 5. Politische Soziologie
 6. Gruppen und Verbände in Gesellschaft und Staat, Parteien
 7. Meinungsbildung, Willensbildung in der Politik, Wahlen
 8. Allgemeine Staats- und Verfassungslehre
7. *Staats- und Verfassungsrecht*
 1. Allgemeines (einschl. Allgemeines zum Öffentlichen Recht)
 2. Grundfragen der verfassungsstaatlichen Ordnung
 3. Grund- und Menschenrechte
 4. Verfassungsgerichtsbarkeit
 5. Verfassungsschutz, Staatsnotstand
 6. Deutsches Staatsrecht 1918–1945
 7. Gesamtdeutsche Fragen seit 1945 einschl. besatzungsrechtlicher Fragen
 8. Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland
 9. Staatsrecht der deutschen Länder
 10. Staatsrecht der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
 11. Ausländisches Staats- und Verfassungsrecht
8. *Allgemeines Verwaltungsrecht*
 1. Allgemeines
 2. Verwaltungslehre
 3. Verwaltungsorganisation und Verwaltungsreform
 4. Verwaltungsverfahren einschl. Verwaltungsakt
 5. Verwaltungszwang und Verwaltungsstrafe
 6. Amtshaftung, Enteignung, Öffentlich-rechtliche Entschädigung
 7. Verwaltungsrechtsschutz, Verwaltungsgerichtsbarkeit
 8. Allgemeines Verwaltungsrecht der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
 9. Internationales und ausländisches Allgemeines Verwaltungsrecht

9. Besonderes Verwaltungsrecht

1. Allgemeines
2. Öffentlicher Dienst
3. Polizei- und Ordnungsrecht
4. Gesundheitsrecht
5. Kommunalrecht
6. Schulen und Bildungswesen
7. Presse-, Funk-, Film- und Theaterrecht
8. Raumordnung
9. Öffentliches Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht
10. Straßen- und Wegerecht
11. Umweltschutz, Natur- u. Landschaftsschutz, Denkmalpflege
12. Wiedergutmachung
13. Wehrrecht, Zivilschutzrecht
14. Besonderes Verwaltungsrecht der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
15. Ausländisches Besonderes Verwaltungsrecht

10. Wirtschaftsrecht

1. Allgemeines
2. Wirtschaftsverfassung
3. Wirtschaftsverwaltung und -organisation
4. Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand
5. Außenwirtschaftsrecht
6. Öffentliches Preisrecht
7. Geld, Kredit, Währung, Banken, Börsen
8. Gewerbe, Handwerk, Industrie
9. Bergbau-, Energie-, Atom- und Strahlenschutzrecht
10. Wasser- und Fischereirecht
11. Landwirtschaft und Ernährung, Forst- und Jagdrecht
12. Recht der freien Berufe
13. Wirtschaftsrecht der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
14. Europäisches Wirtschaftsrecht
15. Internationales und ausländisches Wirtschaftsrecht

11. Verkehrsrecht

1. Allgemeines
2. Straßenverkehr
3. Wasserstraßen, Binnenschifffahrt und Seeschifffahrt
4. Post- und Fernmeldewesen
5. Eisenbahnen
6. Luftverkehr
7. Verkehrsrecht der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
8. Internationales und ausländisches Verkehrsrecht

12. Finanz- und Steuerrecht

1. Allgemeines
2. Finanz- und Steuerlehre
3. Finanzverfassung, Finanzgleichgewicht
4. Finanzverwaltung, Finanzverfahren, Steuerberatung
5. Finanzgerichtsbarkeit
6. Öffentliches Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen
7. Staatsanleihen und -schulden
8. Allgemeines Steuerrecht, Gebühren und Abgaben
9. Bewertung
10. Einzelne Steuern und Steuerarten (alphabetisch)
11. Zölle
12. Lastenausgleich
13. Finanzen und Steuern der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
14. Internationales und ausländisches Finanz- und Steuerrecht

13. Arbeitsrecht

1. Allgemeines
2. Arbeitsvertragsrecht
3. Kollektives Arbeitsrecht, Tarifrecht
4. Betriebsverfassung, Mitbestimmung
5. Gewinnbeteiligung, Vermögensbildung
6. Arbeitsschutz
7. Arbeitsmarkt, Arbeitsverwaltung, Arbeitslosenversicherung
8. Arbeitsgerichtsbarkeit, Schlichtungswesen
9. Arbeitsrecht der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
10. Internationales und ausländisches Recht

14. Sozialrecht

1. Allgemeines
2. Sozialpolitik
3. Sozialhilfe
4. Kindergeld, Familienlastenausgleich
5. Jugendrecht, Jugendhilfe
6. Kriegsgopferversorgung, Schwerbehinderte
7. Flüchtlings- und Heimkehrerhilfe
8. Allgemeines zum Sozialversicherungsrecht
9. Krankenversicherung, Pflegeversicherung
10. Unfallversicherung
11. Rentenversicherung
12. Knappschaftliche Renten- und Krankenversicherung
13. Altersversorgung selbständiger Berufe
14. Sozialgerichtsbarkeit
15. Sozialrecht der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
16. Internationales und ausländisches Sozialrecht

15. Völkerrecht und Internationale Politik

1. Allgemeines
2. Staaten und Räume im Völkerrecht
3. Recht der internationalen Beziehungen und Verträge
4. Individuen im Völkerrecht, Staatsangehörigkeitsrecht
5. Recht der internationalen Organisationen und Zusammenschlüsse
6. Recht der Europäischen Institutionen
7. Internationale und Europäische Gerichtsbarkeit
8. Kriegs- und Kriegsverhütungsrecht
9. Internationale Politik

16. Kirchenrecht

1. Allgemeines
2. Katholisches Kirchenrecht
3. Evangelisches Kirchenrecht
4. Andere Religionsgemeinschaften
5. Kirche und Staat

17. Rechtsinformatik und juristische Informationswissenschaft

1. Allgemeines
2. Dokumentation im allgemeinen sowie in Recht und Verwaltung
3. Rechts- und Verwaltungsautomation im übrigen
4. Sonstige Anwendungen der Automatisierten Datenverarbeitung (ADV) und anderer Informationstechnologien
5. Datenschutz, Datensicherung, gesellschaftliche Auswirkungen
6. Informationsrecht im übrigen
7. Hilfswissenschaften, Ausbildung

18. Anhang: Zeitgeschichte

Quelle: Klappentext in einer Ausgabe der Karlsruher Juristischen Bibliographie (Stand: August 2002)

Anhang VI: Benutzungsordnung des Landgerichts Hannover

Benutzungsordnung der Bibliothek des Landgerichts i. d. F. vom 24.11.1989

1. Benutzungsberechtigte

Die Bibliothek dürfen grundsätzlich benutzen:

- 1.1 Angehörige der Justizbehörden im Landgerichtsbezirk Hannover
- 1.2 Rechtsanwälte, die im Landgerichtsbezirk zugelassen sind
- 1.3 Referendare, die im Landgerichtsbezirk ausgebildet werden oder an einer Arbeitsgemeinschaft teilnehmen
- 1.4 Studenten der Rechtswissenschaften, solange sie ein Pflichtpraktikum absolvieren
- 1.5 Beauftragte sonstiger Behörden, Körperschaften und Anstalten öffentlichen Rechts
- 1.6 frühere Mitglieder des (aufgelösten) juristischen Lesevereins

Anderen Personen oder Stellen (z. B. Banken, Unternehmen) kann die Benutzung im Einzelfall und auf Widerruf gestattet werden.

2. Öffnungszeiten

Die regelmäßigen Öffnungszeiten, die der Präsident des Landgerichts festsetzt, werden durch Aushang bekanntgegeben. Die Benutzungsmöglichkeit für Richter und Staatsanwälte außerhalb dieser Zeiten wird gesondert geregelt.

3. Benutzung in den Räumen

- 3.1 Die Bibliothek ist Präsenzbibliothek. Deshalb sind alle Druckwerke grundsätzlich nur in den Räumen den Bibliotheksräumen zu benutzen und nach Gebrauch wieder an den richtigen Platz zurückzustellen.
- 3.2 Es ist nicht gestattet,
 - eine größere Anzahl von Büchern für längere Zeit am Arbeitsplatz aufzustellen,
 - Bücher und Zeitschriften mit Notizen zu versehen,
 - Blätter aus Loseblattsammlungen zu entfernen,
 - einzelne Zeitschriften ohne Kenntnis des Büchereiverwalters zu entnehmen,
 - andere Benutzer durch laute Unterhaltung zu stören,
 - zu rauchen, Speisen und Getränke zu sich zu nehmen.
- 3.3 Taschen und andere Behältnisse sind in der Regel in den Schließfächern im Eingangstresen zu verwahren, andernfalls beim Verlassen der Bibliothek unaufgefordert zur Durchsicht vorzulegen.

4. Ausleihe als Ausnahme

- 4.1 Folgende Werke können grundsätzlich nicht ausgeliehen werden:
 - lexikale Werke
 - neue und große Kommentare

Quelle: Manuskript des Landgerichts Hannover, persönlich erhalten

Benutzungsordnung für die Bibliothek des Niedersächsischen Finanzgerichts

I.

Die Bibliothek des Niedersächsischen Finanzgerichts dient dem Zweck, den Richtern des Niedersächsischen Finanzgerichts die Rechtsfindung zu erleichtern. Sie ist eine Präsenzbibliothek, die ihre Bestände jederzeit verfügbar halten muß. Die Benutzung der Bibliothek steht daher unter dem selbstverständlichen Gebot gegenseitiger Kollegialität und Rücksichtnahme.

II.

Die Bestände der Bibliothek sollen grundsätzlich nur in dem Leseraum benutzt werden. In begründeten Fällen dürfen Bücher mit Zustimmung des Bibliotheksverwalters entnommen werden. Der Bibliotheksverwalter hat die Entnahme zu vermerken und die Rückgabe zu überwachen. Die Leihfrist beträgt 24 Stunden; in besonderen Fällen kann sie verlängert werden. In Zweifelsfällen entscheidet der mit der Leitung der Bibliothek beauftragte Richter.

Grundsätzlich werden nicht ausgeliehen:

Nachschlagewerke, Lexika, Zeitschriften, Gesetzblätter, Reichs- und Bundessteuerblätter, Rechtsprechungs- und Entscheidungssammlungen, Kommentare des Steuerrechts (soweit sie nicht in mehreren Exemplaren vorhanden sind), sowie im übrigen Bücher, die im Einzelfall von dem Leiter der Gerichtsbibliothek von einer Entleihe ausgenommen sind.

III.

Bestände der Präsenzbibliothek dürfen in keinem Fall als „Dauerleihe“ entnommen werden. Soweit einzelne Bücher für die ständige Benutzung am Arbeitsplatz benötigt werden, muß eine entsprechende Ergänzung der Handbücherei durch Neuerwerb beantragt werden.

IV.

Eine Weitergabe entliehener Bücher ohne Benachrichtigung des Bibliotheksverwalters ist unzulässig. Entliehene Bücher sind am Arbeitsplatz des Benutzers so aufzubewahren, daß sie jederzeit auffindbar sind.

Vor Antritt eines Urlaubs sind alle aus der Präsenzbibliothek entliehenen Bücher zurückzugeben.

V.

Die Bibliothek des Niedersächsischen Finanzgerichts dürfen benutzen:

- Mitglieder des Niedersächsischen Finanzgerichts, der Finanzverwaltung, anderer Gerichte oder Behörden,
- Referendare des Niedersächsischen Finanzgerichts und der Steuerlichen Arbeitsgemeinschaft beim Niedersächsischen Finanzgericht
- Beteiligte der beim Niedersächsischen Finanzgericht anhängigen Verfahren
- Examenkandidaten während der Anfertigung der Hausarbeiten zum 1. oder 2. juristischen Staatsexamen, sofern sie eine Bestätigung des Justizprüfungsamtes vorlegen.

VI.

Öffnungszeiten der Bibliothek für externe Benutzer:
montags bis donnerstags 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr
freitags und an Tagen vor Feiertagen 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Hannover, 28. April 1998

Niedersächsisches Finanzgericht

Der Präsident


(Seeger)

Quelle: Manuskript des Niedersächsischen Finanzgerichts, persönlich erhalten

Anhang VIII: Gliederung der Bibliothek des Nds. Finanzgerichts

I A/	Staatsrecht
XI/	Europarecht
I B/	Verwaltung
I C/	Beamtenrecht
I D/	Kommunalrecht
I E/	Recht der ehemal. DDR
II A/	Rechtswissenschaften
II B/	BGB
	Aktiengesetz
	GmbH-Gesetz
	Handelsgesetz
	Gesellschaftsrecht
	Familien- u. Erbrecht
	AnfG, KO, VerglO, ZVG
	Zivilprozeßordnung

- II C/ Strafrecht**
- II E/ Kostenrecht**
- II F/ Allgem. Verfahrensrecht**
- III/ Wirtschaftsrecht**
- IV/ Sozial- u. Arbeitsrecht**
- VI/ Bauwesen**
- V Aa/ Abgabenordnung
 Finanzgerichtsordnung
 Steuerberatung
 Steuerliche Betriebsprüfung
 Steuerprozeßvorschriften**
- V Ab/ Allgem. Steuerrecht**

- V Bc/ Körperschaftsteuer
 Lohnsteuer
 Steuerveranlagung**
- V Bd/ Bewertungsgesetz
 Vermögensteuergesetz**
- V Be/ Kapitalverkehrsteuergesetz**
- V Bf/ Gewerbesteuergesetz
 Grunderwerbsteuergesetz
 Grundsteuergesetz**
- V Bg/ Erbschaft- und Schenkungsteuer**
- V Bi/ Umsatzsteuer**
- V Bm/ Lastenausgleichsgesetz**
- V Bn/ Spar-, Prämien-gesetz**
- IX-X/ Verschiedenes**

V Ae/ Finanzwissenschaften

**V Ba/ Doppelbesteuerung
Internationales Steuerrecht
Außensteuergesetz**

**V Bb/ Bilanzsteuerrecht
Rechnungswesen
Besteuerung der Gesellschaften**

**V Bc/ Einkommensteuer
Renten und Pensionen**

Quelle: Manuskript des Niedersächsischen Finanzgerichts, persönlich erhalten

4. Benutzungsmöglichkeiten:

4.1. Arten:

Die Bestände der Bibliothek können in Anspruch genommen werden

- a) durch Benutzung in der Bibliothek
- b) durch den Zeitschriftenumlauf
- c) durch persönliche Entleihung
- d) durch Entleihung über organisationsinterne Bibliotheken

4.2. Arbeitsrechtsdokumentation:

Die vom Bundesarbeitsgericht eingerichtete Dokumentationsstelle wertet die ihr zur Verfügung stehenden arbeitsrechtlichen Dokumente aus und erfaßt sie u.a. in einer herkömmlichen Kartei.

Die Dokumentationskartei enthält

- a) *Entscheidungsammlung* (mit Fundstellangaben) und
- b) *Gesetzessammlung* (mit Schrifltum).

Die Dokumentation ist ein hausinternes Arbeitsmittel. Sie kann externen Besuchern unter der Bedingung zugänglich gemacht werden, sofern sie die Benutzung vorher beim Bibliotheksverwalter anmelden.

(Die Dokumentation ist im Magazin untergebracht)

4.3. JURIS:

Der JURIS-Anschluß ist zur ausschließlichen Nutzung des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen vorgesehen.

Aus Kostengründen steht der JURIS-Anschluß *externen Besuchern nicht zur Verfügung*.

4.4. Öffnungszeiten:

Die Bibliothek ist während der Dienststunden (*Kernzeit*) geöffnet, und zwar:

Montags bis Donnerstag 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr
14.00 Uhr bis 15.30 Uhr

Freitags 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr

Referendare können nach *Rücksprache mit ihrem Ausbilder* *gegebenfalls auch in Ausnahmefällen* nach Dienstschluß

Benutzungsordnung der Bibliothek des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen

1. Bibliothekstyp und Aufgaben:

Die Bibliothek des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen ist eine *Spezialbibliothek*, deren Bestände und Dienstleistungen in erster Linie für den Informationsbedarf des Landesarbeitsgerichts bestimmt sind.

Im Rahmen der Amtshilfe steht die Bibliothek anderen Behörden zur Verfügung. Darüber hinaus kann sie dem Informationsbedürfnis von anderen Interessenten nachkommen.

Die Gerichtsbibliothek und die ihr angeschlossenen Handbüchereien sind überwiegend *Präsenzbestände*, die jederzeit verfügbar zu halten sind.

Die Bibliothek ist **keine Leihbibliothek**.

- 2. Externe Besucher können unter Beachtung der dienstlichen Belange zur Bibliotheksbenutzung zugelassen werden. Sie haben sich in die dafür ausgelegte *Besucherliste*, unter Anerkennung der Benutzungsordnung, mit vollem Namen und Adresse einzutragen.

3. Entleihungen aus dem Hause werden in Ausnahmefällen und

ausschließlich an Behörden und Bibliotheken in Hannover sowie an Gerichte im Lande Niedersachsen im Wege der Amtshilfe vorgenommen.

Kurzfristige Entleihungen an andere Behörden und organisationsinterne Bibliotheken werden nur gegen Vorlage einer unterschriebenen Empfangsbestätigung vorgenommen.

Die unter Ziff. 1 Satz 3 genannten Interessenten können nur **ausnahmsweise** und dann gegen Vorlage eines Personalausweises bzw. Studentenausweises und gegen Unterzeichnung des Leihschein des Informationsmaterial **kurzfristig entleihen**. Im Einzelfall kann die Entleihung auch von der Hinterlegung eines Geldbetrages abhängig gemacht werden.

die Bibliothek benutzen.

5. An die Benutzungsberechtigten der Bibliothek werden Bücher in der Regel nur gegen **Leihscheine** (sog. "Stellvertreter") ausgegeben. Die Entleiher sind verpflichtet, die Leihscheine selbst auszufüllen. Die **Leihfrist** beträgt im Höchstfalle **3 Tage**. Diese Frist kann verlängert werden.
Die entliehenen Bücher sind beim Büchereiverwalter wieder abzugeben.

6. In den Bibliotheksräumen benutzte Bücher und Zeitschriften sind ordnungsgemäß an ihren Standort zurückzustellen.
Die gleichzeitige Aufstellung einer größeren Anzahl von Büchern auf dem Arbeitsplatz ist nicht gestattet.

7. Die Bibliotheksbenutzer sind verpflichtet, die Bücher schonend zu behandeln. Beschädigungen, starke Verschmutzung und Verluste sind der Bibliotheksverwaltung umgehend mitzuteilen.
Unterstreichungen oder Anmerkungen sind nicht zulässig.

8. Anfertigung von Fotokopien:

Fotokopien können durch den in der Bibliothek aufgestellten Fotokopierer angefertigt werden. Die Fotokopien sind durch den Benutzer **selbst anzufertigen**.

Benutzer, die **nicht ständige Angehörige der niedersächsischen Arbeitsgerichtsbarkeit** sind, müssen anzufertigende Fotokopien **vorher beim Büchereiverwalter anmelden**.

Nach dem Kostentarif Gebühren (§ 3 des Verwaltungskostengesetzes) und **Pauschbeträge für Auslagen** (§ 13 Abs. 2 Buchst. h des Verwaltungs-kostengesetzes) sind für **private Fotokopien im Format DIN A 4**

0,15 DM pro Kopie

zu erheben, die beim Bibliotheksverwalter einzuzahlen sind.

Referendare und Rechtspraktikanten haben bei Kopien anzugeben, für welches Aktenzeichen die Kopien zu erstellen sind. Eine entsprechende **Liste zur Eintragung** liegt in der Bibliothek vor.

Die an der **Arbeitsgemeinschaft** teilnehmenden Referendare und Rechtspraktikanten sind gehalten, sich bei der Anfertigung von Fotokopien auf ein **notwendiges Maß** zu beschränken.

Sofern die Fotokopien als **Arbeitsgrundlage für die Arbeitsgemeinschaft** angefertigt werden, sind diese ebenfalls in die vorhandene Liste mit **Namen und Datum** einzutragen.

(Ziffer 8 wurde geändert! Siehe Anhang!)

9. Zeitschriftenumläufe

sind zügig weiterzugeben. Bei längerer Abwesenheit eines Beteiligten hat dessen Vertreter den Umlauf weiterzugeben. Die Umlaufstücke von Zeitschriften müssen an die Bibliothek zurückgegeben werden; sie dürfen nicht zu den Akten genommen werden. Gegebenenfalls haben die Geschäftsstellen die Bibliotheksverwaltung zu benachrichtigen.

10. Angehörige des Hauses werden gebeten, der Bibliothek **Vorschläge und Wünsche** für die Anschaffung von Büchern zu unterbreiten.

11. In der Bibliothek sind laute Unterhaltung und sonstige Störungen der Ruhe und Ordnung untersagt.

12. Die **Mitnahme von Aktenstaschen** und ähnlichen Behältnissen in die Bibliothek ist **nicht gestattet**. Für die Aufbewahrung der Taschen steht **im Eingangsbereich der Bibliothek ein Aktschrank** zur Verfügung.
Wird die Mitnahme der Taschen ausnahmsweise gestattet, so sind diese beim Verlassen der Bibliothek **unaufgefordert** zur Durchsicht vorzuzeigen.

- 5 -

13. Wer den Anordnungen zur Benutzung der Bibliothek nicht entspricht, kann von der weiteren Benutzung *ausgeschlossen* werden.'

Hannover, den 29. Dezember 1992

Der Präsident
des Landesarbeitsgerichts
Niedersachsen

Dr. Lipke

Quelle: Manuskript des Niedersächsischen Landesarbeitsgerichts, persönlich erhalten

Anhang X: Internetquellen zu Kapitel 8.1

Juristische Internet-Portale:

- Juristisches Internetprojekt Saarbrücken
URL: <http://www.jura.uni-sb.de/>
[Abrufdatum: 01.03.2003]

- Marktplatz-Recht
URL: <http://www.marktplatz-recht.de/>
[Abrufdatum: 01.03.2003]

- Jura-Lotse
URL: <http://www.jura-lotse.de/>
[Abrufdatum: 01.03.2003]

Linksammlungen zu juristischen Quellen:

- Bookmark-Liste des Bundesgerichtshofs
URL: <http://www.bundesgerichtshof.de/bibliothek/links/links.php>
[Abrufdatum: 01.03.2003]

- AjBD-Zusammenstellung juristischer Informationen im Internet
URL: <http://www.ub.uni-konstanz.de/fi/jura/ajbd/index.htm>
Stand: September 2001
[Abrufdatum: 01.03.2003]

- zuRecht
URL: <http://www.zurecht.de/>
Stand: 01.03.2003
[Abrufdatum: 01.03.2003]

Virtuelle Fachbibliotheken:

- Virtuelle Behördenbibliothek (VBB)
URL: <http://www.behoerdenbibliothek.de/>
Stand: 30.01.2003
[Abrufdatum: 01.03.2003]

Gesetzestexte:

- juris Bundesrecht
URL: <http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/index.html>
[Abrufdatum: 01.03.2003]

- Parlamentsspiegel
URL: <http://www.parlamentsspiegel.de/>
Stand: 26.02.2003
[Abrufdatum: 01.03.2003]

- Bundestags-Datenbank PARFORS
URL: <http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>
[Abrufdatum: 01.03.2003]

- Bundestags-Datenbank DIP
URL: <http://dip.bundestag.de/>
[Abrufdatum: 01.03.2003]

Bundesbehörden und Ämter:

- bund.de
URL: <http://www.bund.de/>
Stand: März 2003
[Abrufdatum: 01.03.2003]

Europarecht:

- EUR-Lex
URL: <http://www.europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>
Stand: 28.02.2003
[Abrufdatum: 01.03.2003]

Anhang XI: Informationen zur beigefügten CD-ROM

Dieser Diplomarbeit liegt eine CD-ROM (Compact Disc-Read Only Memory) bei. Auf diesem Datenträger sind sämtliche Internetquellen als HTML-Datei gespeichert. Darüber hinaus enthält die CD-ROM die Gerichtsstatistik des Bundesjustizministeriums als Excel-Datei (Stand: 01.01.2002) sowie den Volltext dieser Diplomarbeit als PDF-Dokument.

Beachten Sie bitte Informationen in der Datei »liesmich.htm«, welche sich ebenfalls auf der CD-ROM befindet.

